

Erscheint täglich außer Sonntagen. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. (ret in 5 Caus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage Neue Welt 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal, Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Bestimmg. Preisliste für 1894 unter Nr. 4919.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die häufigste Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1208. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 21. Oktober 1894.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

tritt morgen in der alten Reichs-Hauptstadt Frankfurt zusammen. Es ist guter Boden dort. Die Stadt der Franken und des Bundestags allezeit einen Kern unabhängigen Bürgerthums barg und in den dreißiger Jahren und im September 1848 der Schauplatz heldischen Kampfes für Freiheit und Volkrecht war — sie gehört auch zu den Städten, deren Arbeiter zuerst dem Kaise Ferdinand Passalle's folgten, und dort und in der Umgegend feste Mitgliedschaften und Organisations-Mittelpunkte bildeten. Die Saat von damals ist prächtig aufgegangen, und die Delegirten der deutschen Arbeiter werden in einer Stadt tagen, die unsrer ist.

An Arbeit fehlt es dem fünften Parteitage seit dem Falle des Sozialistengesetzes nicht. Je größer die Partei, desto größer die Partei-Arbeit — und Partei und Partei-Arbeit sind in fortwährendem Wachsen. Eine demokratische Partei aber, wie die unsrige es im vollsten Sinne des Wortes ist, hat und erheischt im Verhältnis weit mehr Arbeit, als eine undemokratische, die von oben herab kommandirt wird, wie ein Regiment Soldaten. Wir Sozialdemokraten haben so wenig eine Partei-Regierung, wie einen Partei-Diktator. Wir haben nur eine Parteiverwaltung; und das Regiment — nicht die Regierung, denn das ist ein undemokratischer Begriff — wird von der Partei selber geführt, innerhalb deren es jedes Genossen mit gleichen Rechten und Pflichten giebt.

Da ist es nicht mit einem einfachen Machtspruch getan, wenn irgend eine Aktion erfolgen soll — die Millionen, die zusammenwirken sollen, müssen auch zusammenwirken wollen. Und um das gemeinsame, einheitliche Vorgehen von Millionen freier Menschen zu erwirken, dazu gehört eine weit größere Summe von geistiger und moralischer Kraft, als um Armeen von Soldaten, die blind gehorchen, in Bewegung zu setzen. Dafür ist die Summe von Kraft, die in Millionen von freidenkenden, frei handelnden Menschen vereinigt ist, unendlich größer als die geistige und moralische Kraftsumme einer

gleichen Anzahl von Menschen, die einem Kommandorus folgen müssen. Dort der Wille von Millionen, hier der Wille eines Einzigen.

Unsere Gegner haben das im Kampfe mit uns zu ihrem Nachtheile erfahren; ihre Organisationen haben der unsrigen niemals auf die Dauer zu widerstehen vermocht.

Die Freiheit des Denkens und Wollens, die unsere Stärke ist, wird von unseren Gegnern sehr häufig für ein Merkmal der Schwäche gehalten. Die freie, schrankenlos freie Kritik, die in unseren Reihen dem Genossen gegenüber ebenso rückhaltlos geübt wird wie dem Feind gegenüber, scheint Kurzsichtigen ein Element der Auflösung, der Anfang unvermeidlicher Spaltung, während sie in Wirklichkeit das feste Bindemittel ist und die sicherste — ja die einzig sichere Bürgschaft gegen Verwässerung, Verwässerung und Aliquenzwirthschaft.

Auch auf dem morgen beginnenden Parteitag wird dieses Bollwerk unserer Partei: die freie Kritik sich bewähren. Es liegen theoretische und praktische Fragen vor, bei deren Besprechung die Geister aufeinanderprallen werden. Es wird voraussichtlich wohl das eine oder andere Wort fallen, das Freunde verletzen, Feinde erfreuen wird. In der Hitze der Rede ist das unvermeidlich. Aber das Wort eines Freundes kann wohl schmerzen, nicht verwunden.

Die Vertreter der deutschen Arbeiter versammeln sich diesmal in einem besonders entscheidungsvollen Moment. Erschreckt durch die stetigen, jedes Hindernisses und Widerstandes spottenden Fortschritte unserer Partei, und im Bewußtsein ihrer Unfähigkeit, die Sozialdemokratie mit geistigen Waffen zu überwinden, suchen unsere Feinde aller Parteien einen Bund zu schaffen, zur gewaltsamen Unterdrückung unserer Partei. Die Delegirten der deutschen Arbeiter werden thun, was nöthig ist, um diese unheilvolle Allianz der Junker- und Geldsack-Interessen zu Schanden zu machen. Und wie immer sonst die Meinungen auseinandergehen mögen, in einem Gefühl und in einem Gedanken werden sich alle zusammenschließen — in dem Gefühl: wir sind Genossen! und in dem Gedanken: über Allem steht das Wohl der Partei!

Und damit dem Parteitag in Frankfurt ein freudiges und hehrliches Glück auf!

Die österreichische Wahlrechtsfrage.

Unser Wiener Korrespondent schreibt über die Vorgänge der letzten Tage:

Gegenüber den Versuchen, womit die Regierung und die Parteien die Wahlreform endlos zu verschleppen suchten, nahm die Arbeiterschaft Wiens und in den Provinzen die Reichsraths-Eröffnung zum Anlaß, um durch große Volksdemonstrationen an die Dringlichkeit derselben zu erinnern. Am Sonntag wurden in Pilsen, in Krakau und in zahlreichen anderen Städten Versammlungen abgehalten, welche in Demonstrationen auf der Straße ihre Fortsetzung fanden. Obwohl diese Demonstrationen vollständig friedlicher Natur waren, wurde in Krakau die wehrlose Menge unruhig und auf sie eingebauen; zwei Abgeordnete erhielten Kolbenstöße von den Soldaten. Die Bürgerchaft selbst war so empört, daß eine unverzüglich einberufene Gemeinderathssitzung gegen das Vorgehen der Polizei Protest einlegte. Zugleich aber, und das ist bezeichnend, wurde beschlossen, der Arbeiterschaft weiterhin den Rathhousaal zu Versammlungen zu verweigern. Am Montag fand in Brünn eine Straßendemonstration statt, indem die Arbeiter in den belebtesten Straßen einen Umzug hielten, unter Abführung des Wahlrechtsliedes und Rufen: „Voraus mit unserem Wahlrecht.“ In Wien selbst wurden Montag, am Vorabend der Eröffnung des Reichsraths 17 Versammlungen abgehalten, darunter drei der ehesten Arbeiter, welche alle massenhaft besucht waren, und in welchen folgende Resolution angenommen wurde:

Die heutige Versammlung protestirt anlässlich der Eröffnung des Reichsrathes aufs Neue gegen die gewaltsame Aufrechterhaltung eines Wahlsystems, welches zwei Drittel des Volkes rechtlos macht und zu gunsten einer kleineren Minorität verewaltigt.

Sie erkennt die provozirende Verschleppungstaktik der Regierung und der Koalitionsparteien als den Ausfluß des bornierten Egoismus der herrschenden Klassen und erklärt, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft allen Drohungen mit brutaler Gewalt Trotz bietet, sich keine Intriguen erlauben und durch keine eiligen Besprechungen täuschen lassen, sondern rasch und unerschütterlich den einmal betretenen Weg des Kampfes um ihr gutes Recht gehen wird, bis das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht errungen ist.

Am Dienstag wurde der Reichsrath mit einer Budgetrede des Finanzministers eröffnet, welcher das Branntweinmonopol kündigte, aber vom Wahlrecht schwieg. Der Abgeordnete Bernstorfer brachte einen Dringlichkeitsantrag ein, der Wahlreformauschuß — welcher auf die Vorlage eines Regierungsentwurfes wartet, während ihrerseits die Regierung auf die Einigung der Parteien wartet — möge sofort zur Berathung

Feuilleton.

Erinnerungen eines Kommunarden.

Aus dem Französischen von Jakob Audoif.

Versailles ein zweites Coblenz.

Während man in Paris sich in der närrischen Hoffnung auf Versöhnung wiegte, dachte man in Versailles daran nicht, daß man gewinnen. In Paris konnte man sich nicht vorstellen, daß ein Mann, der wirklich Franzose war, Angesichts des äußeren Feindes die Verantwortlichkeit eines Bürgerkrieges auf sich nehmen würde. Ueberdies glaubte man nicht, daß die Provinz fähig sein würde, die Republik unter den Trümmern von Paris zertreten zu lassen. Die republikanische Hauptstadt und die monarchistische Residenz, dachte man, würden sich wohl lange Zeit gegenüberstehen, wie zwei Hunde von Porzellan, welche sich die Zähne zeigen; aber da nie einer den andern zuerst angreifen will, zuletzt abgepannt werden und sich vertragen.

In Versailles waren die reaktionären Leidenschaften bis zum Paroxysmus gesteigert. Man wußte, daß die republikanischen Soldaten, welche den Feldzug unter Aufsichtung aller Volkskräfte Frankreichs mitgemacht hatten, mit dem Volke Eins waren. Man ließ also mit einer fieberhaften Eile die Gefangenen, welche bis dahin in Deutschland geblieben waren, zurückkommen, während man die Pariser, welche keine Ahnung von dem Haffe der Royalisten hatten, in Vertrauen einludte.

Man verstand geschickt den Groll der Bonapartisten bei Gelegenheit ihrer Heimkehr von ihrem Kriegszuge nach Deutschland auszubeuhen. Diese Menschen waren von Rache gegen Paris entbrannt, welches ihr geliebtes Kaiserreich über den Haufen geworfen und durch seinen fünf Monate langen Widerstand ihre Gefangenschaft verlängert

hatte. Sie härdeten Paris einen großen Theil Mitschuld an den Leiden auf, welche sie angeblich in Deutschland erduldet hatten. Diese Sachlage und Stimmung wurde bewundernswürdig von diesem Napoleon der Bourgeoisie begriffen, der umfangreichen und lägenhaften kaiserlichen Legende; von diesem Keinen eitel Menschen, welcher von einer diesem Urheber der faden Lobhudelei des Erfolges, rasenden Sucht durchdrungen war, der Welt zu zeigen, was er „seine Strategie“ nannte. Dieser Nachjübler des ersten Napoleon besuchte die Feldlager „seiner“ Armee, welche, da sie die „seine“ war, ihm als die schönste und beste erschien, welche Frankreich jemals gehabt hat. Zudem er sich scheinheiligerweise für das Wohlergehen der Soldaten besorgt zeigte, traf er seine Maßregeln, dieselben vollständig zu isoliren. Er wußte es zu verhindern, daß irgend eine Aufklärung über den wahren Stand der Dinge und der geistigen Bewegung des Volkes zu diesen Leuten ihren Weg fand, welche, aus Deutschland kommend, nichts von den Thatfachen wußten, welche sich seit acht Monaten vollzogen hatten.

Man sah in Versailles eine Emigration, durchdrungen von allen Begierden, jeder Käuflichkeit und jeder Freigiebt zusammenströmen. Die Majorität der Nationalversammlung verstand indeß geschickt ihre monarchischen Gelüste zu verbergen, denn in diesem Augenblicke hätte sich ganz Frankreich gegen eine Restauration erhoben. Sie hätte vor allen Dingen die großen Städte entwaffnen müssen. Ueberdies war sie über die zu treffende Wahl unter den Thronprätendenten gertheilt und sie hatte die Geduld, sich bis zum 21. Mai zu verstellen. Aber sie verschanzte sich hinter dem unmenschlichen Grundsatz, daß eine regelmäßige Regierung mit einer aufständischen Bevölkerung nicht unterhandeln könne. Als ob das Leben der Bürger weniger werthvoll wäre als die Annahmung einer Versammlung und eines Mannes, wäre er auch so eitel wie Herr Thiers!

In Paris betrachtete man die Kommune als eine

viel geschnitztere Regierung denn diejenige von Versailles. Die Nationalversammlung, während der deutschen Okkupation erwählt, wurde angesehen als ob sie Frankreich repräsentire. Aber nach der Zerstückelung Frankreichs mußte unbedingt ihr Mandat als erloschen angesehen werden. Der Verderb des Pariser Volkes war wiederum, daß es sich in seiner großherzigen Bestimmung täuschen ließ. Es hätte unmittelbar nach dem 18. März durchgreifend seinen Sieg benutzen und die Regierung und die Beamten der Armee verhindern können Paris zu verlassen. Das Volk setzte zu viel Vertrauen in die Gerechtigkeit seiner Sache, besetzte nicht einmal den Mont-Balorien und beging gerade dadurch einen nicht wieder gut zu machenden Fehler. Das war der schwarze Punkt, von welchem aus das Gewitter über Paris losbrach.

Im Innern der Kommune hatte sich eine Majorität gebildet, welche sich weniger Illusionen machte als das Zentralkomitee.

Die Kommune, geleitet von erfahrenen Leuten, welche die traurigen Lehren, welche die Geschichte erteilt, kannten, dachten zwar logisch, aber sie glaubten, daß man eine vergangene Geschichtsepöche nachahmen könne. Von dem Augenblicke an, wenn man den Krieg will, muß man ihn mit Nachdruck, Disziplin und einer einheitlichen Anordnung führen. Aber Paris wollte keinen Krieg, es hatte weder Haß noch Fanatismus. Es dachte höchstens daran, sich zu verteidigen.

Es verbreitete sich ein Gerücht in Paris, welches besagte, daß der General Ducrot von seinen eigenen Soldaten erschossen worden sei und man fügte hinzu, daß letztere nichts schuldlicher wünschten, als dem Volke die Hand zu reichen. Es sei durchaus nothwendig, sie zu unterstützen, ehe sie von den aus Deutschland zurückkehrenden Regionen unterdrückt würden. Es geschah deshalb konfuserweise, daß die Nationalgarde auf der Landstraße von Versailles, in drei Korps getheilt, hinausmarschirte, in dem guten Glauben, eine friedliche Manifestation auszuführen. Bei dieser Ge-

der ihm vorliegenden Anträge zusammentreten und binnen vier Wochen über den Stand der Verhandlungen mündlich referieren. Die Behandlung dieses Antrages stellte Bernerstorfer zu Gunsten eines Dringlichkeitsantrages der Junggenossen behufs Aufhebung des Ausnahmestandes in Prag zurück, der natürlich abgelehnt wurde. Um dem Antrage Bernerstorfer's den Nachdruck des darin ausgesprochenen Willens der rechtlichen Volksmassen zu geben, wurde am Donnerstag Abend eine Massenversammlung in den Seitenfluren abgehalten. Es war die größte Versammlung, die Wien jemals gesehen. Die ausgedehnten Lokalitäten waren von über zehntausend Menschen in allen Winkeln bis auf die Straßen hinunter gefüllt und auf der Straße selbst harrten weitere Tausende. In der Versammlung referierte Adler, worauf Bernerstorfer in längerer Rede seinen Antrag begründete. Bei der Erwähnung des Nordes der Bergarbeiter in Hollenau und Odra durch Bendarnes, die jetzt Ehrenkreuze erhalten, erschollen vieltausendstimmige Psalmen und war eine Auflösung der Versammlung nahe. Genosse Schuhmeier erklärte, die Arbeiterschaft habe es satt, in friedlichen Demonstrationen ihre Ungebuld zu zeigen; es scheine, als ob man sie zwingen wolle, zu anderen Mitteln zu greifen, und erinnerte daran, daß es im Jahre 1848 ebenso gegangen sei. Genosse Seigl erinnerte durch Einbringung einer Resolution an den Beschluß des letzten Parteitag's, infolge dessen die Parteivertretung den Massenkreis vorbereiten habe, wenn kein anderes Mittel übrig bliebe. Nach der Versammlung zogen die dichten Scharen über die Landstraße hinunter auf den Ring, in den in Wien üblichen „lofen Gruppen“; als man am Parkring angelangt war, wo die Rufe und das Singen allmählich aufgehört hatten, änderte die Polizei ihr bis dahin halbwegs anständiges Benehmen. Ohne jede Veranlassung, ohne jede Aufforderung sprangen plötzlich zwei Bzüge berittener Wachtente in die dichten Massen hinein, zogen die Säbel und hieben blind darauf los. Ein Pferd stolperte über eine Bank, der Wachmann fiel herab. Dies geschah aber nach der Attacke; nicht aber war, wie Minister Bacquehem heute im Parlamente erklärte, die Ursache des Angriffes der Polizei, daß über den gefallenen Sicherheits-Wachmann Stöße geschungen wurden. Die berittene Polizei überfiel im wörtlichsten Sinne harmlose, wehrlose, nach Hause gehende Arbeiter; Frauen und Kinder wurden nicht geschont, auf Männer, die eine ohnmächtige Frau wegtrugen, wurde mit blanker Waffe eingehauen. Die Entzückung selbst der aus den Theatern nach Hause gehenden Bourgeois, welche vielfach Säbelhiebe bekamen, sowie der Leute, welche aus Restaurationen den Vorgang beobachteten, ist eine allgemeine.

Heute begründete Abg. Bernerstorfer im Reichsrathe seinen Antrag und gestellte das provokatorische Vorgehen der Regierung, die in ihren offiziellen Blättern die letzte friedliche Sonntagsdemonstration als harmlos verächteten und offenbar wünschten, daß minder harmlose ihnen folgen. Die berechnete Ungebuld der Massen, die Entzückung über das frevelhafte Spiel sei eine so große, daß der Einfluß und die Besonnenheit der Führer nicht mehr ausreiche, um sie angesichts gesteigerter Provokationen zurückzuhalten.

Ministerpräsident Windischgrätz erklärte feierlich, die Regierung habe keine Befehle gegeben, die geeignet gewesen wären, zu provozieren, und er warne die Bevölkerung vor gefehltwirdigen Ausfährungen. Die Befehlsgebung bedürfte nicht der „Argumente von der Straße“. Er erklärte weiter, daß noch in der gegenwärtigen Legislaturperiode die Regierung einen Wahlgesetzentwurf dem Hause vorlegen werde. Er konstatierte damit selbst, wie notwendig die Regierung die „Argumente von der Straße“ braucht, denn bis zum heutigen Tage war eine so präzise Angabe eines Termins von der Regierung nicht zu erlangen gewesen.

Minister Bacquehem leugnete auf Grund der Polizeiberichte die Darstellung, welche Bernerstorfer als Augenzeuge von den gefrigen Vorfällen gegeben, und erklärte, die Arbeiter hätten die Polizei provoziert. Er führte zum Schluß die Rede des Prokurators Schmelzer im Verein für Sozialpolitik gegen die Sozialdemokratie als Autorität an. Von den Koalitionsparteien erhob sich einem vorher gefaßten Beschlusse gemäß nicht ein einziger Redner, was der Antisemit Bestmann in den schärfsten Worten feststellte. Die Debatte wurde geschlossen und Bernerstorfer konnte nur noch in einer thätlichen Berichtigung die vom Minister Bacquehem vorgebrachte Darstellung als erlogen bezeichnen. Sein Dringlichkeitsantrag wurde natürlich abgelehnt. Aber seinen Zweck hat dieser Antrag und hat die gestrige Demonstration erreicht. Das Ministerium, welches bisher geglaubt hatte, mit vagen Redensarten sein Auslangen zu finden, hat sich gezwungen gesehen, zu erklären, nunmehr wirklich an die Arbeit zu gehen und den Termin für Beendigung derselben anzusprechen. Die Sozialdemokraten in Oesterreich werden dafür sorgen, daß Fürst Windischgrätz Wort hält.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Oktober.

Lasciate ogni speranza — Laßt jedes Hoffen — den Spruch, der über Dante's Hölle steht, giebt mit theatralischen Geberden das Orielemännchen, Binder II., von sich, aus Nummer darüber, daß seine wochenlangen

legenheit war es, daß Versailles die ersten Zeichen von Feindseligkeit offenbarte. Die Nationalgardien waren nämlich furchtbar überrascht, als sie plötzlich vom Mont-Valerien aus mit Kugeln überschüttet wurden. Man schrieb über Verrath und eine schreckliche Panik ergriß die Menge. Zu gleicher Zeit eröffneten die Gendarmen und andere Truppen von Versailles, welche sich in den von den Deutschen errichteten Schanzen und Gräben eingerichtet und versteckt hatten, ein mörderisches Feuer auf die nichts ahnenden Pariser.

Das Ende Florens' und Duval's ist bekannt. Weniger bekannt dürfte sein, daß General Vinoy, als er den Befehl gab Duval ohne Verhör und ohne Umstände zu erschießen, ausrief:

„Aber man kann keinen General ohne Adjutanten erschießen, wenigstens zwei müssen es sein. Zwei Mann vortreten da.“

Er richtete diese Worte an eine Anzahl Gefangener, welche auch sofort vortraten und ihre Brust den Soldaten darboten. Zwei vortretende Offiziere stellten sich neben Duval und eine Minute später stürzten sie unter den Kugeln ihrer Henker zusammen.

Die Gefangenen, welche nach Versailles gebracht wurden, waren dort den größten Qualen und Beschimpfungen ausgesetzt. In ihre Wunden stießen die Frauen der sogenannten „hohen Welt“ sowohl als auch der feineren Prostitution — der demi-monde — höhnend die Spitzen ihrer Sonnenschirme. Der „finstere Greis“, beauftragt von seinem Siege, schwamm in Seligkeit und sein Paradiesgesicht strahlte in unaussprechlicher Heiterkeit. Seine zitternden Nasenflügel schienen sagen zu wollen, daß auch ihr Träger der Ansicht des römischen Kaisers sei: Ein toter Feind riecht immer gut.

Zu dieser Zeit war es jedenfalls auch, daß mein Bruder sich an den Herrn Thiers drängte, um ihm seine gesellschaftsretterischen Dienste anzubieten.

Das Männchen mit dem grauen Hute empfing ihn

Behereien gegen den Umsturz nichts gefruchtet haben. Keine Ordnungspartei, eingeschlossen auf die Staatsrettung nach dem Orielemännchen-Rezept, ist zustande gekommen. Von allen Seiten außer von dem mittelparteilichen Molokken sind Absagen gekommen. Da macht's denn das Orielemännchen wie andere verkannte Genies vor ihm, hält sich in seinen Hohenjollernmantel und faßelt darauf los:

„Dagegen ist im Lande noch ein reicher Stamm von wohlmeinenden, nichtsporeingenommenen treupatriotischen und sozial wie politisch einflußreichen Männern vorhanden. Diese sollte man sammeln, mit ihnen möglichst persönliche Beziehungen zu Regierungswegen über die Köpfe der Parteihaderer hinweg anknüpfen und pflegen, und so allmählich einen festen Kern gesunden Einflusses herstellen.“

Die diese „Sammlung zur festen Kernbildung“ anzustellen ist „über den Kopf der Parteihaderer hinweg“, das ist Orielemännchens Geheimniß, in das wir nicht einbringen wollen. —

Neue Opfer für den Moloch. Der „N. N. Westf. Jtg.“ schreibt man aus Berlin:

Unter den zahlreichen Vorlagen, die dem Reichstage demnächst zugehen werden, wird sich auch eine solche befinden, durch welche die Mittel für die insofern der jüngsten deutschen Heeresverfährung erforderlich gewordene Umgestaltung der preussischen Kriegsakademie aufgebracht werden sollen. Erst nach Annahme dieser Vorlage, also frühestens vom 1. April n. J. ab, wird nebst der bereits angekündigten Aenderung in der Bekalung der Akademie auch die geplante Mehrverberufung von etwa 100 Offizieren zur preussischen Kriegsakademie erfolgen. An dieser Anstalt ist auch das sächsische und württembergische Kontingent betheiligt.

In unserer gestrigen, unter der gleichen Ueberschrift veröffentlichten Notiz hat sich ein bedauerlicher Fehler eingeschlichen; es soll dort natürlich heißen, daß der vom Kaiser ausgesprochene Wunsch die Absicht einer Vermehrung der Armee um so viele Halbataillone bedeutet, als unlängst vom Reichstage bewilligt wurden.

Uebrigens hat der „Reichs-Anzeiger“ eine Bestätigung dieser von den Zeitungs-Berichtspisatern gehörten Worte nicht gebracht. Es dürfte sich somit vorerst bloß um einen persönlichen Wunsch des Kaisers und nicht um eine von dem Reichskanzler und dem Bundesrath geplante Militärvermehrung handeln. —

Ein neues Pressegesez kündigt die „Kölnische Volks-Zeitung“ an. Nach Mittheilungen die ihr geworden, lag dem gestrigen Ministerath auch der Entwurf einer Aenderung des Pressegesez vor, wonach der Hauptredakteur des Blattes selbst verantwortlich zeichnen muß. Das ist sehr einfach gedacht und schwer durchgeführt. Die Redaktionsverhältnisse sind auf den Zeitungen so mannigfaltig, daß sie sich gar nicht in eine Schablone zwingen lassen. Es ist häufig schwer zu entscheiden, wer denn der „Hauptredakteur“ ist. Indes wollen wir dies neue obrigkeitliche Elaborat erst einmal abwarten. —

Eine Verurtheilung, die eine verdächtige Aehnlichkeit mit der unferen Genossen Bachau wegen Abdrucks einer historischen Quellschrift aus dem Jahre 1848 zu Theil gemordenen aufweist, ist gegen den Redakteur des „Sozialist“ Weidner vom hiesigen Landgericht I ausgesprochen worden: Ein Jahr Gefängniß wegen Aufreizung zum Klassenhaß und Majestätsbeleidigung, die im Abdruck eines mindestens 40 Jahr alten Gedichts von Schlagrenner gefunden wurde. Wenn das so weitergeht, muß man sich in Acht nehmen, abfällige Urtheile über irgend einen beliebigen Monarchen der Vergangenheit — und seien sie in poetischer Form — wieder abzurufen. Byzantinische Verblendung wird darin sofort eine Anspielung auf irgend einen Monarchen der Gegenwart finden und die Urthat denunzieren. Dann kann man auch in den meisten Fällen auf eine Verurtheilung rechnen. —

Zur Börsenreform-Gesetzgebung. Die Nachricht eines hiesigen Börsenblattes, daß in dem von der Regierung vorbereiteten Börsenreform-Gesetzentwurf die Haftung der Emissionshäuser für ihre Emissionen auf die Dauer von zehn Jahren vorgesehen sei, wird von anderer Seite dahin berichtigt, daß der Entwurf nur die Haftung für den Inhalt der Emissions-Prospette verlange. —

Vom Leist. Um die Urtheilsprüche unserer Gerichte richtig würdigen zu können, muß man stets noch einige andere ähnlicher Art dabei beachten. Dann treten sie meist erheblicher aus dem zeitgenössischen Widernehmen heraus. So stellt das „Volk“ ganz zutreffend die disziplinarische

jedenfalls sehr freundlich und mag wohl ungefähr folgendermaßen zu ihm geredet haben:

„Gegenwärtig sind mir freilich Ihre Dienste sehr nützlich. Jedoch von noch größerer Bedeutung werden sie sein, wenn wir in Paris einziehen. Sowohl die Provinz als auch die Armee, welche aus Deutschland zurückkehrt, sind unbekannt mit den Vorgängen in Paris und ich bedarf Leute, welche als Flüchtlinge der Hauptstadt die Gefahren, welchen sie entgangen, sowie die Greuel, welche von dem Pariser Pöbel begangen worden und welche sie selber sahen, mit lebhaften Farben zu schildern wissen. Durch dieses Mittel werden wir den Eifer durch die hervorgerufene Entzückung schärfen und vermehren. Wenn wir in Paris einziehen, muß ich an der Spitze jedes Stadttheiles einen Obersten der Nationalgarde haben, um der Armee zu beweisen, daß die wirkliche Volksmiliz mit uns ist und daß unsere Gegner nichts weiter sind als eine Horde von Banditen. Ueberdies, da unsere Soldaten die Stadt nicht kennen, so bedürfen wir sehr der Leute wie Sie, um die Angriffe durch ihre Ortskenntniß zu befördern und wirksam zu machen. Auch werden Sie uns am besten diejenigen bezeichnen können, welche die Gefährlichsten sind und im Namen der sozialen Ordnung und zur Rettung und Erhaltung des Bestehenden von dem Arm der Gerechtigkeit streng bestraft werden müssen.“

Auf diese Weise hatte sich mein Baron Bruder die Uniform eines Obersten der Nationalgarde zugelegt und mit anderen Bestimmungsgenossen einer Anzahl von Leuten umgeben, welche aus Polizeilagern, Börsenjobbern, heruntergekommenen Schauspielern und Kupplern bestanden, welche, wie die Statisten im Zirkus, die Rolle in Versailles übernahmen, der Armee glauben zu machen, daß sie nicht gegen ganz Paris, sondern nur gegen eine geringfügige Minderheit der großen Stadt zu kämpfen hätte.

(Fortsetzung folgt.)

Entlassung des Grafen Limburg-Sturum unter Verlust des Gehaltes dem Potsdamer Erkenntniß gegenüber. Und dabei hatte der Limburg-Sturum sich doch weiter nichts zu schulden kommen lassen, als eine — vielleicht — taktlose und unangebrachte Opposition gegen die Regierungspolitik. In's Ungeheuerliche wächst aber der Gegenjah an, wenn man sich vergegenwärtigt, wie Sozialdemokraten von unseren Gerichten wegen sogenannter politischer Vergehen, die in keiner Weise ehrenrührig sind, bestraft zu werden pflegen.

Der Ausrede, daß Leist nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden könne, begegnet die „Frankf. Zeitung“ mit dem abstrüchlichen Hinweis darauf, daß Art. 174 des deutschen Strafgesetzbuches lautet:

„Mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren werden bestraft: Beamte, die mit Personen, gegen welche sie eine Untersuchung zu führen haben, oder welche ihrer Obhut anvertraut sind, unzüchtige Handlungen vorgenommen haben... Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein.“

Nach dem Reichsgesez über die Rechtsverhältnisse in den Schutzgebieten vom 15. März 1888 richtet sich die Geltung des Strafrechts für die Schutzgebiete nach den Vorschriften des Gesezes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 10. Juli 1879. Der Konsulargerichtsbarkeit sind danach unterworfen die in den Gerichtsbezirken wohnenden oder sich aufhaltenden Reichsangehörigen und Schutzgenossen. Nach § 4 des Gesezes ist in Betreff des Strafrechts anzunehmen, daß in den Konsulargerichtsbezirken das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich und die sonstigen Strafbestimmungen der Reichsgeseze gelten. Es wäre nur interessant, aus der Regierungspresse zu erfahren, warum trotz dieser Bestimmung der § 174 des Strafgesetzbuches gegen den Kanzler Leist nicht Anwendung finden kann.

Ein sonderbares Nachspiel hat der Fall Leist in einer Sitzung der deutschen Kolonialgesellschaft gehabt. Herr Perrot, Angestellter der deutsch-afrikanischen Seehandlung, hielt einen Vortrag über den Plantagenbau in Deutsch-Ostafrika. Dabei verbreitete sich der Redner auch über die Verhältnisse der Beamten in den Kolonien. In einem Bericht bei ihm ist es:

„Sehr abfällig urtheilte Herr Perrot über das Beamtenenthum in Deutsch-Ostafrika. Die Beamten betreiben nach den Worten des Redners ihre Aufgabe meist nicht ernst, sondern als Sport. Der Verwaltungsapparat ist zu unzulässig und abstrakt bürokratisch. Um die Entwicklung der Kolonie bekümmern sich die wenigsten Beamten, und der Europäer, der in die Kolonie komme, finde nicht die genügende Förderung und Unterstützung. Der Gouverneur Oberst von Schele selbst gebe sich alle erdenkliche Mühe, die Kolonie hoch zu bringen und entwedele dabei eine rastlose Thätigkeit; er finde aber bei seinen Beamten nicht das erforderliche Entgegenkommen und die genügende Unterstützung. Er habe im Gegentheil eine stark e Strömung gegen sich und müsse fortgesetzt mit dem passiven Widerstand der Beamten kämpfen. Unter den Beamten herrsche ein Vandalismus schlimmer Art. Viele von den Beamten hielten sich zwei bis drei schwarze Weiber, und es sei ihnen unbedenken, wenn andere Deutsche hindern kämen und Einbild in diese Verhältnisse gewannen. Daher sei es lobend anzuerkennen, wenn Freiherr von Schele, Bezirkshauptmann St. Pauli-Plate und Eisenbahn-Direktor Bernhard, dem Beispiele der englischen Beamten folgend, ihre Gattinnen mit sich hinüber genommen haben, deren Einfluß in sittlicher Beziehung unverkennbar sei. Mithin erscholl aus der Mitte der Zuhörer der laute Ruf: „Ich protestire im Namen sämmtlicher Beamten, die draußen sind, gegen diese Behauptungen. Ich bin der Baupinspektor Schran vom Auswärtigen Amt.“ Diese Worte, welche die Todtenstille, mit der die Anwesenden den Ausführungen des Redners folgten, jäh unterbrachen, machten den Vortragenden zunächst wenige Augenblicke verstummen, dann aber erwiderte er mit gehobener Stimme und unter lautem Beifall seiner Zuhörer: „Ich spreche hier, nicht um zu nörgeln, sondern ernst und wahrheitsgemäß. Ich selbst bin wie ein Hundwurstbische behandelt worden. Laßt uns mit dem bisherigen Verfassungssystem brechen und christlicher, deutscher und besser werden, dann werden Vorgänge, wie sie in Potsdam vor der laisier. Disziplinarkammer verhandelt wurden, in Zukunft nicht wiederkehren. Die gelinde Verurtheilung, die Konzler Leist erfahren hat, wird, wie in Deutschland so im ganzen Auslande als ein Schwach empfunden werden. Unsere Vertretung im Auslande erfüllt heute nicht ihre Aufgabe. Beispielsweise hat sich Herr Eisenbahndirektor Bernhard eine Audienz beim Sultan von Sansibar in Angelegenheit der Usambara-Eisenbahn nicht durch den deutschen, sondern durch den englischen Konzul in Sansibar erwirkt.“ Herr Perrot betonte hiernach noch, daß sich Offiziere zumeist besser als junge Justizbeamte für die Kolonien eignen und brach dann seinen Vortrag ab. Es wurde ihm lebhafter Beifall zu theil. Herr Baupinspektor Schran verließ die Versammlung mit den Worten: „Ich bedaure, einer solchen Gesellschaft angehört zu haben.“

Literarisches.

Protokoll über die Verhandlungen des II. Parteitages der Bayerischen Sozialdemokratie. Abgehalten zu München am 30. September und 1. Oktober 1894. Nürnberg, Wörlin u. Comp. 1894. 64 S. 8°. Preis 20 Pf.

Die eben erschienene kleine Schrift ist ein wichtiges Aktenstück für die Parteigeschichte. Mit Rücksicht auf die Debatte, die am Frankfurter Parteitag über die Taktik der sozialdemokratischen Fraktion im bayerischen Landtage stattfanden werden, ist es von hoher aktueller Bedeutung. Außer dem Protokolle über den Parteitag enthält das gut ausgestattete Schriftchen das am Regensburger Parteitag beschlossene bayerische Landtagswahlprogramm und den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der bayerischen Landtags-Fraktion. —

Wer zerbricht die Familie? Von Gustav Kestler. Heft I der Sammlung gemeinverständlicher Abhandlungen. Verlag von Hans Baake. Preis 10 Pf.

Der Verfasser der vorliegenden Schrift besitzt die werthvolle Gabe, in fasslicher und anregender Form sozialpolitische Fragen zu behandeln und hat daher durch Abfassung volkstümlicher Agitationschriften unserer Parteibewegung wiederholt ersprißliche Dienste geleistet. Auch in der Behandlung des Eheproblems, mit dem er sich hier befaßt hat, tritt dieser Vorzug zu Tage. Was er im ersten Theil seiner Schrift über die geschichtliche Entwicklung der Ehe, was er über das Eheleben der heutigen Gesellschaft sagt, entspricht dem Zweck einer sozialistischen Agitationschrift vollaus. Um so bedauerlicher ist es, daß der Verfasser bei der Erörterung der zukünftigen Gestaltung des Geschlechtslebens verräth, wie tief er selbst noch in den Vorurtheilen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stecken geblieben ist. Trotdem er sich nicht verschließen kann, wela' verderbliche Nachtheile die schwere Eöbarkeit der Ehe für beide oder doch einen Gatten mit sich bringen kann, meint er, die gegenwärtigen Scheidungsgründe würden auch in einer sozialistischen Gesellschaft genügen. Denn der Wunsch, eine Person, die man liebt und von der man geliebt wird, sicher und zweifellos zu besitzen, ist ein so natürlich menschlicher Wunsch, daß eine Gesellschaft, die dem nicht Rechnung tragen wolle, unerschbar zeriprengt werden würde.“ Der Wunsch, eine Person zu „besitzen“, ist nicht ein natürlich menschlicher, sondern das

gelüste der Sozialdemokraten niederzubalten geeignet sind. Trotz der dicken Bände und Schriften und trotz der vielen Worte, die gemacht werden, wird Nitatenpaul nicht wieder in den Reichstag einzuliegen. Krüner Paul!

Jeder Schwägerung unseres geringen Rechts muß mit Entschiedenheit und Ausdauer entgegengetreten werden. Sehr häufig ist doch ein Erfolg zu erzielen, wie blutschweißend beweist: Der allgemeine Arbeiterverein für den Plauenschen Grund hatte in seinen Statuten als Vereinszweck angegeben: Die Mitglieder über politische und wirtschaftliche Angelegenheiten aufzuklären und zu belehren und alle öffentlichen Wahlen in volkshilflichem Sinne zu fördern. Die Besprechung eines den Behörden unangenehmen, politischen Prozesses innerhalb der Vereinsversammlung hatte zur Folge, daß die Behörde dies verbündete und erklärte, es gehöre nicht zu den Zwecken des Vereins. Der Verein, dem es darum zu thun war, in seiner Tätigkeit nicht durch solche Auslegungen beschränkt zu werden, änderte deshalb sein Statut dahin ab, daß er die Beschäftigung mit allen öffentlichen Angelegenheiten als seinen Zweck bezeichnete.

Gegen diese neue Fassung wendete sich die Amtshauptmannschaft Dresden, die betonte, daß aus dem nunmehrigen Wortlaut des § 1 der Statuten der Vereinszweck nicht klar zu erkennen sei und gab dem Vorstand auf, das Statut dementsprechend zu ändern.

Zu einer langen, einer Rechtsbelehrung gleichkommenden Besprechung, beantragte der Vereinsvorstand die Aufhebung dieser Verfügung. Aus derselben seien nur folgende Sätze hervorgehoben:

Die neue Fassung des § 1 genannten Statuts entspricht den Vorschriften des § 19 des Gesetzes, das Vereins- und Versammlungsberechtigung betreffend, vom 22. November 1850. Es ist die Absicht unseres Vereins, zu allen das öffentliche Leben berührenden Fragen Stellung zu nehmen; er drückt das damit aus, daß er als seinen Zweck die Beschäftigung mit allen öffentlichen Angelegenheiten bezeichnet. Er will nicht beschränkt sein auf einzelne Gebiete des öffentlichen Lebens. Das wäre er aber tatsächlich, wenn die beschwerliche Forderung der königl. Amtshauptmannschaft beachtet wäre. Denn es ist ohne weiteres klar, daß es unmöglich ist, alle die Gegenstände aufzuzählen, die möglicherweise einmal in den Kreis des öffentlichen Lebens treten könnten. Darauf aber läßt die Forderung der speziellen Zweckangabe hinaus, wenn man die Auffassung in Erwägung zieht, die die königl. Kreis- hauptmannschaft zu Dresden in einer Beschwerdefache eines Mitgliedes unseres Vereins, des Redakteurs Herrn Heinrich Wehler, durch die Verordnung vom Juli 1893 zu erkennen gegeben hat. Es geht daraus hervor, daß ein Verein, der als seinen Zweck die Beschäftigung mit politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten bezeichnet, an der Besprechung eines zweifellos, wie anerkannt, auf dem Gebiete der Politik liegenden Prozesses verhindert werden kann, weil dieser Gegenstand nicht besonders als zu den Zwecken des Vereins gehörig im Statut bezeichnet war. Das läßt aber auf eine Beschränkung der Vereinsfähigkeit hinaus, die dem Gesetzgeber ganz fern gelegen hat, wie sich aus dem Wortlaut des Gesetzes erweisen läßt.

Diesen guten Gründen wußte die Amtshauptmannschaft keine besseren entgegenzusetzen und sie hat nachgegeben, wie aus der folgenden Verfügung ersichtlich:

Beschluß
der königlichen Amtshauptmannschaft Dresden-Mitstadt vom 10. Oktober 1894.

Dem Allgemeinen Arbeiterverein für den Plauenschen Grund und Umgegend

auf den Antrag vom 2. Oktober 1894 zu eröffnen, daß die kgl. Amtshauptmannschaft es zur Zeit bei der unterm 4. September 1894 angezeigten Fassung der Vereinsstatuten bewenden lassen will, sich jedoch vorbehaltlich, sobald ihr die Haltung des Vereins es nötig erscheinen lassen wird, gemäß § 19, Abs. 2 des Vereinsgesetzes vom 22. November 1850 betreffs des Zwecks des Vereins nähere Auskunft zu verlangen.

Dr. Schmidt.
Der Vorbehalt am Schlusse ist ganz überflüssig, er soll offenbar den Rückzug etwas verdecken.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— In Finsterwalde wurde eine Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins zur Auflösung gebracht, nachdem der Referent seinen Vortrag: „Ein Spaziergang im Weltall“ begonnen hatte. Nach Ansicht des Überwachenden hatte er dabei „öffentliche Angelegenheiten“ berührt.

Gewerkchaftliches.

Einen Aufruf an die Arbeiter aller Branchen um Unterstützung erlassen die Leiter der ober-schlesischen Zahlstellen des deutschen Bergarbeiter-Verbandes A. Prusop und Fr. Kofszij. Es heißt darin:

Genossen! Wir haben augenblicklich einen schweren Standpunkt in Oberschlesien. Der Ausgang des Krawallprozesses ist Euch bekannt. Die Schuld am Krawall trifft diejenigen, welche uns das Versammlungsrecht verweigerten. Leider sind eine Anzahl Kameraden zu schweren Strafen verurteilt worden. Vielen Familien ist der Ernährer auf lange Zeit entzogen, zudem entlassen die Unternehmer Leute, welche der Teilnahme am Krawall verdächtig sind, aus der Arbeit. Auf diese Weise sucht man das Erwachen der ober-schlesischen Arbeiterschaft zu hemmen. Genossen! Wir betrachten es als eine Ehrensache, die Angehörigen der Opfer nach Kräften zu unterstützen und richten an Euch die Bitte, uns durch eine kleine Beisteuer behilflich zu sein.

Genossen, gedenkt unfer in diesem schweren Kampfe. Wenn ein Jeder nur ein kleines Scherchen beiträgt, so können wir der Noth lindernd entgegenzutreten.

Der Kassierer des Bergarbeiter-Verbandes Joh. Meyer, Bochum, Dorfenerstraße 53, ist bereit, Beiträge zu übermitteln.

Sämtliche arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

An die Metallarbeiter der Provinz Brandenburg.

Die Provinzialkonferenz der Metallarbeiter für die Mark Brandenburg hat beschloffen, eine Agitationskommission von drei Personen einzusetzen, mit der Aufgabe, für mündliche und schriftliche Agitation für den Deutschen Metallarbeiter-Verband Sorge zu tragen und dessen Ausbreitung nach Möglichkeit zu fördern. Die Wahl der Kommission war den Mitgliedern der Berliner Verwaltungsstellen übertragen und ist am vergangenen Sonntag, den 14. Oktober, erfolgt. Die unterzeichneten Gewählten richten nunmehr an die Metallarbeiter der Provinz Brandenburg die Aufforderung, sie bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu unterstützen. Die Aufgabe der Agitationskommission ist nicht nur, für Gründung neuer Verwaltungsstellen thätig zu sein, sondern auch die Erwerbung neuer Mitglieder für die bereits bestehenden Verwaltungen gehört zu ihrer Tätigkeit. Erfüllt werden kann die Aufgabe durch mündliche Agitation in öffentlichen Versammlungen, oder, wo zu solchen ein Lokal nicht zu beschaffen ist, bei den Zusammenkünften der Mitglieder, zu welchen Gäste Zutritt haben. Hand in Hand mit der mündlichen Agitation muß die Verbreitung von geeignet verfaßten Flugblättern gehen. Zu alledem ist es aber nötig, daß die Kommission die Unterthaltung der Kommissen findet. Die Kommission bedarf zu ihrer Tätigkeit der Kenntnis der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie der Arbeitsverhältnisse überhaupt; sie bedarf der Mittheilung besonderer Wünsche in einzelnen Fabriken, gleichviel ob dieselben von den Unternehmern gesetzlich zu vertreten sind oder nicht. Die Erhaltung und Ausdehnung einer Verwaltungsstelle hängt aber auch wesentlich von der guten Leitung derselben ab.

Daher hält sich die Kommission auch für verpflichtet und

berechtigt, überall da mit Rath und That einzugreifen, wo ein Wunsch in bezug auf die Bekehrung bei der Leitung einer Verwaltungsstelle, oder mit Bezug auf die Ausbreitung der Aufklärung gehäuft wird.

Kollegen! Ein Jeder von Euch muß und wird einsehen, daß nur durch die weitestehende Verbreitung unseres Verbandes eine Besserung unserer Lage ermöglicht werden kann. Daher muß auch jeder Einzelne helfen. Ein Jeder kann uns Material der Art, wie es dieser Aufruf verlangt, zustellen. Ein Jeder kann uns Adressen von Kollegen angeben, welche bereit sind, an Orten, wo die Bewegung noch nicht Fuß gefaßt hat oder wohin noch kein Strahl der Aufklärung gedrungen ist, Versammlungen einzuberufen, Flugblätter zu verbreiten, oder sonstige für die Bewegung thätig zu sein. Ganz besonders aber erbitten wir die Unterstützung der Verwaltungsstellen in der Provinz.

Thue Jeder seine Schuldigkeit, so wird der Erfolg nicht ausbleiben!

Die Agitationskommission der Metallarbeiter für die Provinz Brandenburg.

Karl Berger, Paul Gebauer, Hermann Noblrad.
Alle Zuschriften sind zu richten an H. Noblrad, Berlin O., Große Frankfurterstr. 75.

Kartonbranche. Die Mißstände der Fabrik von Cohn u. Friedländer, Stralauerstr. 58, haben in letzter Zeit mehrere Versammlungen beschäftigt. Insbesondere ist neben zahlreichen Verhören gegen die Gewerbe-Ordnung, die der Polizei und dem Fabrikinspektorat Anlaß zum Einschreiten geboten haben, über die niederträchtige Behandlung der Arbeiterinnen Klage geführt worden. Obwohl Kollege Greifenberg den Mitinhaber Cohn öffentlich beschuldigt hat, die von der Firma beschäftigten Arbeiterinnen zu unethischen Zwecken zu mißbrauchen, hat dieser Herr trotz öffentlicher Aufforderung, Klage zu erheben, dies nicht gethan. Damit ist die Beschuldigung als wahr zugegeben, — den Kollegen Greifenberg und Wittrich gegenüber hat außerdem Herr Friedländer ausdrücklich anerkannt, daß sein Kompaqnon Arbeiterinnen zu Unethischen zu verleiten suchte. Angesichts dieser Umstände sollte die letzte Versammlung am 17. d. Mtz. folgende Resolution:

„In Erwägung der Thatsache, daß die Zustände in der Kartonfabrik von Cohn u. Friedländer besonders in stichtlicher Hinsicht äußerst schlechte sind, namentlich, da der eine Theilhaber, Cohn, an die Arbeiterinnen Anforderungen stellt, die schamlos genannt werden müssen, beschließt die heute im Bauschen Saale tagende öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Kartonbranche, über die genannte Fabrik die Sperre zu verhängen. Die Versammlung warnt die Frauen und Mädchen in ihrem eigenen Interesse vor Annahme von Arbeit in dieser Fabrik und macht die Ehemänner, sowie die Eltern junger Mädchen auf die Gefahren aufmerksam, die ihren Frauen resp. Töchtern in stichtlicher Beziehung in jener Fabrik von Seiten des genannten Fabrikanten drohen.“

Von der Ehrenhaftigkeit der Kolleginnen erwarten wir, daß sie diese Fabrik strikte meiden werden, bis Garantie geboten ist, daß diese schmutzigen Attentate auf unsere Kolleginnen nicht mehr vorkommen. Die Kolleginnen aber, die bei Cohn u. Friedländer beschäftigt sind, erinneren wir daran, daß sie sich bei einem längeren Verweilen in dieser Fabrik der Gefahr aussetzen als willige Dienerinnen der Gelfüste des Herrn Cohn angesehen zu werden. Heraus aus dieser Peshöhle! muß also für diese die Parole sein. Andere Arbeit ist bei dem jetzigen flotten Geschäftsgang sicher leicht zu finden.

Die Sperre der Fabrik war, nachdem die Inhaber sich geweigert haben, mit den Beauftragten der Organisation zu unterhandeln, eine Ehrensache, — jetzt, Kolleginnen, fährt sie strenge durch!

Der Vorstand der Mitgliedschaft Berlin des Verbandes der in Buchbindereien u. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Alex Sailer.

An die Möbelpolier! Kollegen! Nachdem der Verband der Möbelpolier für Berlin und Umgegend auch im Süd-Osten eine selbständige Zahlstelle mit regelmäßigen monatlichen Versammlungen eingerichtet hat, treten wir abermals an Euch heran mit der Bitte: Organisiert Euch! — Der Grund, welcher bisher von einem großen Theil der Kollegen immer angeführt wurde, wenn man über den schlechten Besuch der Versammlungen klagte, nämlich: „Es ist uns zu weit, ja, wenn wir hier drüber unsere Versammlungen abhalten könnten, würden wir schon kommen“, ist durch obige Einrichtung gefallen. Kollegen! Zeigt nun aber auch, daß dies der einzige Grund war, weshalb ein großer Theil von Euch gerade aus dem Süden- und Süd-Osten und bisher fernblieb und nicht etwa eine grenzenlose, sich einst schwer rühende Gleichgültigkeit.

Auch Ihr, die Ihr gegenwärtig sogenannte Bräustellen inne habt, denkt nicht, daß Ihr uns nicht mehr braucht, auch für Euch kommt die Zeit, daß Euch das profitierere Kapital nach genügender Auspressung auf die Straße setzt und dem Hunger überantwortet, was soll dann mit Euch werden, wenn Ihr nicht Eure sämtlichen Kollegen hinter Euch habt. Und auch Ihr, Kollegen, die Ihr angeblich nur dem Verband nicht angehört, weil Euch dies oder jenes nicht gefällt, überlegt Euch doch das Grundlose Eures Fernbleibens, kann es denn besser werden dadurch, daß Ihr Euch zurückzieht? Nie und nimmer, sondern gerade Ihr habt die meiste Aufgabe, der Organisation anzugehören und Eure volle Kraft für dieselbe einzusetzen, damit sie ausgebaut und vervollkommen werden kann zur Zufriedenheit aller. Also, Kollegen, laßt die Worte nicht ungehört an Euch vorübergehen, sondern erscheint alle, Mann für Mann, in der am Montag, den 22. d. Mtz., Abends 8 1/2 Uhr, im Tunnel des Vereinshauses Süd-Ost, Waldemarstr. 75, stattfindenden Versammlung. Außer dem gerade für die Möbelpolier gewis interessanten Vortrage des Herrn Dr. Wurm über: „Die Sehkraft des Auges“ steht u. a. die Wahl eines Besizers für Süd-Ost zur Tagesordnung. Zu bemerken ist noch, daß die Versammlungen jeden Montag nach dem 22. und fällt der 22. auf einen Montag an diesem Tage, in dem genannten Lokale stattfinden.

Paul Kluge,
Bevollmächtigter für Süden und Süd-Osten.

Charlottenburg. Der Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete, welchen die organisierten Gewerkschaften zur Erreichung besserer Existenzbedingungen führen, theilt sich immer mehr auch den bisher nicht organisierten Arbeiterkategorien mit, so daß diese in erfreulicher Weise auch in unserem Orte danach hinstreben, ihr Klassenbewußtsein innerhalb der Organisation zu betätigen. Infolge dessen nahmen einzelne Gewerkschaften zur Frage eines Gewerkschaftskartells Stellung, um durch vereinte Kraft das zu ermöglichen, was den schwächeren bisher nicht gelingen wollte. — Genossen! Der frische Zug, der in dieser Zeit auch die Gewerkschaften Charlottenburgs durchweht, der unwiderstehliche Drang nach weiterem Schaffen und Organisiren ließ es den Genossen als rathsam erscheinen, die sofortige Gründung eines Kartells aller hierorts vorhandenen Gewerkschaften vorzunehmen und zu den Vorarbeiten eine Kommission zu ernennen. Am Sonntag, den 21. d. Mtz., hat dieselbe eine Versammlung aller Gewerkschaften nach „Bismarckhöhe“ einberufen, um gleichzeitig mit der definitiven Gründung des Kartells die Wahl der Delegirten vorzunehmen. (Siehe Inserat vom Freitag). Es ist unbedingt erforderlich, daß sämtliche Gewerkschaften vertreten sind; aber auch die fogen. Nichtgelernten haben zu erscheinen, um sie auf ihre Organisationen hinzuweisen. Es giebt heute keinen Unterschied mehr zwischen gelernten und nichtgelernten Arbeitern und

beßhalb nur das eine Mittel: Den Zusammenschluß aller Arbeiter, beherzigt diese Mahnung und kommt zur Versammlung.
Die Kommission.

An die Arbeiter Schönebergs! Wenn auch in diesem Jahre unsere politische Organisation einen erfreulichen Aufschwung genommen hat, — wir zählen jetzt 270 Mitglieder —, so entspricht dieselbe doch immer noch nicht dem, was sie in bezug auf die täglich sich mehrende Einwohnerzahl sein müßte. Darum, Genossen und Arbeiter, die Ihr sonst mit uns fühlt und handelt, folgt dem Ruf: Werdet und werbet Mitglieder für unsere politische Organisation, den Arbeiter-Bildungsverein. Derselbe hält jeden Montag nach dem 1. und 15. des Monats, Abends 8 Uhr, seine Versammlungen bei Rehner, Brunerstraße 110, ab. Morgen, Montag, findet die nächste Versammlung statt und werden wir neben einem Vortrage und der Kassenabrechnung, die Verbesserung unserer Organisation einer Besprechung unterziehen. Genossen! Rathet und thatet hierbei mit, es ist Eure Pflicht, unsere Organisation in dem Maße zu stärken, daß wir den zumal in Schöneberg herrschenden Zuständen ein Ende bereiten können.
Der Vorstand.

Vom Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter wird mitgetheilt, der infolge der Inhaftierung des Vorsitzenden Sachsse und da auch gegen den stellvertretenden Vorsitzenden Strunz mehrere Prozesse schweben, die Vorstandsmitglieder Prager und Zimmermann in Jwidau mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden sind.

Die achtstündige Arbeitszeit soll, wie die Düsseldorfser „Bürger-Zeitung“ mittheilt, vom 1. Januar ab auf dem Grafenberger Stahlwerk zur Einführung kommen. Ob damit eine Kürzung der Löhne verknüpft sein soll, kann das Blatt nicht mittheilen.

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter, welcher sich kürzlich für den Dortmunder Ober-Bergamtsbezirk gebildet hat, verendet nunmehr seine Statuten. Nach § 2 desselben ist der Vereinszweck: die Hebung der moralischen und sozialen Lage der Bergarbeiter auf christlicher und geselliger Grundlage. Alle Mitglieder desselben stehen treu zu Kaiser und Reich. Insbesondere erstrebt der Verein:

- Die Herbeiführung eines gerechten Lohnes, welcher dem Werthe der geleisteten Arbeit und der durch diese Arbeit bedingten Lebenshaltung entspricht.
- Die Einschränkung der Schichtdauer, soweit solche zum Schutze von Gesundheit und Leben geeignet ist.
- Die Erstrebung eines Mitbestimmungsrechtes über die Verwendung der in die Fachen-Unterstützungsklassen fließenden Beträge.
- Die Vermehrung der Kontrollorgane zur Ueberwachung der Durchführung der bergpolizeilichen Vorschriften.
- Eine zeitgemäße Reform des Knappschaftswesens.

Ausgeschlossen ist die Erörterung konfessioneller und politischer Partei-Angelegenheiten. — Die endgiltige Beschlußfassung über das Statut soll in einer Delegirtenversammlung erfolgen, die zum 28. Oktober nach Essen berufen ist. Wir gestehen, mit diesem Programm sind wir für den Anfang recht zufrieden. Die Diskussion dieser Punkte, der Widerstand, der ihnen, wenn sie ihre Forderungen stellen, entgegengekehrt werden wird, dürfte ihnen bald die Augen öffnen und sie zu der Ueberzeugung bringen, daß die Interessen von Kapital und Arbeit unvereinbar, daß dem ersteren jedes, auch das geringste Zugeständnis abgetrotzt werden muß. Und von diesem Standpunkte aus heißen wir die Bewegung willkommen.

Die Eisendreher der Maschinenfabrik von Molitor u. Co. in Heidelberg haben die Arbeit niedergelegt. Grund: Lohnverlängerung. Trotz wiederholter Versuche, die Angelegenheit in Gütlichen beizulegen, sahen sich schließlich die Arbeiter doch genöthigt, nachdem eine nochmalige Deputation heute früh mit den Chefs der Firma verhandeln wollte, aber abschlägig beschieden wurde, die Arbeit niederzulegen. Zugang ist strengstens fernzuhalten, da es nur auf diese Weise möglich ist, die Firma zur Nachgiebigkeit zu zwingen.

An die in der Outbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen! Bei dem Ausfabrikanten Victor Jay in London streiten alle dort beschäftigten Arbeiter. Der Fabrikant sucht nun durch einen Agenten in Berlin Arbeiter nach London anzuwerben. Wir warnen hiermit unsere Kollegen, sich nicht von den Vorspiegelungen des Agenten betören zu lassen. Kollegen! Sorgt dafür, daß jener Herr unerrichteter Sache wieder abziehen muß. Die englischen Kollegen zum Siege zu verhelfen und die deutschen vor dem Vorwurf zu bewahren, daß sie als Streikbrecher die Interessen der englischen Arbeiter schädigen, muß die Aufgabe aller ehrlich denkenden Berufsgenossen sein. Der Bittalvorstand.

Der Streik der New Yorker Kundenschneider, welcher 14 Wochen gedauert und 50 000 Doll. gekostet hat, ist verloren worden. Es war den Unternehmern gelungen, einen großen Theil der Plätze mit neuen Leuten zu besetzen, was die Streiker nicht für möglich gehalten hatten. Die seit einigen Jahren stattgehabte Verdrängung eines bedeutenden Theils des Kundengeschäfts durch Einführung des „feinen Konfektionsgeschäfts“ seitens der jüdischen Unternehmer hat veranlaßt, daß sowohl ein starker Procentsatz der Kundenschneider, weil sie als solche keine Beschäftigung mehr finden konnten, zu lehteren übergingen, als auch ein neuer Stamm geübter Schneider herangebildet wurde. Aus den Reihen dieser Leute, welche die günstige Gelegenheit zur Erlangung einer besseren Position benutzten, kamen die „Streikbrecher“.

Die Konvention der Dauschreiner von New-York beschloß, daß von jetzt ab in den Versammlungen der Lokalkommissionen Diskussionen über sozialpolitische Fragen veranstaltet werden sollen (was bisher verpönt war), ferner der Streikfonds um 20 000 Dollars zu vermindern und dieser Betrag dem Organisations- und Agitationsfonds zu überweisen sei.

Soziale Uebersicht.

Das englische Arbeiterblatt „The Workmen Times“ hat, wie der „Frankf. Ztg.“ aus London gemeldet wird, das Erscheinen eingestellt. Trotz der guten Redaktion des Arbeiterführers und Parlamentskandidaten Burges konnte das Blatt nicht genügend Abonnenten erwerben.

Eine Universitäts-Krankenkasse wurde in Gießen errichtet. Für einen Beitrag von 2 M. pro Semester, der im Bedarfsfall auf drei erhöht werden kann, wird im Falle der Erkrankung ärztliche Behandlung, Medikamente und Verpflegung erster Klasse in den Kliniken bis zur Dauer von zwei Monaten gewährt.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)
Lissabon, 20. Oktober. Wie die Blätter melden, wird die Regierung Montag in den Kortes eine Vorlage betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 12 000 Kontos Reis, die für den Ankauf von Kriegsschiffen bestimmt ist, einbringen. Die Anleihe soll durch die Zollgelder in St. Thome, Angola und Mozambique garantiert werden.

(Depeschen-Bureau Genösk.)
Köln a. Rh., 20. Oktober. Gegenüber den von der regierungsfreundlichen englischen Presse verbreiteten Mittheilungen über andauernde Verhandlungen der europäischen Mächte für baldige Wiederherstellung des Friedens in Ostanien verweigert die „Köln. Ztg.“, daß seit Ablehnung der englischen Intervention kein anderer diplomatischer Schritt nach dieser Richtung bekannt geworden ist.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Der Mannheimer Hochverrathsprozess.

Mannheim, den 20. Oktober 1894.

Heute kommt vor dem großherzoglichen Schwurgericht in Mannheim der Hochverrathsprozess gegen den Redakteur und die Herausgeber der sozialdemokratischen „Mannheimer Volksstimme“ zur Verhandlung. Angeklagt sind: 1. der Redakteur Philipp Teufel; 2. der badische Landtags-Abgeordnete und frühere Reichstags-Abgeordnete August Dreesbach und 3. der Redakteur Carl Fenz. Sie sind beschuldigt, in gemeinschaftlicher Ausführung am 4. August dieses Jahres von Mannheim aus durch Verbreitung von Schriften zu einem Unternehmen des Hochverraths, nämlich zum gewaltsamen Umsturz der badischen Verfassung aufgefordert zu haben. Am genannten Tage erschien in der „Mannheimer Volksstimme“ ein „Reminiscenzen“ überschriebener Leitartikel, in dem nach einer längeren Einleitung ein revolutionäres Flugblatt aus dem Jahre 1849 wieder abgedruckt war. Der Artikel war als erster einer Serie gekennzeichnet. In der Einleitung war hervorgehoben, daß es sich in der Artikelreihe um die Registrierung historischer Dokumente aus dem Jahre der 1849er Revolution in Baden handle, die „den alten Parteigenossen die Erinnerung an jene tolle Zeit der un-reifen Entschlüsse und deren Ausführung wachrufen, den jungen Parteigenossen aber ein Bild davon geben solle, wie man gegen tatsächliche Verhältnisse nicht ankämpfen könne, ohne einen Rückhalt in dem zu suchen, was auch der Rückhalt jedes Staates ist: im Volke!“ Das Flugblatt selber rührt aus den Kreisen der bürgerlichen Revolutionäre Badens im Jahre 1848/49 her, die sich um Almand Goegg, Brentano und Feder gruppirten, und athmet eine entschiedene republikanische Gesinnung. Es fordert „angesichts der flatternden Freiheitsfahnen von Paris“ die Eroberung der Volksherrschaft, wenn nöthig durch Waffengewalt. Pathetisch wird das Volk zum Kampfe gegen „treulose Diplomaten, ägypische Höflinge, scheinheilige Pfaffen und engberzige Geldherrscher“ aufgerufen. Wenn Worte, Bittschriften und Kammerreden nutzlos blieben, müsse zur That geschritten werden. Am Schluß spricht das Flugblatt die Hoffnung aus, daß die Soldaten sich dem Volke als Brüder zeigen und mit ihm, wie in Paris, gemeinschaftliche Sache machen werden. Die Nummer der „Mannheimer Volksstimme“, die diesen Artikel brachte, wurde sofort beschlagnahmt und der Redakteur Teufel auf der Stelle verhaftet. Die Staatsanwaltschaft war zuerst der Ansicht, daß das 49er Flugblatt singulär sei, daß einem jetzt verfaßten revolutionären Aufruf nur ein historischer Mantel umgehängt worden sei. Die beiden Verleger der „Volksstimme“, Dreesbach und Fenz überbrachten deshalb der Staatsanwaltschaft den Originalabdruck des Flugblattes aus dem Jahre 1849, wurden dabei aber selber sofort in Haft genommen. Ihre Mitschuld wurde aus einer einige Tage vorher erschienenen und vom Verlage mitunterzeichneten Abkommeneinladung gefolgert, in der auf die Artikelserie, „Reminiscenzen“ hingewiesen war. Ihre Untersuchungsdauer währte jedoch nur 48 Stunden, während Teufel mehrere Wochen in Haft blieb.

Die Anklage geht von dem Gesichtspunkt aus, daß der Wiederabdruck des Aufrufs, der seinem Inhalt nach im Jahre 1849 unweifelhaft strafbar gewesen sei, nicht aus reinem geschichtlichen Interesse erfolgt sei, sondern daß man unter dem Deckmantel der Geschichte mit ihm aktuelle Politik treiben wolle, in einer Form, die man für gefahrlos gehalten habe. Die Veröffentlichung des Flugblattes in einem geschichtswissenschaftlichen Werke wäre straflos gewesen, die Veröffentlichung in einem sozialdemokratischen Blatte müsse als verführerischer Hochverrath erscheinen. Die Anklagebehörde ist nämlich der Meinung, daß sich die sozialdemokratische Partei notorisch in vollständiger Uebereinstimmung mit den Republikanern des Jahres 1848 befindet, von denen sie sich vorzugsweise nur durch ihre wirtschaftliche Politik unterscheidet. In dem Wiederabdruck sei zum mindesten eine indirekte Aufforderung zum Aufstand zu erblicken, die aber noch gefährlicher wirken könne als eine direkte. In der Einleitung des Artikels sei kein Wort der Mißbilligung der Tendenz des Flugblattes enthalten, dagegen seien die wichtigsten und die auf die Anwendung der Gewalt hinweisenden Stellen durch Sperr- und Fettdruck noch besonders hervorgehoben. Wenn von den Angeklagten zu ihrer Entlastung auf die Fortsetzung des Artikels „Reminiscenzen“ in einer der nächsten Nummern der „Volksstimme“ hingewiesen werde, in der eine ablehnende Kritik des Flugblattes enthalten sei, so meint die Staatsanwaltschaft, daß diese nachträgliche Ablehnung nur zu dem Zweck, die Angeklagten zu entlasten, später geschrieben worden sei. Neben dem Verbrechen des verführerischen Hochverraths steht die Staatsanwaltschaft in einer Stelle des Aufrufs auch den Thatbestand des § 130 des Strafgesetzbuches erfüllt: Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthatigkeiten gegen einander. Es wird angenommen, daß die Angeklagten nicht den Umsturz der deutschen Reichsverfassung, sondern nur den der badischen Landesverfassung bezweckt hätten. Damit ist die Zuständigkeit des badischen Schwurgerichts — nicht die des Reichsgerichtes — erklärt. Vorsitzender des Schwurgerichtes ist Landgerichtsdirektor Weigel, die Anklage vertritt der erste Staatsanwalt Geiler, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Carl Payer, Stuttgart, Dr. Rosenfeld und Dr. Rahmannheim.

Ueber den Verlauf des Prozesses geht uns aus Mannheim die folgende Privatdepesche zu:

Der Hochverrathsprozess wurde unter großem Andrang des Publikums und starkem Aufgebot von Schutzleuten um 9 Uhr früh eröffnet. Die drei Angeklagten bekennen sich als nichtschuldig. Der Angeklagte Dreesbach erklärt, daß der Artikel nur veröffentlicht sei, um die radikalen Elemente vom Gewaltwege, auf den Weg der Reform hinzuweisen. Der Artikel wende sich an das deutsche Volk und nicht bloß an das badische. Die Dummheit, eine badische Republik unter dem Schutz des Deutschen Reichs zu errichten, werde ihm niemand zutrauen. Bei der Zeugenvernehmung giebt der Oberbürgermeister Moll Dreesbach den besten Rummund; Dreesbach habe als Stadtrat stets für das Wohl der Stadt gearbeitet. Der erste Staatsanwalt Geiler hielt eine 45minütige Rede; er ging auf die zustimmenden und abfälligen Kritiken der Presse über die Anklage ein, obgleich er bemerkte, daß er sich um sie nicht kümmere. Er anerkennt nur das Strafgesetz als Norm für seine Handlungen; er giebt dann eine Geschichte der Sozialdemokratie nach staatsanwaltlichen und polizeilichen Quellen. Die Partei, so erklärte er, siehe auf ungeschicklichem

Boden, da das Wort „geschicklich“ auf dem Kongress zu Baden gestrichen und auf dem Kongress in Erfurt nicht wieder in das Programm aufgenommen sei. Die Sozialdemokratie stehe also auf dem Boden des 1848er Aufrufs. Weil nun die Angeklagten Sozialdemokraten seien, so ist die Annahme gerechtfertigt, daß der Artikel als Aufforderung zum Hochverrath abgedruckt sei. Die Sozialdemokratie stehe dem Anarchismus nahe; wohl leugne er nicht die theoretischen Unterschiede, aber niemand könne im praktischen Leben sagen, wo die Sozialdemokratie aufhöre und der Anarchismus anfangen. Der zweite Artikel sei sicherlich erst nachträglich zum Zwecke der Entlastung verfaßt worden. Die Angeklagten hätten zweifellos den inkriminirten Artikel gelesen, auch zwei Stellen ausgemerkt, also denselben geprüft. Damit sei die Ueberlegung nachgewiesen. Im weiteren Verlaufe seiner Rede berief sich der Staatsanwalt auf das Urtheil des Berliner Gerichts in Sachen Zachau's wegen Wiedergabe eines Artikels aus dem „Bremer Courier“ vom Jahre 1848. Zum Schluß forderte er die Geschworenen auf, das Schuldig auszusprechen und zwar in vollem Umfange. Die Fragen lauten: 1. auf Aufforderung zum Hochverrath, 2. auf Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten mit der Unterfrage nach mildernden Umständen, ferner gegen Teufel auf Fahrlässigkeit nach § 21 des Preßgesetzes.

Der Verteidiger Karl Payer aus Stuttgart bittet in längerer Rede um Freisprechung. Obgleich es ihm ferne liege, sozialdemokratische Tendenzen zu verteidigen, halte er die Angeklagten für nichtschuldig. Der Augenzeuge und die Zeugenvernehmung sprechen dagegen, daß hier eine Horde kludürstiger Revolutionäre auf der Anklagebank sitze. Kein Mensch, der den Artikel gelesen hat, wird das Gefühl gehabt haben: jetzt geht's los! Die Aufforderung oder das Bewußtsein der Aufforderung zur unmittelbaren Ausführung des Hochverraths müsse vorhanden sein. Das „Unmittelbar“ im Gesetz sei beachtenswerth, die Angeklagten müßten Tollköpfe sein, wenn die Anklageschrift Recht hätte, daß seien sie aber nicht. Er selbst stehe davon ab, mildernde Umstände zu beantragen, er weise bloß auf das Strafmaß bis zu zehn Jahren Zuchthaus hin. Hier liegt weder der Versuch des Hochverraths, noch Aufreizung, noch Fahrlässigkeit vor. Die Verteidiger Rah und Rosenfeld schließen sich dem Antrage Payer's auf Freisprechung an.

Die Geschworenen verneinen bei Fenz sämtliche Schuldfragen, bejahen aber die Frage der Aufreizung. Der Staatsanwalt überläßt die Bestimmung des Strafmaßes dem Gerichtshofe. Die Verteidiger bitten um Geldstrafe.

Der Gerichtshof spricht Fenz frei und verurtheilt Teufel und Dreesbach zu je 50 M. Geldstrafe. Das Vergehen sei nach Art und Umständen kein gravirendes, dazu komme der ungetriebene Rummund der Angeklagten.

Große Heiterkeit erregte im Gerichtssaale der Japsus des Vorsitzenden, als er beim Urtheil über Fenz sagte, die Kosten sind der Staatsanwaltschaft, ich meine der Staatskasse, aufzuerlegen.

Vor dem Gerichtsgebäude standen viele Hunderte Menschen, welche die Angeklagten begrüßten und beglückwünschten.

Wer sich an die Aufsehen erregende Verhaftung unserer Genossen, an die Konfiskation der „Volksstimme“, an die Ausübung dieser Vorgänge durch die „ordnungsliebende“ Presse erinnert, der wird über die damaligen Maßregeln der Mannheimer Staatsanwaltschaft bedenklich den Kopf schütteln. Der zu 50 M. Geldstrafe verurtheilte Genosse Teufel war seit dem 4. August d. J. in Untersuchungshaft. Man ersieht hieraus wieder, wie schnell die Behörden in der Beschränkung der persönlichen Freiheit bei der Hand sind.

Lokales.

Die Sprechstunde des Rechtsanwalts fällt am Montag ganz aus und wird an den folgenden Tagen der Woche Abends von 7—8 Uhr abgehalten.

In Gefängnis ist gestern unser Genosse Zachau gegangen. In seiner Eigenschaft als Redakteur des „Sozialdemokrat“ hatte er bekanntlich das Verbrechen begangen, zur Kennzeichnung der Charakterlosigkeit unserer Bourgeoisie einen liberalen Aufruf aus der 1848er Bewegung abzudrucken, den eines unserer Parteiblätter vor kurzem ausgegraben hatte, und den man anderswo in Deutschland ungehindert hat passiren lassen.

Nur die Berliner Staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen „Vorbereitung zum Hochverrath“ und ein Berliner Gericht verurtheilte auch unsern braven Genossen zu der horrenden Strafe von sechs Monaten Gefängnis! Das Reichsgericht bestätigte kürzlich das Erkenntnis — das Urtheil wurde pervert!

Unser Genosse Zachau wird, daß sind wir gewiß, mit ungebrogene Kampfesmuth aus der langen Haft beizutreten.

Wünschen wollen wir ihm aber, daß die bekannte Behandlung, die man in deutschen Gefängnissen den Männern zutheilt werden läßt, die für ihre Ueberzeugung büßen, seiner Gesundheit nicht allzu sehr schade.

Möge seine Körperkonstitution die preussische Gefängnisstrafe besser überwinden, als unser brave Genosse Enders, der aus seiner langen „Strafhaft“ in Plöbensee ein schon Monate andauerndes Siechtum heimgebracht hat.

Ein frohes Wiedersehen unserm treuen Mitkämpfer!

Die „Freisinnige Zeitung“, der jede trübe Quelle recht ist, wenn es gilt, den Bierbockst und die Sozialdemokratie zu verunglimpfen, kolportirt eine Nachricht des Zentralorgans aller Räder der Reichshauptstadt, wonach der Rücktritt unseres Genossen Auer aus der Boykottkommission „kein ganz freiwilliger gewesen, vielmehr auf heftige Vorwürfe seiner Genossen zurück-

zuführen sein soll, die behaupten, er sei dem Brauertrinke gegenüber zu nachsichtig gewesen“.

In dieser Nachricht ist weiter nichts Tatsächliches, als daß Auer sein Amt in der Boykottkommission kürzlich niedergelegt hat. Es wäre ein starkes Stück, und zumuthen, den Arbeiterfeinden über die Ursachen dieses Schrittes Rede und Antwort zu stehen; auch sollte ein Eugen Richter doch wissen, daß ein überaus angestrengt beschäftigter Mann gar keinen besonders geheimnißvollen Grund zu haben braucht, um ein Nebenamt, das sehr viel Zeit in Anspruch nimmt, nach fünfmonatlicher Führung niederzuliegen.

Wir wollen aber diesmal ein übriges thun und unseren Gegnern das Eine verrathen, daß in den Kreisen unserer an der Sache in erster Linie interessirten Parteigenossen über die Thätigkeit der Boykottkommission im Allgemeinen, wie Auer's im Besonderen ein einstimmiges Votum der Anerkennung abgegeben worden ist. Nun mögen die Bediensteten des Biertrinks weiter die Köpfe zusammen stecken.

Das russisch-französische Bündniß mit deutschem Schwindel — diesen etwas seltsamen Namen führt im Volksmunde der große Rösche'sche Kellamewagen, der in den letzten Jahren, sobald die oberen Febrantausend aus den Bädern in die Residenz zurückgekehrt, durch die Straßen zu raffen pflegte, um vor den Palästen im Thiergartenviertel seinen Inhalt, soweit er nicht in leeren Fässern bestand, abzuladen. Die komische Zeichnung hat er deshalb erhalten, weil die Pferde russisch sind, der Wagen französisch, die Ladung aber deutsch, d. h. deutsch in jenem nichts enthaltenden „patriotischen“ Sinne, wie es eben nur leere, höhlende Fässer sein können, deren Holz aus deutschen Eichenwäldern stammt, in die unsere Nordpatrioten Bier hineinbrüllen von „deutscher Treue, deutscher Sitte, deutschem Brauch“!

Den Kundigen ist es nun aufgefallen, daß der Paradowagen mit seinen leeren Kellame-Trommeltonnen noch nicht die Thore der berühmten Schultze'schen Brauerei in diesem Jahre verlassen hat, und es gehen so mancherlei merkwürdige Gerüchte um. U. a. soll der Herr Kommerzienrath Rösche das Ausfahren des Wagens während der Boykottzeit mit Rücksicht auf die neidischen Konkurrenzgefühle und den schlappen Geldbeutel seiner Ringbrüder verboten haben, die ihm auf diesen kostspieligen Kellamepfaden doch nicht folgen können. Der mit zwei echten russischen Vollblut-Rappen bespannte Prunkwagen stammt nämlich aus Frankreich und ist von dem Millionär Rösche für das Lumpensammeln von 80 000 Mark (mit Transport und Zoll) f. B. auf der Pariser Weltausstellung gekauft worden, und die Ladung bestand in den letzten beiden Jahren täglich aus ca. 25 vollen und aus ca. 25 — leeren deutschen Schwindelfässern. Mit dem silberglänzenden Geschirr und den blühenden Laternen, die die Form von Fässern haben und mit silbernen Ketten umgeben sind, macht der Wagen ein mehr an „groben Unfug“ grenzendes Aufsehen unter dem Straßenpublikum, als der mit den Ballhausannan-Kellamen herumgondelnde Paradowagen des Freiherrn v. Schirp. Der Mann, der bloß „Alles macht“, ist von Herrn Kommerzienrath Rösche, der eben „mehr als Alles macht“, mindestens um eine halbe Nasenlänge geschlagen worden und verdient als Knecht eigentlich den Kommerzienrathstitel. Wie hat sich doch die Zeit und mit ihr die Kellame geändert! Die schöne Zeit der jüdischen „Anreißer“ am abgerissenen Rühlendam und der „alten Kleiber“ — Juden in der jetzt hinterdrein stürzenden Rosestraße ist nun dahin. „Das Alte stirbt“... sagt der Dichter, und neues Leben blüht aus den Ruinen: Ueber jene Stätten „jüdischen Schacher- und Kellamegeistes“ fahren jetzt „hochadelige“ Ballhausannan-Karossen und „aristokratisch-germanische“ Paradowagen mit leeren Fässern! — Und da wagt noch ein lapidarisches Fachblatt wie die „Oesterreichische Brauer- und Hopfenzeitung“ zu behaupten, daß das Braugewerbe durch gewisse Manipulationen der im unwürdigen Konkurrenzlamps an der Spitze stehenden Bierböuge zur „Zahrmarskträmerei“ hinabsänke! Wie falsch hat das Blatt doch Herrn Rösche erkannt! Da möge es auf Seite 13 des von Herrn Rösche herausgegebenen stenographischen Verichts über die Brauergefellen-Verammlung am 25. April 1890 nachlesen, was Herr Rösche selbst, in Wiedergabe einer Aeußerung des Brauerdirektors Schöffel von Livoli, über seine allerhöchsteigene bierkönigliche Majestät hat drucken lassen. Wörtlich heißt da die Stelle in der Rede des Brauergefellen Konrad: „Ich muß leider noch einmal auf den famosen Herrn Rösche zurückkommen, und will Ihnen nicht vorenthalten, was mir neulich der Direktor — (hier erhebt Herr Rösche den Namen des Direktors Schöffel, der bekanntlich nach Ankauf der Livoli-Brauerei durch die Schultze'schen Brauerei I noch längere Zeit unter Herrn Rösche als Direktor fungirt hat, durch Punkte . . .) — der doch auch nicht unser Freund ist, in einer Unterredung sagte: was wollt Ihr nur immer mit Herrn Rösche, Herr Rösche betrügt Euch und betrügt uns!“

Wir wiederholen das Wort „betrügen“ oder „täuschen“/wie das Wort „Schwindel“ bei diesem Bier-Bismarck selbstverständlich in dem bekannten Mommsen'schen Sinne; aber auch ohne daß wir den Dolus voraussetzen, wie charakteristisch es den Mann, der die Zentralfonne des Biertrinks ist, daß er diese Aeußerung seines späteren Subdirektors ohne jeden Kommentar selber drucken und herausgeben läßt, und daß er sich vor seinen eigenen Kollegen und jetzigen Ringbrüder nicht gescheut hat, 25 leere Fässer täglich auf einem Prunkwagen durch die glänzenden Straßen der Hauptstadt des „großen einigen Deutschen Reiches“ herumfahren zu lassen, um einem hohen Adel und sonstigem blöden Publikum über den großartigen Abfah der berühmten Schultze'schen Brauerei Sand in die Augen zu streuen und zugleich seine neidischen kleinen Konkurrenten auf solche Weise zu täuschen. — Oder hat Herr Generaldirektor und Reichstags-Abgeordneter Rösche vielleicht bloß seine Allmacht der Ohnmacht des verstorbenen Präsidenten Carnot und des sterbenden russischen Zaren gegenüberstellen wollen? — „Seht! Was alle militärischen Zusammenkünfte in Kronstadt u. s. w. nicht vermocht haben, was selbst der Selbstherrscher aller Reußen, trotzdem er sich so tief gebeugt, die Marzellkaiser stehend mitanzuhören — was selbst der allmächtige Kaiser von Rußland nicht erreicht hat, ich, Richard Rösche, der Berliner Bierkönig, hab's vollbracht: „Das russisch-französische Bündniß — mit deutschem Schwindel!“

Zum Besten der ausgesperrten Brauerei-Arbeiter veranstalten folgende dem Arbeiter-Sängerbund angehörende Vereine: Nord, Gleichheit, Apollonia und Sängerkhor der Löpfer heute unter Leitung des Bundesdirigenten eine große Matinee im Casino, Landsberger Allee 40—41. Der Besuch dieser Aufführung ist in Anbetracht des gutgewählten Programms sowie im

Interesse der Sache zu empfehlen. Die Matinee beginnt um 12 Uhr, das Entree beträgt 25 Pfennige.

Zur Lokalliste. In Weiskens schenkt Matthes, Nollstr. 17 b, bonstetisches Bier. Klingler führt Helmen, Galtas Adolstr. 130, am Jonaikirchhof. In der gestrigen Liste muß es unter Panlow Meyer, Florastraße, heißen.

Wie man die Sozialdemokratie vernichtet. Die Befürchtung der Arbeiter, daß bei einer Vermittlung der Direktion in Spandauangelegenheiten ein erfolgreiches Sparen zur Herabsetzung des Arbeitsverdienstes führen würde, ist grundlos.

Es ist den Arbeitern bekannt, daß die Höhe des Stücklohn-Verdienstes vom königlichen Kriegsministerium festgesetzt ist.

Unter diese Sache hinunterzugehen, liegt für die Direktion keine Veranlassung vor, sie hat vielmehr ein lebhaftes Interesse daran, daß die Arbeiter wirtschaftlich vorwärts kommen und ihr Verdienst so bemessen bleibt, daß dies möglich ist.

Diese trübseligen Worte ständen, wie unsern Lesern vielleicht noch erinnerlich sein wird, in einem Erlaß, den der Direktor des königlichen Feuerwerks-Laboratoriums in Spandau, Herr Oberstlieutenant Bahn als Aufmunterung zum Wettstreit an die Arbeiter dieses königlich preussischen Musterinstituts gerichtet hatte.

Diese von einem höheren Militär den Arbeitern gespendeten Worte scheinen die Leitung der königlichen Munitionsfabrik in Spandau nichts anzugehen. Denn das Berliner Tageblatt konnte dieser Tage die auch von und unter aller Reserve registrierte Nachricht bringen, daß den Arbeitern der königlichen Munitionsfabrik der Lohn um fünf Pfennig pro Stunde gekürzt sei. Wir forderten die Direktion und die Arbeiter der königl. Munitionsfabrik bei Wiedergabe der Nachricht auf, die von dem „Tageblatt“ veröffentlichte Mitteilung aus ihren wahren Werth zurückzuführen, sie zu widerlegen.

Von der Direktion kam keine Richtigstellung, wohl aber erhielten wir von den Arbeitern der Munitionsfabrik eine Zuschrift, die mit folgenden Worten die Nachricht von der neuesten sozialreformatorischen, verschönernd auf die Arbeiterschaft wirkenden That in einem königlich preussischen Musterinstitut ihrem vollen Inhalt nach bestätigt: Die Zuschrift lautet:

Werthe Parteigenossen! Ihrer reservierten Meldung vom 18. d. M. können wir leider nichts anderes hinzufügen, als die Mitteilung, daß die von Ihnen thätigst erweise noch angezeigte Lohnreduktion in dem vollen von Ihnen gemeldeten Umfange stattgefunden hat.

Die Arbeitsweise in der königlichen Munitionsfabrik in Spandau ist der Massenarbeit, der sich derart gestaltet, daß der Verdienst unter den Arbeitern der verschiedenen Kategorien gleichmäßig vertheilt wird. Nun ist aber für die Arbeiter vor fünf Jahren z. B. ein Minimallohn von 50 Pf. festgesetzt worden, welcher am 9. September d. J. ohne ersichtlichen Grund auf 45 Pfennig herabgesetzt wurde. Auch ist der Akkord jetzt so gestellt, daß unter ihm kaum 45 Pf. pro Stunde zu verdienen sind. Was sollten wir unter dem heutigen Stand im Musterstaate der Sozialreform, wo tausende arbeitswillige Leute durch die kapitalistische Produktionsweise auf die Landstraße gestossen sind, anderes thun, als mit dem lochenden Ingrim in der Brust ergebnis ein hohes Kriegsministerium darum bitten, doch den Verdienst, den wir unter faulem Schweiß für uns und unsere vielfach zahlreichere Familie erarbeiten müssen, wieder auf die alte Höhe hinauf zu setzen?

Von 200 Arbeitern, die von der unserer Ansicht nach durchaus ungerechtfertigten Lohnherabsetzung betroffen worden sind, haben 172 Mann eine solche Petition unterschrieben.

Wir warten aber bis zum heutigen Tage vergebens auf die Antwort eines hohen Kriegsministeriums!

Mit sozialdemokratischem Gruß (Golgen die Unterscherten).

Was ist dieser, für sich selbst sprechenden Zuschrift noch hinzuzufügen? Nichts! Höchstens kann man seine Verwunderung darüber aussprechen, daß in den königlichen Staatswerkstätten, in denen bekanntlich nach offizieller Versicherung Sozialdemokraten nicht geduldet werden, hier und da wirklich noch ein Arbeiter anputzen ist, der bis jetzt noch nicht voller Begeisterung die Lehren der Sozialdemokratie in sich aufgenommen hat.

Ein aber noch. Zur Zeit sollen ja der Bundesrath und das preussische Staatsministerium sich den Kopf darüber zerbrechen, wie man dem vermaldeuten U in kurz bekomme.

Wir empfehlen den Herrschaften, die sich mit dieser Quadratur des Kreises abquälen, die Nachrich von der unter der segensreichen Aera der königlichen preussischen Sozialreform in einem königlichen preussischen Musterinstitut erfolgten Lohnherabsetzung recht angelegentlich als Material zum wohligen Studium!

Aus dem Inseratentheil eines Familienblattes. Der heutige „Lokal-Anzeiger“ bringt folgende Annonce:

Junge, schnelle Damen mit besserer Toilette werden bei hoher Gage als Tänzerinnen sofort engagiert in Maison rouge, Dresdenstr. 66.

In Lokalen von der Sorte des Maison rouge verkehren bekanntlich die jugendlichen Greise aus der aristokratischen und bourgeois Lebenswelt, um mit Mädchen, welche die Roth entweder zur Bekanntheit oder unverschämten Prostitution getrieben hat, die Goldfische ihrer Wälder durchzubringen.

Es lebe der Kampf der bürgerlichen Presse für Ordnung, Religion und Sitze!

Gegen den Anarchisten Cide ist, wie das Bureau Herold meldet, von der hiesigen Staatsanwaltschaft Anklage wegen Aufreizung zur Gewalt und Aufforderung zum Mordraub erhoben worden.

Die Nachricht von der Flucht des Bankiers Löwy aus Romisch, die uns von vertrauenswürdiger Seite zugeht, soll sich nicht bestätigen.

Wenn Staatsanwälte im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitze einen Presshänder vor Gericht zum Bösewicht stemmen, weil dieser irgend eine „beleidigende“ Renigkeit in einem nebenfächlichen Punkte unrichtig gebracht hat, so führen sie für die Schuld des Angeklagten mit Vorliebe ins Feld, daß er sich vorher an betreffender Amtsstelle hätte erkundigen sollen, ob die ihm zugelegene Nachricht auch richtig sei. Was es mit der amtlichen Bereitwilligkeit zur Auskunftsertheilung an Redaktionen auf sich hat, haben nothe Gemüther zwar schon zu Duzenden Malen erfahren müssen, aber dann und wann nimmt doch immer noch ein braver Mann den staatsanwaltschaftlichen Rath ernst. So gestern der „Lokal-Anzeiger“, der auf das Dementi der auch von uns gebrachten Nachricht über die Flucht des Bankiers Löwy aus Romisch bei der Direktion des dortigen Buchhauses sich telegraphisch Auskunft erbat und natürlich die Antwort erhielt, daß jede Auskunft über den Fall verweigert werde.

So kindliche Anfragen erlaubt sich auch heutigen Tages höchstens noch ein „unparteiisches“ Blatt.

Polizeilich verboten wurde eine vom „Freiheit“ in Rixdorf zu heute veranstaltete Matinee, in der Franz Held's Schauspiel „Ein Fest auf der Bahle“ gegeben werden sollte. Zuerst war dem Verein die Aufführung des Stückes an sich verboten worden; als dann beabsichtigt wurde, den alten „Götter-

von Notre-Dame“ zu geben, wandte die Polizeibehörde ein, daß sie für diesen Sonntag dem Verein die Vorstellung im National-Theater überhaupt verbieten müsse, weil eine zu kurze Spanne Zeit zwischen seiner Matinee und der am Nachmittag beginnenden Vorstellung der „Freien Volkstheater“ liege.

Auch Rigdort will eine Viersteuer einführen, von der man sich einen Ertrag von 60 000 M. verspricht; es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob die Gemeindevertretung dem Vorschlage der Steuerreform-Kommission beistimmen wird. Auch eine erhöhte Zuhörerssteuer, welche von öffentlichen wie nichtöffentlichen Vergnügungen erhoben werden soll, ist von der genannten Kommission in Vorschlag gebracht worden. Unsere in der Kommission sitzenden Genossen haben beide Vorschläge energisch bekämpft.

Nach § 11 der Gerichtsordnung vom 14. September 1855 sind die bei den Stangengerüsten benutzten Streichstangen durch Kreisbänder von Strängen zu befestigen und gegen den Erdboden abzustützen. Die Abstützung hat von Streichstange zu Streichstange bis zum Erdboden auf ein festes Unterlager zu erfolgen. Es ist die Bohrung gemacht worden, daß diese Vorschrift häufig nicht beachtet wird, daß die Streichstangen vielmehr anstatt abgehängt, in unzulässiger Weise nur durch Knaggen unterstützt werden. Da hierdurch bereits zu wiederholten Malen Unfälle verursacht wurden, so sind die Polizeibehörden neuerdings angewiesen worden, auf die Befolgung dieser sowie der übrigen Vorschriften der erwähnten Gerichtsordnung streng zu achten, die Benutzung vorchriftswidriger Gerüste bis nach erfolgter Abstellung der Mängel zu verhindern und gegen die Zuwiderhandelnden Strafjanzeige zu erlassen.

Ein neues Hannover? Der „National-Zeitung“ zufolge werden in den Bucherprozeß Treuberg-Labaschin, besonders durch die Verhaftung des letzteren, zahlreiche Offiziere und auch einige hohe Persönlichkeiten hereingezogen werden. Von dem Labaschin nahe stehender Seite wird sogar behauptet, dieser Bucherprozeß werde noch viel schlimmer werden, als der Hannoverische Prozeß. Labaschin selbst soll mit den Namen der von ihm bewucherten Personen gar nicht zurückhaltend sein.

Zur Schweichel'schen Mordsache. In der Untersuchung gegen den Maurer Thiede verlanet jetzt, daß entgegen früheren Meldungen, die Anklage noch nicht erhoben ist. Die Akten befinden sich zur Zeit bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts II. Einer der Staatsanwälte hat jetzt die Aufgabe, das Ergebnis der Voruntersuchung zu prüfen, und erst dann wird über die Erhebung der Anklage Befehl gegeben werden.

Das Denunziantenthum blüht überall. Dieser Tage soll ein betrunkener Klempner in einem Rixdort'schen Lokal eine unbedachte Aeußerung begangen haben. Sofort lief einer der Gäste zu einem Gendarm und denunzierte den Klempner wegen Majestätsbeleidigung, worauf dieser sofort verhaftet wurde.

Auf Grund einer Denunziation seiner seiblichen 16 jährigen Tochter wurde dieser Tage der Richter K. in Rixdorf wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftet. K. bestrittet jede Schuld und giebt an, seine Tochter habe ihn denunziert, weil er derselben ein Verbot verweigert habe und den „Bräutigam“ aus dem Hause gejagt habe.

Arbeiterisiko. Beim Frühstück erschlagen ist am Sonnabend Morgen gegen 9 Uhr der 34 Jahre alte Rutscher Wilhelm Pilschki aus der Michaelstr. 2. Er hatte an der Mauer eines im Abbruch befindlichen Hauses auf Nuzlerhöhe Platz genommen, als das mehrere Meter hohe Gemäuer plötzlich zusammenstürzte und den Rutscher unter den Trümmern begrub. Obgleich man sofort an die Befreiung des Schutthauses mit aller Kraft heranging, konnte Pilschki doch nur als Leiche herausgehoben werden. Er ist von dem Maurerwerk erschlagen worden. Das 66. Polizeirevier ließ die Leiche nach dem Schauhause bringen.

Was die sich wohl einbilden! Bürgerliche Wälder registriren die wichtige Geschichte, daß bei der kürzlich erfolgten Richtfeier eines der vielen neuen „Gotteshäuser“ Berlin's das Glas, welches der Kaiser nach altem Brauch vom Thurm herab geworfen, heil auf dem Erdboden angekommen sei. In diesen „höchst seltenen Fall“ knüpfen die Organe des Gottes Mammion die Vermuthung, daß „er so recht gemacht für abergläubische Seelen sei, dessen Anschauung sich auch die diäbende Volksseele sicherlich nicht entgehen lassen werde.“ Als ob die „Volksseele“ sich im sozialdemokratischen Berlin überhaupt noch um kirchliche Nichtsehe und Aberglauben bekümmerte. Auf den Kalms piepen wir schon lange nicht mehr.

Die Sammelliste 6756 der ausgesperrten Brauereiarbeiter ist anzuhalten, da dieselbe der Angabe des Empfängers noch verloren gegangen ist. Man wolle dieselbe an die Kommission der Brauereiarbeiter, Blumenstr. 38, abliefern.

Polizeibericht. Am 19. d. M. Vormittags erschoss sich ein Kaufmann in einem Hotel. — In der Bülowstraße wurde Nachmittags ein neunjähriger Knabe durch einen Pferdebahnwagen überfahren und an Kopf und Weine verletzt. — Abends tödtete sich ein 17jähriger Gymnasiast in der in der Sichtenstein-Allee belegenen Wohnung seiner Eltern durch einen Schuß in den Kopf. — Am 20. d. M. Morgens wurde auf dem Grundstück Nuzlerhöhe ein Rutscher durch eine umstürzende Mauer erschlagen. — Im Laufe des Tages fanden sieben kleine Brände statt.

Witterungsübersicht vom 20. Oktober 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf 0. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (nach F. = 9/5 C. + 32).
Swinemünde . . .	760	D	3	wollig	5
Hamburg . . .	757	D	4	bedeckt	5
Berlin . . .	757	SO	3	bedeckt	4
Wiesbaden . . .	751	Stil	—	bedeckt	9
München . . .	753	EO	4	Regen	8
Wien . . .	755	SEO	2	Nebel	9
Saparanda . . .	760	Stil	—	wollig	—13
Petersburg . . .	761	NO	1	bedeckt	—3
Coelz . . .	750	NO	5	Regen	4
Aberdeen . . .	739	D	6	wollig	6
Paris . . .	748	NO	2	Regen	6

Wetter-Prognose für Sonntag, den 21. Oktober 1894. Ein wenig wärmeres, ziemlich trübes Wetter mit Regenschauern und mäßigen bis frischen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Soziale Ueberlicht.

Der Ausschuss der preussischen Aerztekammern tritt am 23. d. M. in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Die Kammer für Berlin hat einen bemerkenswerthen Antrag eingebracht, der verlangt, daß an den Universitäten über soziale Gesehung mit besonderer Rücksicht auf die praktische Medizin unterrichtet werden soll. Weiter soll ein Antrag der Kammer für die Rheinprovinz zur Veranlassung kommen dahin gehend, den Unterrichtsminister zu ersuchen, daß die Grundzüge einer Medizinalreform, bevor sie im Staatsministerium endgültig festgesetzt werden, den Vertretern der Aerzte unterbreitet werden.

Die Bescheinigung, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen, ist nachstehenden Kosten ertheilt worden: 1. der Unter-

stützungskasse in Krankheitsfällen, genannt „Der treue Weistord von 1866“ in Altona (E. H.), 2. dem Krankenunterstützungsbund der Schneider (E. H.) in Braunschweig.

Landdijal. Unter dieser Epithete hatten wir in unserer Donnerstagsnummer die Vorgänge aus dem Rittergut H o b e n s i n o w bei Eberswalde nach der „Eberswalder Zeitung“ wiedergegeben. Diefem letzteren Blatte geht nun von der Dominial-Verwaltung ein Schreiben zu, das den Sachverhalt doch in etwas anderem Lichte darstellt. Der Wortlaut des Pachtertrags, welcher bestimmt, daß das Land desjenigen Pächters, der die ausbedungenen Arbeitstage bis zum 30. September nicht abgearbeitet hat, mit sammt der Ernte vom Gutsherrn wieder eingegeben wird, ist in der Verichtigung nicht angefochten. Dabingegen wird in dem Schreiben behauptet, daß sechs Arbeiter in diesem Jahre trotz wiederholter Aufforderung ihr Arbeitsquantum nicht geleistet, daß 8 andere seit 3 Jahren keine Pacht gezahlt haben, sodas die Gutsherrverwaltung, „um die Verhältnisse klar zu stellen und die eingerissene Unordnung abzufassen“, auf jedem Pachtstück eine Furche pflügen ließ, als „untrügliches Zeichen“, daß das Pachtland wieder eingegeben werden würde. Daraufhin seien die Arbeiterstrafen sofort zur Arbeit gekommen. — Wenn obiges richtig, dann war allerdings das „Recht“, den armen Pächtern die Aussaat zu vernichten, auf Seite der Gutsherrschaft.

Ueber die Kinderarbeit in der Hausindustrie schreibt man der „Frank. Zig.“ aus Sachsen: „Wie dringend notwendig es ist, auch für die Hausindustrie reichgesetzliche Bestimmungen zum Schutz der Kinder zu schaffen, beweist wieder einmal das Schicksal der sogenannten „Züchtlinder“ in der erzgebirgisch-vogtländischen Stickeret. Aus den Fabriken sind sie so gut wie vollständig verschunden, dafür werden sie aber, seit der Geschäftsgang in der Stickeret wieder besser geht, hausindustriell abgerackert. Viele Kinder müssen den ganzen Tag außerhalb der Schulzeit bis Abends 8, 9, 10 Uhr und auch wohl länger arbeiten. Der Lohn beträgt höchstens einige Groschen täglich, die Arbeitsräume sind vielfach äußerst ungesund.“ Die Kinder sind also aus dem Regen der fabrikmäßigen Ausbeutung unter die Traufe der hausindustriellen Ausbeutung gerathen. Die Hausindustrie ist mit der großkapitalistisch betriebenen Ausbeutung eng verbunden und bildet mit dieser ein Ausbeutungssystem. Der Großkaufmann und Großkapitalist steckt den Profit ein; die Hausindustriellen müssen billig liefern und die Kinder werden dafür aufgefaugt.

Weiße Raben scheinen die Stadtverordneten des Städtchens Neuh (Rheinprovinz) zu sein. Sie beschließen, daß sich die Bau- und Landwirthschafts-Kommission damit befassen sollen, Arbeitsgelegenheiten zu ermitteln, wodurch der für diesen Winter bevorstehenden Arbeitslosigkeit abgeholfen werden könne.

Arbeitsamt. Den bürgerlichen Kollegien von Ulm ist eine Denkschrift überreicht worden, welche einen ausführlich begründeten Antrag auf Errichtung eines Arbeitsamtes enthält.

Arbeitslöhne sächsischer Arbeiter. In Ropen haben hat infolge der Forderung des Arbeitervereins, daß die Arbeiter im Kommunaldienst einen Minimallohn von 80 Oere pro Stunde erhalten sollten, eine Enquete hierüber stattgefunden und ergeben, daß von den 54 bei den Wasserwerken beschäftigten Arbeitern 88 täglich 2 Kr. 80 Oere und der Rest 2 Kr. 55 Oere bis 2 Kr. 75 Oere verdienen. Einige, die öfter Akkordarbeiten haben, bringen es bis auf 950 Kr. im Jahr. (1 Krone = 100 Oere = 1 M. 12 1/2 Pf.) — Beim Brückenbauwerken werden 197 Arbeiter beschäftigt, die durchschnittlich 786 Kr. verdienen, unter ihnen finden sich 57 Mann, die nur 731 Kr., und 15 Mann, die nur 583 Kr. verdienen. Einige, namentlich Vorarbeiter, verdienen bis 1091 Kr., was also bereits als ein ungewöhnlicher Arbeitsverdienst zu betrachten ist. — Bei den Hosenarbeiten haben 3 Vorarbeiter 1016 Kr. 8 Messerer zitta 882 Kr., 7 Arbeiter 720 Kr. — An Hilfsarbeiter wird beim Brückenbau pro Tag 2 3/4 Kr. per Tag bezahlt, 40 von ihnen verdienen nur 840 Kr. im Jahr. — Etwas besser bezahlt sind die Gasarbeiter, die 2 Kr. 65 Oere bis 3 Kr. 25 Oere per Tag haben. Der Durchschnittsverdienst beträgt 1200 Kronen. Ein Stundenlohn von 80 Oere würde bei normaler Arbeitszeit und 300 Arbeitstagen eine Jahreseinnahme von 862 Kr. ergeben. Im Ganzen ergiebt sich, daß bei den Wasserwerken und Brückenbauten 139 Mann weniger, als jene 80 Oere verdienen haben, obwohl sie zum Theil Akkordarbeiten hatten. Da die privaten Unternehmer den Satz von 80 Oere bewilligt haben, so zeigt sich wieder, wie wenig die Städte heute bei ihren öffentlichen Arbeiten als Musterbetriebe betrachtet werden können.

Ueberall das gleiche Ende. Aus Paris wird unterm 20. gemeldet: Im Laufe des gestrigen Tages haben 5 Personen aus Roth Selbstmord begangen.

Gerichts-Beitrag.

Der bisher völlig präzedenzlose Fall, ob der Chefredakteur einer Zeitung verpflichtet ist, eine Verichtigung, zu der sein Amtsvorgänger verurtheilt worden war, anzunehmen, ist Sonnabend von dem Rostocker Schöffengericht gegen den Chefredakteur des „Rostocker Anzeigers“, Dr. Konick, dahin entschieden worden, daß der Angeklagte freisprechen ist und sämtliche Kosten, einschließlich der Vertheidigung, der Staatskasse aufzuerlegen sind. Das Urtheil sagt, daß das Amtsgericht, welches in derselben Sache gegen den früheren Redakteur das Urtheil erlassen hatte, dadurch nicht befristete Behörde im Sinne des § 11 des Pressgesetzes geworden und deshalb nicht berechtigt ist, die Aufnahme einer Verichtigung anzuordnen.

Der Redakteur und Verleger des „Sozialist“, Buchdrucker Weidner, stand gestern wegen Pressbeleidigung, Beschimpfung von Einrichtungen der christlichen Kirche, Aufreizung zum Klassenhaß und Majestätsbeleidigung vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Oeffentlichkeit statt. Unter Anklage stand eine Reihe von Artikeln in Nr. 30-35 und Nr. 37 des „Sozialist“. Staatsanwalt Dr. Benedix beantragte eine Gesamtstrafe von drei Jahren Gefängnis. Der Gerichtshof erachtete zunächst der Angeklagten der Uebertretung des Pressgesetzes für schuldig und verurtheilte ihn deswegen zu 30 M. Geldstrafe, welche durch die Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wurde. Von der Anklage der Beschimpfung von Einrichtungen der christlichen Kirche wurde der Angeklagte freigesprochen und in den übrigen Fällen der Anklage aber verurtheilt. Der Gerichtshof nahm an, daß durch den einen Artikel in der That zu Gewaltthaten aufgereizt worden sei, da direkt auf Aufruf und Empörung verwiesen und gesagt werde: Die Herrschaftlosigkeit solle durch die That herbeigeführt werden. — Die Majestätsbeleidigung wurde in einem Gedicht von Glasbrenner erblüht, welches an sich zwar schon älteren Datums ist, aber mit dem Motto: „Sie volo, sic jubeo“ versehen worden war. Da in diesem Gedicht ein Mann geißelt wird, der nach Willkür und verfassungswidrig regiert und der Gerichtshof durch Vorlesung jenes Mottos außer Zweifel darüber war, auf wen das Gedicht gemünzt war, so erachtete er eine Majestätsbeleidigung für vorliegend. Der Gerichtshof erkannte gegen den Angeklagten auf eine Gesamtstrafe von einem Jahre Gefängnis und verfügte auch die Einziehung der betr. Platten und Formen.

Veranstaltungen.

Der Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer und Berufsgenossen beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 19. Oktober mit dem derzeitigen Stand des Fensterstreiks. Daudert theilte dazu mit, daß die kühnen Hoffnungen, zu welchen der Besuch der Versammlung vom

15. Oktober berechnete, sich als eitel erwiesen haben. Zum fünften Male streikten die Lötter jetzt wegen der Fensterfrage, aber in keinem der vorangegangenen Jahre sei der Stand des Streiks so erbärmlich gewesen, wie in diesem Herbst. Die in der vorigen Versammlung aufgestellten Forderungen schreiteten an der Haltung der Zentralisten, die sich, wo Lokalorganisten die Arbeit niederlegten, mit denselben nicht solidarisch erklärten. Redner nennt eine Anzahl Bauten, auf welchen die Lokalorganisten die Arbeit niedergelegt, die Zentralisten dagegen bei offenen Fenstern weiter arbeiten. Nur bei Fabrik in der Krautstraße hätten sich die Zentralisten an den Befehl ihrer Filiale nicht gehalten, sondern einmütig mit den anderen Kollegen die verglasten Fenster gefordert, und die Folge sei gewesen, daß dort nun alle bei verglasten Fenstern arbeiten. Folgende Resolution wird vorgeschlagen: Nachdem die Lötter seit fünf Jahren Mitte Oktober in den Fensterstreik traten, um ihre Gesundheit, das höchste Gut, vor den Unbilden der rauhen Herbstwitterung zu schützen, haben sie sich auch in diesem Jahre veranlaßt, am 15. Oktober in einer von ca. 800 Personen besuchten Versammlung, dieselben Beschlüsse wie in den Vorjahren zu fassen. Ihre gerechten Forderungen wurden aber durch das unverantwortliche Verhalten der hiesigen zentralen Richtung nicht nur ungemein erschwert, sondern geradezu illusorisch gemacht. Es wurden in der hiesigen Filiale des Allgemeinen Vereins der Lötter und Berufsgenossen Deutschlands, nachdem die Anhänger dieser Richtung fast ausnahmslos den ganzen Tag am 15. Oktober gearbeitet, am Abend trotz Kenntnis unserer vorher gefassten Beschlüsse bei ihnen Beschlüsse der entgegengekehrten Art gefaßt, welche ein Attentat auf unsere Sache bedeuteten. Die Versammlung verurteilt daher die Handlungsweise jener Filiale aufs nachdrücklichste und spricht der letzteren für die Zukunft das Recht ab, in den Reihen der Arbeitsgenossen als auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend zu gelten. In der Diskussion nahm eine ganze Anzahl Kollegen das Wort, um das Verhalten der Zentralisten entschieden zu verurteilen. Es wurde ausgedrückt, daß auf den Bauten, wo viele Zentralisten beschäftigt sind, infolge des Weiterarbeitens derselben die Plätze der streikenden Lokalorganisten leicht besetzt würden. Es sind auch Fälle vorgekommen, daß Kollegen, die gar keiner Organisation angehören, für die Forderung der Fensterverglasung mit den Lokalisten zusammen die Arbeit niedergelegt, die Zentralisten aber ruhig weiter gearbeitet haben. Die Versammlung nimmt die eingebrachte Resolution einstimmig an und beschließt, den Streik fortzusetzen. Bei der Kontrolle sind bisher als zu Unterstühende gemeldet: 149 Kollegen mit 157 Kindern, davon in Charlottenburg 10 Kollegen mit 8 und in Steglitz 8 mit 10 Kindern. Nach kurzer Diskussion fand hierzu folgende Resolution Annahme: „Die Versammlung erkennt an, daß die Fensterfrage mehr und mehr zur Prinzipienfrage jedes Einzelnen wird, und beschließt daher, eine Streikunterstützung für die ersten sechs Tage nicht zu zahlen, sondern erst von der nächsten Woche an zu gewähren. Ausgeschlossen davon sind nur diejenigen, welche in der Woche drei Tage in Arbeit stehen; dieselben sind jedoch für die betreffende Woche auch von der Abführung der Prozente zu erheben.“ Auch die Entschädigung der Kontrollkommission wurde für die erste Woche abgelehnt; nur die höheren Auslagen sollen derselben für die erste Woche vergütet werden. Die arbeitenden Kollegen haben bereits zum Sonnabend, den 20. Oktober, an 10 pCt. von ihrem Verdienste zum Unterstühungsfonds abzuführen. Für den aus der Kontrollkommission ausscheidenden Kollegen John wurde Eichstädt gewählt.

Im Fachverein der Studienteure referierte am 15. Oktober Genosse Hoffmann über das Thema: „Kasariismus im alten Rom.“ In Anbetracht der anderen wichtigen Gegenstände, die noch zur Verhandlung standen, wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Der Antrag der Arbeitsnachweis-Kommission, die Sonntagskontrolle aufzuheben, wurde einstimmig angenommen. Zum dritten Punkt, die Fensterfrage, wurde folgende Resolution angenommen: Der Fachverein der Studienteure bedauert, wegen des allzu großen Individualismus der Kollegen keine Stellung zur Fensterfrage nehmen zu können; jedoch wird jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, so viel wie möglich dafür zu sorgen, daß die Fenster verglast werden. Zum Schluß erhoben einige Kollegen Beschwerden über angebliche Unregelmäßigkeiten im Arbeits-

nachweis. Diese Beschwerden wurden dem Vorstand zur Entscheidung überwiesen.

Charlottenburg. Zwecks Neuwahl der Delegierten zum Parteitag in Frankfurt a. M. tagte hier im Lokal „Wismarckshöhe“ am 19. Oktober eine öffentliche Parteiverammlung für den Reichstagswahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Das einleitende Referat hielt Genosse Kasper - Steglitz. In der Diskussion referierte zunächst der Vorsitzende Görtke-Charlottenburg die in der letzten Parteiverammlung des Kreises in Albersdorf angenommenen Entwürfe. Speziell rechte er bestimmt darauf, daß der § 6 des Parteiprogramms eine andere Fassung erhalten werde. (Beifall.) Gruhl-Nowawes vermittelte unter den Anträgen folche, die sich eingehender mit der Gemeinde-Vertretung befaßten. Den Genossen sei bisher zu wenig Material geboten worden, um sich zu solchen Vorkenntnissen oder wo sie solche bereits einnehmen, genügend instruieren zu können, wie sie sich bei den verschiedenen Fragen zu verhalten bzw. ihre Abstimmung einzurichten haben. Es wäre daher mit Freunden zu begrüßen, wenn der Parteitag jemanden beauftragte, einen derartigen Leitfaben auszuarbeiten. Thomas-Nixdorf war dagegen der Meinung, der Parteitag solle den Genossen mit auf den Weg geben, überall da, wo geeignete Personen nicht vorhanden sind, lieber von einer Wahlbevollmächtigung zur Gemeindevertretung Abstand zu nehmen. Der Aenderungsbeschl. des § 6 des Parteiprogramms widersprach er und hält es für besser, derselbe verschwände ganz daraus. Zur Religionsfrage äußerten sich noch Labjahn-Lichterfelde, Köppen-Nixdorf und Weier, Fleming, Klid und Voigt-Charlottenburg. Nach Schluß der Diskussion gab Görtke bekannt, daß Jubel sein Mandat als Delegierter zum Parteitag wegen Krankheit seiner Frau niedergelegt habe, während das des Genossen Sigarist-Charlottenburg beanstandet werde. Aus praktischen Gründen empfahl Labjahn die Wahl der allmächtigen Landagitatoren bekannten Genossen Kasper - Steglitz und Gruhl-Nowawes. Diefem Vorschlag stimmte die Versammlung zu. Fleming ersuchte noch um regen Besuch der am Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, im selbigen Lokal stattfindenden Gemeindefachversammlung. Nach Wahl der Genossen Klid, Kube und Jerbe zu Revisoren der Vertrauensliste erfolgte der Schluß der Versammlung.

Besuchzeit
verschiedener Museen und sonstiger Sehenswürdigkeiten.
Alte- und Neues Museum am Lustgarten. Besuchzeit täglich, mit Ausnahme des Montags in den Wintermonaten von 10-3 Uhr. In den Sommermonaten von 9-3 Uhr. Sonntags im April-September 12 bis 6 Uhr. Oktober und März 12-3 Uhr. November und Februar 12-4 Uhr. Dezember und Januar 12-3 Uhr (Montags geschlossen). - Die Nationalgalerie in der Museumsstraße. Besuchzeit Wochentags von 10-3 Uhr (Montags ausgenommen). Sonntags im April-September von 12 bis 4 Uhr. Im März und Oktober 12-5 Uhr. Februar und November 12 bis 4 Uhr. Januar und Dezember 12-3 Uhr (Montags geschlossen). - Kunstmuseum am Lustgarten. Öffnet am Montag (Montags geschlossen) im Sommer von 9-3 Uhr, im Winter von 10-3 Uhr. Sonntags, April-September von 12-4 Uhr. Oktober und März 12-5 Uhr. November und Februar 12-4 Uhr. Dezember und Januar 12-3 Uhr (Montags geschlossen). - Museum für Völkerverständnis, Königgraderstr. 120. Besuchzeit wie im Kunstmuseum (Montags geschlossen). - Hofgarten-Museum, Alsterufer. Öffnet am Montag (Montags geschlossen) von 10-3 Uhr (Montags geschlossen). - Museum für Naturkunde, Invalidenstr. 40. Besuchzeit Sonntags wie im Kunstmuseum. Außerdem Montags und Sonnabends von 11-3 Uhr. - Museum für deutsche Volkstrachten und Erzeugnisse des Hausgewerdes, Klosterstr. 22. Jeden Tag mit Ausnahme des Mittwachs von 11-2 Uhr geöffnet. Eintrittsgeld: Erwachsene 50 Pf., Kinder 25 Pf. Sonntags 12-3 Uhr. Montags, Dienstags, Donnerstags, Freitag von 11-2 Uhr (Montags geschlossen). - Rathhaus, Königstr. 66. Öffnet täglich außer Donnerstags und Freitag von 11-3 Uhr (Montags geschlossen). Eintrittsgeld 20 Pf. - Kunsthausestellung des Vereins Berliner Künstler. Wilhelmstr. 92. Sonntags 11-3 Uhr, Wochentags 10-3 Uhr. - Sternwarten, Unter den Eichen 22. Wochentags und Sonnabends von 9 bis 11 Uhr. - Urania, Wilmersdorferstr. 11. Wochentags von 9 bis 11 Uhr. - Jandelsbr. 27-29. Öffnet von 3 Uhr Nachmittags bis 10 Uhr Abends. Jandelsbr. 27. Öffnet für Theater von 5 bis 10 Uhr. - Quartier, Schadowstr. 14. Öffnet von 2-5 Uhr. Eintritt Sonntags 50 Pf., an jedem letzten Sonntag im Monat 25 Pf. - Gahan's Panoptikum, Friedrichstr. 66. Öffnet 10-10 Uhr. Eintrittspreis 50 Pf. - Passage, Panoptikum 10-10 Uhr. Eintrittspreis 50 Pf. - Martine Panoptikum, Am Berliner Bahnhof. Sonntags von 9-3 Uhr. Eintritt 20 Pf. - Neapel-Panorama am Bahnhof Tiergarten, (mit neuen Panoramen: Rotationsdespotismus, Palast und Schloßbau) Sonntags 20 Pf. Eintrittspreis. Das Panorama ist bis 17 Uhr Abends zu besichtigen. - Zoologischer Garten, Sigmundstr. Sonntags 10 Pf. - Goltz's Garten mit Valmenbus, Alte-Moabit 62-64. Eintrittspreis 20 Pf.

Vermischtes.

Das aktuellste Blatt Deutschlands ist unzweifelhaft das Marburger Tageblatt. Wir müssen besänftigt eingestehen, daß der kostspielige telegraphische Dienst, den wir für die Berichterstattung vom Frankfurter Parteitag eingerichtet haben, ganz vergeblich war, wir sind von dem national-liberalen „Marburger Tageblatt“ vollständig geschlagen. Denn während wir erst während des Parteitages über denselben berichten können, hat das „Marburger Tageblatt“ schon in seiner Nummer vom 16. Oktober einen Leitartikel betitelt „Vom gestrigen sozialdemokratischen Parteitag in Frankfurt am Main“. Nachdem das Professoren-Blättchen des langen und breiten über die Verhandlungen berichtet hat, schließt es seinen Artikel mit den Worten: „Über die Beschlüsse sind noch keine Nachrichten eingegangen.“ Die guten Marburger werden sich da noch 3 Tage gedulden müssen. Es wäre schade, wenn das Blättchen seinen gewandten Leitartikelschreiber wegen dieses kleinen Unfalls verlieren sollte.

Leif. Das an der Börse verbreitete Gerücht, daß der frühere Kanzler Leif beauftragt worden sei, das projektirte Moral-Handbuch der „Gesellschaft für ethische Kultur“ zu schreiben, hat sich, wie wir hören, als unbegründet herausgestellt. „Kladderadatsch“.

Die Gegner der Division sammeln in Zürich 5000 Bürgerunterschriften, um auf dem Wege der sogenannten Initiative (das ist das den Schweizer Bürgern durch die Verfassung gewährte Recht, selbständig Gesetzentwürfe einzubringen) die Division bei Buße und Gefängnis im Kanton Zürich zu verbieten. Sind 5000 Unterschriften beisammen, dann müssen die Bürger des Kantons Zürich über die Divisionsfrage abstimmen.

In Belgrad ging am Freitag ein heftiges Gewitter nieder, wobei Hagelkörner in der Größe von Ballnüssen fielen. Tausende von Fenstern wurden zertrümmert, doch entstand kein weiterer Schaden.

In Andalusien herrscht, wie aus Madrid gemeldet wird, Stürme. Sevilla und Cordova sind zum Theil überschwemmt; man befürchtet, daß der Guadalquivir aus seinen Ufern treten wird.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Sowohl Buchstaben oder eine Postnummer) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Mephistopheles. Anonym nicht verwendbar.

Heidelberger, J. S. Sie können beides durch die Buchhandlung des „Vorwärts“, Beuthstr. 2, beziehen.

A. S. Ihr „Astrachaner Tran“ ist uns auch nicht bekannt. Vermuthlich ist damit Astrachaner Kaviar resp. der Thuan vom Stör gemeint. In Ermangelung dessen belegen Sie vielleicht Ihren blaugesprochenen Glimpunkt mit Walfisch-Thran.

A. S. D. Unterstühung der Familien-Angehörigen zu Friedensübungen eingezogener Mannschaften. Der Anspruch auf die Unterstühung ist bei der Gemeindebehörde des Orts zu erheben, an dem der Einberufene zur Zeit vor der Uebung seinen gewöhnlichen Aufenthaltort hatte. Es genügt also ein Schreiben etwa folgenden Inhalts: An den Gemeindevorstand (Magistrat oder bergl. von Ich bin (war) vom . . . bis . . . zu einer Reserve- (Landwehr-) Uebung eingezogen. Ich beantrage für meine Familie die ihr zustehende Unterstühung. Meine Familie besteht aus meiner Frau und . . . Kindern. Die Kinder sind geboren: Elise am . . . Adolf am . . . u. s. w. Der Anspruch erlischt, wenn er nicht spätestens binnen vier Wochen nach Beendigung der Uebung erhoben wird. Die Unterstühung beträgt für die Ehefrau 80 pCt., für jedes sonst unterstühungsberechtigte Familienmitglied 10 pCt. (insgesamt aber höchstens 60 pCt.) des ordentlichen Tagelohns für erwachsene männliche Arbeiter am Aufenthalt des Einberufenen. Unterstühungen sind für Uebungen der Reserve, Landwehr und Seewehr, sowie für die zweite und dritte Uebung der Ersatzreserve zu zahlen. Die Unterstühungen gelten nicht als Armenunterstühungen und sind jeder Prüfung entzogen. Das Gesetz ist am 1. Juli 1892 mit rückwirkender Kraft bis zum 1. April 1893 in Kraft getreten. Der Anspruch auf Unterstühungen ist Jahrzehnte lang vordem im Reichstage von den Sozialdemokraten erhoben.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 21. Oktober.
Freie Volksbühne (National-Theater) 11. Serie. 3. Abtheilung, Nachmittags 3 Uhr: Der Biberpelz.
Opernhaus. Der Prophet.
Montag: Keine Vorstellung.
Schauspielhaus. Wie die Alten jung.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Lesing-Theater. Die Schmetterlingsflucht.
Montag: Madame Sans-Gêne.
Deutsches Theater. Die Kameraden.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Berliner Theater. Die Dey.
Montag: Ein Erfolg.
Schiller-Theater. Der Weichenfresser.
Montag: Der Menont.
Neues Theater. Komödianten.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater. Der Vogelhäbler.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Reichens-Theater. (Théâtre libre.) Blanchette. Le Baiser.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Theater Unter den Linden. Dr. Yhrus in der Unterwelt.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Bellevue-Theater. König Kroule.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Central-Theater. O! diese Berliner!
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Alexanderplatz-Theater. Nach Sonnenuntergang. - Ein Modell.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
National-Theater. Der Raub der Helena. - Lumpaci Vagabundus.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Neuschallenthaer. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Gentmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Sonntag, 21. Oktober, Nachm. 3 Uhr: Die Räuber. Abends 8 Uhr: Der Weichenfresser.
Dichter-Abende im Bürgerfaale des Rathhauses, Abends 7 1/2 Uhr: Chamisso-Abend.
Montag, den 22. Oktober, Abends 8 Uhr: Der Menont.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
Direktion: Richard Schulz.
Emil Thomas a. S.
Anna Baders. Josefine Dora.
Zum 51. Male:
O! diese Berliner!
Große Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach Salinger's Reise durch Berlin von Julius Freund.
Musik von Jul. Gindshofer.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: O, diese Berliner!

Circus Renz

Carlstrasse.
Sonntag, den 21. Oktober ev., Nachmittags 2 Uhr: Gr. Matinée.
Auf auf zur fröhlichen Jagd.
Außerdem: das Feuerpferd Ellmar, vorgeführt von Dir. Fr. Renz, Prinz, ger. v. Herrn R. Renz, Cromwell und v. Steiger Alp, ger. von Hl. Wally Renz; v. Krotow Gehr. Lugens etc.
Abends 7 1/2 Uhr:
Auf auf zur fröhlichen Jagd.
Ferner: v. onpr. Hengst Blondel u. Monstro-Tableau von 60 Pferden, vorgeführt v. Dir. Fr. Renz. Schulquadritze, ger. v. 8 Herren. Beautiful und v. Springschwanz Blitz, ger. v. Frau Renz-Stark; v. Glorins Gehr. Villand etc.
Montag: Parade-Festvorstellung.
Fr. Renz, Kommissionsrath.

Rechtsbureau Stallschreiberstr. 43 I. Alles billigt. 8126*

Adolph Ernst-Theater

Charley's Tante.
Schwan in 3 Akten v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse in einem Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Gastspiel
der berühmten Wiltwanner-Gesellschaft bei ihrer Durchreise nach Hamburg.
Große Doppelvorstellung
zu einfachen Preisen.
Der Raub der Helena.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Karl Peters.
Regie: Max Sants.
Hierauf: Gastspiel des fliegenden Serpentin-Ballets, arrangirt vom Balletmeister Göza Zinner.
Zum Schluß:
Lumpaci Vagabundus.
Große Posse mit Gesang in 5 Akten (5 Bildern) und einem Vorspieler von Joh. Nestroy.
Kasseneröffnung 5 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Montag: Gastspiel des fliegenden Serpentin-Ballets.
Der Raub der Helena.

Alcazar

Vaudeville- u. Variété-Theater
Dresdenerstr. 62/63 (City-Passage).
Vornehmster Familienaufenthalt.
Neu! Sensationell! Neu!
Pusebach auf Korea.
Neu! Mr. Chong und Geschwister Sarao. Neu!
Auftritt eines wüthl. Spezialitäten.
Entree:
Wochent. 20 Pf., Sonntags 40 Pf.
Anfang:
Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
R. Winkler.

Castan's Panopticum.

Hassan Ali
der grösste Mensch der Welt.
Prinzess Topase
das kleinste Menschenkind.
Mexikanische Kiejen-Cacteen
in noch nie gesehener Größe.

"Sanssouci"

Kottbuserstraße 1a.
Jeden
Sonntag und Donnerstag:
Stettiner Sänger
(Moysel, Häckel, Pitro, Britton, Eberius, Steidl und Blank.)
Anfang Sonntags 7 Uhr, Donnerstags 8 Uhr. - Entree 50 Pfg.
Billets à 40 Pfg. (nur für die Wochentage gültig) sind im Vorverkauf in der Zigarettenhandlung von Repler, Kottbuserplatz, zu haben.
Stets wechselndes, amüsanteres Programm.

Berliner Aquarium.

Unter den Linden 68a - Ecke der Schadowstr. - Eing. Schadowstr. 14.
Heute Sonntag: Eintrittspreis 50 Pf.
Reichhaltige Ausstellung von Land- und Seethieren, wie Affen, Riesenschlangen, Krokodile, Hai- und Tintenfische, Quallen etc. [164M]
Bis auf Weiteres (50 Pfg.)
Theilnehmer erwünscht. Einigen-User 28, 3 Tr. bei Schulz. 5166

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber aus Dahomey.
Die Hengenhaufel, neueste Illusion.

Die Verlobung unserer Ältesten Tochter Hedwig mit dem Genemaler Herrn Emil Firkel beehren wir ergebenst anzuzeigen. 4995
Berlin, im Oktober 1894.
Joseph Lentenmayer,
nebst Frau, geb. Breichmann.
Hedwig Lentenmayer
Emil Firkel
Verlobte.

Unserem Freunde Steinicke zu seinem morgigen Wiegenseite ein donnerndes Hoch! 4955
Morik, laß die Kollmöpfe stehen!
Seine Freunde.

Meinem Freund und Genossen, dem Restaurateur H. Reinhardt zu seinem heutigen Wiegenseite ein dreifaches Hoch! daß die ganze Schulstraße wackelt. 4455
Hermann, der heute nah wird, is - habil! F. W.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern des Vereins der Einspener (Zischler) Berlins und Umgebung zur Nachricht, daß unser Kollege
Julius Strauch,
Bühnenstraße 22-23, verstorben ist. Die Beerdigung findet heute, Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Nixdorfs, Hermannstraße, in Nixdorf, aus statt. 116/8
Der Vorstand.

Homöopath.

Arzt Dr. Bösch, Dammstr. 149, 8-10, 5 1/2
7, Sonntags 8-10 Uhr. 741*

Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20.
Säle und Vereinszimmer
von 20-600 Personen.

Verband

deutscher Korbmacher

(F. i. a. l. s. Berlin)
Am Montag, den 22. Oktober, Abends
8 1/2 Uhr, bei Herr, Adalbertstrasse 21:
Versammlung.

Tagesordnung:
1. Abrechnung. 2. Die Zustände in
den Werkstätten von Anzeig. u. Comp.
und Blume. 158/4
Die Kollegen der genannten Werk-
stätten sind besonders eingeladen.
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. j. w.

Oeffentliche Verwaltung Berlin H.
Mitglieder-Versammlung
am 22. Oktober 1894, Abds. 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Tolksdorf,
Görliitzerstr. 58.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1894.
2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimirt.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
287/6 Die Ortsverwaltung.

Guchhandlung des „Vorwärts“

Berlin SW., Grenth-Strasse 2.
Zu herabgekehrten Preisen
empfehlen wir folgende

Geschichts-Werke:

Brosch. Oliver Cromwell und die puri-
tani/che Revolution. 220 Seiten.
Statt Nr. 10, —

Lamartine. Geschichte der Gironden-
nen. 2 Bde. 266 Seiten.
Statt Nr. 9, 60 —

Lecky. Geschichte der Aufklärung in
Europa. 3 Bände. 608 Seiten.
Statt Nr. 9, —

Maurer. Geschichte der Marken-
Verfassung in Deutschland.
Statt Nr. 8, 40 —

Wallerstein. Geschichte der Bauern-
kriege und der Hofverfassung. 4 Bände.
Statt Nr. 35, 20 —

Wallerstein. Geschichte der Bauern-
kriege und der Hofverfassung. 2 Bde.
Statt Nr. 14, 40 —

Wallerstein. Geschichte der Bauern-
kriege und der Hofverfassung. 4 Bde.
Statt Nr. 46, 40 —

Alle 4 Werke zusammen:
Statt Nr. 104, 40 —

Kottek. Kurze Weltgeschichte. 2 Bde.
mit 4 Stichbüchern. 905 Seiten.
Statt Nr. 8, —

Senn-Barbier. Carlstadt, der
Erbstifter von Genf.
740 Seiten. Statt Nr. 6, 40 —

Barnhagen. 4 Bände. 1778 Seiten.
Statt Nr. 32, —

Zum Studium

der modernen Arbeiterbewegung.

Prof. Adler. Geschichte der ersten
Sozialpolitischen Ar-
beiterbewegung in Preussland. 248 S.
Statt Nr. 9, —

Als Materialiensammlung ist das Buch
zur Zeit das reichhaltigste und zusammen-
fassendste, besonders über die kommuni-
stische und jungheutige anarchische Be-
wegung der vier und vierziger in Deutsch-
land und der Schweiz. Die Tendenz ist
freilich recht professional-streberhaft-
bürgerlich und die Geschichtsbildung
und Personenkenntnis vielfach unvoll-
ständig. Die Veranlassung dieser Vorlesung
lägt rechtlich nachschuldig.

Somnopath. Institut Brunnenstr. 39
Sonn. 9-10. 425b

Plättchen, handgeschmiedete, zwei-
rädige Handwagen bei J. Kaefer,
Wittenstr. 14. 2556b

Gr. Vereinszimmer Neue Hofstr. 49

Georg Wagner

Uhrmacher,
Oranienstr. 65, 1 Tr.

Bitte auf die Hausnummer
zu achten.

Ihren u. Goldwaaren in solider
Ausführung zu den billigsten Preisen.
Massiv goldene Trauringe, geschlich
gestempelt: 1 Dufaten 10,50 M., 1 1/2 Duf.
15,50 M., 2 Duf. 20 M. Star. von
4 M. an. 5735L*

Reparaturen
an Uhren u. Goldwaaren solid u. billig

Kinderwagen.

Kasten-, Leiter- und Sport-Wagen.
Größtes Lager Berlins. Fabrikpreise.
Stets das Neueste auf Lager. Keine
Marktcherelei. Theilzahlung gestattet.
Rückerbesser gratis. Auch stehen alte
Wagen zum Verkauf. 5721L*

53 Andreas-Strasse 53
parterre und 1. Etage.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin u. Umgegend.

Dienstag, den 23. Oktober, Abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn Nieft, Weberstraße Nr. 17:

Wander-Versammlung.

Tages-Ordnung: 119/13
1. Vortrag des Genossen Grindel über: Die Volksernährung und
unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer
Mitglieder. 4. Verschiedenes.
Männer als Gäste haben Zutritt. Um recht zahlreichen Besuch, be-
sonders der Frauen, bittet
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Maler u. verw. Gewerbe.

Donnerstag, den 25. Oktober, Abends 8 Uhr.
Große Mitglieder-Versammlung

jämmtl. Klassenmitglieder und Arbeitgeber in Deigmüller's
Salon, Alte Jakobstr. 48a.
Tagesordnung:
Erfahrung der ausgeschiedenen Delegirten (98 Arbeitnehmer und
23 Arbeitgeber).
Quittungsbuch legitimirt.
Der Vorstand.
H. Wentker, Vorsitzender, Memelerstr. 61.

Maler.

Sämmtl. Spezialisten, die in dem Malerfach arbeiten,
als da sind Zeichner, Blumenmaler, Stilleben-, Figuren-
u. Ornamentmaler, werden zu einer wichtigen Besprechung
am Montag, den 22. Oktober ex., Abends 8 Uhr, in den
„Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 20, eingeladen.
183/10 Einer für Viele.

Verband deutscher Gold- u. Silberarbeiter und verw. Berufsgenossen (Zahlstelle Berlin).

Montag, den 22. Oktober, Abds. 8 1/2 Uhr, im Lokale Jansenstr. 16:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Kassenbericht. 2. Wahl des Vorstandes.
3. Vortrag des Herrn Dr. Pinn über: „Die Lügen unserer Zeit“.
4. Verschiedenes. — Aufnahme neuer Mitglieder.
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Louisenstädtisches Concerthaus, Alte Jakobstr. 37.

Montag, den 22. Oktober, Abends präz. 8 Uhr:
Großer Experimental-Vortrag

des Herrn Reinh. Gerling über:
Die Gefahren der Hypnose und das hypnotische Verbrechen
(mit zahlreichen Experimenten).
Gäste, Damen und Herren, haben Zutritt. 518b
Der Vorstand der Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner.

Achtung! Ladirer. Achtung!

Große öffentliche Versammlung
der
Ladirer u. der im Geschäfte besch. Arbeiterinnen

am Montag, den 22. d. M., Abends Punkt 8 1/2 Uhr,
in Wienecke's Restaurant, Alte Jakobstr. 83.

Tagesordnung: 1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung
bekannt gemacht.) 2. Die Lage der Arbeiterinnen in unserm Gewerbe. 3. Ver-
chiedenes. 162/6
Die Kollegen werden ersucht, die in ihren Werkstätten beschäftigten
Arbeiterinnen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Um recht
pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Die Agitationskommission.

Künstl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzlos, Zahnschmerz beseitigt, schmerz-
los, loses Zahnziehen. Theilzahlung. Goldstein, Orantenstr. 123.

Rohtabak Ernst Förster,

Berlin NO., Kaiserstr. 30.

GESCHAFTSHAUS S. HEINE

Berühmte
Specialität der Firma:
Die schönsten Kinderkleider

reich garnirt mit Spitze und Band.
Vorbereitete Länge 47 53 57 62 67 72 77 84 90 cm.
Alter . . . 1-2 2-3 4-5 6 7 8 9 10-11 1-12 Jahr
Sammet . . . 5,50 6,00 6,75 7,50 8,25 9,00 10,00 — — —
Seiden-Plüsch 9,00 10,00 12,00 13,00 15,00 16,00 18,00 21,00 24,00 M.
vorrätig: } Sammet in bordeaux und marino,
Plüsch in bordeaux und bleu.

Morgenröcke, Unterröcke, Blusen.
Fertige Costüme u. Costümröcke.
Gr. Auswahl, billig Preise!

G. Superczynski, künstliche Zähne, Invalidenstr. 105, II.

Empfehle mein Weiß- u. Baisisch-
Vier-Lokal. Großer Mittag- und
Abendbisch, Kalmbacher u. Rathenower
Bier. Jeden Sonnabend: Gänse-
Kusschieben. 449b

Theater- und Gesellub wünscht Mit-
glieder, Damen und Herren. 502b
Näheres Restaurant Dieck, Loth-
ringerstraße 67.

Da Ladenmiete erspare, jede Uhr zu
repariren u. reinigen, Feder unter Ga-
rantie, 1,25 Mark. Henschfeld, Uhr-
macher, Rosenthalerstr. 57, 2 Tr. 486b

Unfallfaden, Klagen, Eingaben,
Patzer, Steglitzerstr. 65

Buchführung, auch stunden-
weise, besorgt
zuverlässig Köhn, Saarbrückerstr. 7.

Eisenöfen, gut erhalten, Dauerbrand-
öfen, transportable Koch-
maschinen, alle Größen billig.
Braun, Lothringerstr. 108.

Hohlroller hochfein, Verkaufl. Stral-
sunderstr. 30, Laden.

Herren-Anzüge nach Maß
unter Garantie
guter Ausführung für 30 M.
H. Graf, Blumenstr. 3.

Möbel, gebraucht, kauft Möbel-
Handlung Rosenthaler-
Straße 18.

Genossen empfehle ich meine Möbel-
Spiegel- und Polsterwaaren, auch
gebraucht. G. H. Behrend, Grüne
Weg 15. 161b

Beste Preise.

Reisner's
weltbekanntes Garderobehaus
Friedrichstr. 244

6 Häuser vom Belle-Alliancepl. 14.
15000 Paletots von 6-25 M.
12000 engl. Anzüge. 8-28
14000 Kamms. Anzüge. 10-33
8000 Hosen u. Westen. 3-12
6000 Schlaf Röcke. 6-20
Sonnags bis 2 Uhr geöffnet.
Strengste Reduität.

Rohtabak.
Große Auswahl, billigste Preise.
2641b) C. Rauert, Zionskirchstr. 35.

Erkläre hiermit öffentlich, daß ich
nur ringförmig Bier verkaufe, und
hätte es jedem frei, sich davon zu über-
zeugen. C. Ahrens,
512b Neue Krug-Allee, Treptow.

Berger's Bierstube,
Potsdamerstr. 86a, empfiehlt:
Ausschank
Grätlich Fürstenstein'scher
Schloßbrauerei Biezenburg,
hoch ff., gleich Münchener Hofbräu,
à 1/2 Liter-Glas 10 Pf. 515b
sowie ff. Speisen in bekannter Güte.

Allen Freunden und Genossen zur
Nachricht, daß ich Friedrichstraße 16
ein Weiß- und Baisisch-Bier-Lokal
eröffnet habe. Billard und Vereins-
zimmer stehen zur Verfügung.
497b Oeivrich Pinzer.

**Deigmüller's Saal, Alte Jakob-
straße 48a.**
Sonntag, d. 21. Okt.: Großer Ball.
Habe den 21. Weihnachtstag, Sonn-
abend, den 24. November, und den
1. Dezember 1894 zu vergeben. 496b

Berg-Bräu
Fürth. liefert Nürnberg.
in Originalgebunden à 25-100 Ltr.
die Niederlage Jägerstr. 63a.
Amt I. No. 7190.
NB. Tüchtige solide Vertreter gesucht.

Reinl. Schlafst. b. Fr. Eide, Man-
teuffelstraße 68a, 3 Tr. I. 459b

Frdl. Schlafst. (6 M.) z. 1. Novbr.
Mariannepl. 5, 2 Tr. b. Trumple.
Schlafst. z. v. Kaliferstr. 105, v. 4 Tr.
Vorchardt. 504b

Schlafst. f. 2 H. Prinzenstr. 111, v. 2 Tr. I.
Saub. möbl. Schlafst. f. anst. H. Kraut-
straße 16a, v. 3 Tr. links, b. Baron.

Frdl. Schlafst. f. anst. H. Markt-
straße 11, 1 Tr. rechts, Hag. 507b

Gen. findet frdl. Schlafstelle Strauß-
bergerstraße 5, Mielenz. 509b

Frdl. Schlafst. f. e. Genossen, 7 M., zu
verm. Chausseest. 95, 1 Tr., Eisner.
Möbl. Schlafst. f. D., sep., Pr. 7 M.,
Adalbertstr. 73, v. 4 Tr. r. 511b

Gen. f. fr. möbl. Schlafst. Raunyn-
straße 22, vorn 3 Tr. rechts. 514b

Bessere Schlafst. für 1 od. 2 Herren
Lichtenbergerstr. 21, Hof 3 Tr. r. bei
Kaufh. 513b

Möbl. Schlafst. zu verm. Wieding,
Krautstr. 31, v. 1 Tr. 468b

Schlafst. bei Bwe. Raier, Raunyn-
straße 84, 3 Tr. 168M

Möbl. Schlafstelle für zwei Herren
Brandenburgstr. 4, vorn 4 Treppen
bei Bäcker.

Schlafstelle f. Genossen Mariannen-
straße 39, 3 Tr. I. 460b

Schlafstelle bei Ficus, Münch-
bergerstr. 28, vorn 2 Tr. 447b

Möbl. Schlafst. n. v., sep., f. 2 anst.
Leute 7 M. Bwe. Gesch. Adalbertstr. 84.

Möbl. Schlafst. Reichenbergerstr. 153,
Seitenflügel 3 Tr. r. bei Oswald, zum
1. Nov. od. sogl. 167M

Moritzplatz, Stallschreiberstr. 8, III,
sep. möbl. Zimmer f. 2 Herren. 170M

Frdl. Schlafst., sep. Eing., f. Herren,
Kottbuserstr. 2, 2. r. 3 Tr. b. Pawlak.

2 Genossen finden frdl. Schlafstelle
Kaufstr. 14, 4 Tr. bei Fieber.

Frdl. Schlafst. bei Tshernig, Fürsten-
straße 17, 3 Tr., sep. Eing. 463b

Bessere saubere Schlafstelle (Zemstr.
Zimmer) bei Kaiser, Hollmannstr. 6.

Eine freundl. Schlafst. zu verm. bei
Stegmann, Raunynstr. 54, 4 Tr. links.

Möbl. Zimmer zu verm., nach vorn,
Krautstr. 31, bei Wieding, 1 Tr. 468b

Eine frdl. Schlafst. f. Herren, sep.,
Raunynstr. 85, v. 2 Tr. b. Schreibmann.

Eine möbl. Schlafst. ist zu verm., sep.
Eing., Raunynstr. 84, 1 Tr. r. 475b

Möbl. Schlafst. f. Herren, sep. Eing.,
Fürstenstr. 15, Hof 3 Tr. bei Grünke.

Angenehme Schlafstelle für 2 Herren
Greißwalderstr. 26, v. 3 Tr. b. Wenzel.

Möbl. Schlafst. f. 1 Hrn. Kottbuser-
straße 2, v. 3 Tr. bei Müller. 479b

Frdl. Schlafst. für 1 od. 2 Herren
Strahburgerstr. 26, 4 Tr. bei Bwe.
Zinger. 478b

Möbl. Schlafst. Dieffenbachstr. 68,
v. 4 Tr. r. 474b

Schlafstelle, Zimmer allein, für Hrn.,
Urbanstr. 118, v. 4 Tr. 473b

Schlafstelle zu verm. Swinemünder-
straße 19, 3 Tr. r. 471b

Frdl. Schlafst. für 2 Herren (Eing.)
sep. u. verm. bei Meyer, Prinzenstr.
straße 7, 4 Tr. 472b

Möbl. Schlafstelle für 1 od. 2 Hrn.
Raunynstr. 78, v. 2 Tr., Projel. 485b

Möbl. Zimmer an 1 oder 2 Herren
Adalbertstr. 10, Hof II, Edel. 484b

Schlafst. für 2 Hrn., sauber u. mit
sep. Eing., Dalldorferstr. 3, v. 4 Tr.
bei Lepzin. 483b

Theilnehmer zum möblirten Zimmer
verlangt Adalbertstr. 5, 3 Tr. I. 482b

Frdl. Schlafst. f. 2 Hrn., sep. Eing.
Waldemarstr. 63a, v. 4 Tr. I. 481b

Eine freundl. Schlafst. für Mädchen
Al. Andreasstr. 17, Hof 4 Tr. I. 527b

Möbl. Schlafst. f. Herren, sep. Eing.
Adalbertstr. 4, Hof I. 3 Tr. 524b

Freundl. Schlafst., Miethe 6 Mark,
Bwe. Dergel, Mantuffelstr. 73. 525b

Möbl. Schlafst. für 2 Herren Man-
teuffelstraße 51, v. 2 Tr., Fr. Wenzel.

Frdl. Schlafst. z. om. Bwe. Meyer,
Rüdersdorferstr. 17, IV, Ecke Kopenstr.

Freundl. Schlafst. Tempel, Raunyn-
straße 2, v. 4 Tr. r. 522b

Möbl. Schlafst., sep. Eing., an 2 H.
Reichenbergerstr. 6 bei Hohnwald. 520b

Schlafst. b. Wolff, Friesenstr. 24. 521b

Anst. Schlafstelle Marktstr. 18,
Hof 3 Tr. bei Tönges. 519b

Arbeitsmarkt.

Redakteur

für ein dreimal wöchentlich erscheinendes
Arbeiterblatt gesucht. Derselbe
müßte auch redueisch und agita-
torisch für die Partei wirken können.
Antritt sofort oder zum 1. November.
Ausf. Offerten mit Gehaltsansprüchen
unter P. K. an die Exped. dieses Bl.
erbeten. 973b*

Gürtler,

490b
der selbständig feinere Bronze be-
arbeitet und im Galvanischen erfahren
ist, findet angenehme Stellung. Mel-
dungen Lindenstr. 69, 5. Querweg, 1 Tr.
228b

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Bierboycotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist. Die Vertreter des Brauerings hatten die Stirn zu fordern, daß der Friedensschluß davon abhängig gemacht werde, daß 33 Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte auf Pflaster geworfen worden. Und nun sollen nach monatelanger Aussperrung, nach monatelangen Entbehrungen dreihundert Arbeiter dauernd dem Elend, für immer der Existenzlosigkeit, also dem langsamen Zugrundegehen überliefert werden, dreihundert Mann, von denen keiner Schuld an dem Boykott trägt. Sie sollen als Opfer des Kapitalistenübermuthes auf der Strecke bleiben. An der barbarischen Doppeldeutigkeit des 16. Mai hatte der Brauering nicht genug — seine Rache verlangt die Vernichtung von weiteren dreihundert Existenzen.

Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Ansinnen ein empörtes kurzes Nein entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen. Die Arbeiter Berlins konnten und wollten einen ehrlichen Frieden schließen; niemals aber werden wir unsere Hand dazu bieten, niemals werden die Klassenbewußten, in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisierten Arbeiter dulden, daß ein

ehroloser Friede

geschlossen wird.

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Boykott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden. Die Parole

Kein Tropfen Ringbier

muß mit unwiderstehlicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft aufwenden, um den Boykott zur vollen Wirkung zu bringen. Dazu ist nöthig, daß die gesammte Arbeiterschaft mit verdoppelter Kraft Hand ans Werk legt, die zur Organisation, Ueberwachung und Durchführung des Boykotts erforderlichen Maßregeln energisch zu unterstützen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauerdirektoren haben offen erklärt, die Unterwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch neue Massenmaßregelungen erzwingen zu wollen!

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauering hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch fernerhin Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opfermuth. Und an Euren Opfermuth appellieren wir abermals.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden. Seit Monaten liegen diese Hunderte existenzlos auf der Straße. Wir wenden uns deshalb an die Arbeiter von ganz Deutschland um thatkräftige und schnelle Unterstützung.

Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Die Berliner Arbeiterschaft hat den Handschuh aufgenommen und sie wird den Kampf durchführen bis zum Ende.

Arbeiter! Euer Klassen-Interesse nicht bloß, Eure Klassen-Ehre ist im Spiel. Da giebt es keinen anderen Gedanken als Sieg!

Vorwärts zum Sieg! Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Boykott!

Die Boykott-Kommission.

Boykottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschloßchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Rathenower Exportbrauerei-Niederlage, Inh. Max Dennhardt, N.W., Hannoverstraße 18a. Tel. III. 8178.
- Schloßbrauerei, Fürstenwalde, Niederlage bei Franz Heiser, N., Liebenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O., Niederlage Greifswalderstr. 228.
- Hönig-Brauerei, E. Radon, Bichterfelde.
- Brauerei Jagdschloßchen, Eberswalde, Niederlage Edm. Kenter, Swinemünderstr. 45.
- Brauerei Wusterhausen, Vertreter: Max Fleischer, Reichenbergerstr. 155.
- Brauerei Tivoli, Strausberg, Niederlage Stabernack, Mühlenstraße 49a.
- Louisen-Brauerei, Bellermannstr. 71a/72.
- Brauerei Tanz, Freiwalde a. O., Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Luckenwalde, Niederlage Gust. Spiekermann, Weberstr. 66.
- Export-Brauerei Grabow a. O. bei Stettin, Niederlage Marten, Bellermannstr. 6.

Boykottirt sind die folgenden, dem Ring angehörenden Brauereien:

- Aktien-Brauerei Friedrichshain, Berlin.
- Aktien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe, vorm. Pakenhofer, Berlin.
- Aktien-Brauerei-Gesellschaft Moabit, Berlin.
- Aktien-Gesellschaft Schloßbrauerei Schöneberg, Schöneberg.
- Bergschloß-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Berliner Bodbrauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Berliner Kronen-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Berliner Union-Brauerei, Berlin.
- Böhmisches Brauhaus, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch, Berlin.
- Brauerei Oswald Berliner, Berlin.
- Brauerei Julius Böhlow, Berlin.
- Brauerei Borussia, Aktien-Gesellschaft, Niederschönweide bei Johannisthal.
- Brauerei Sambrinus, Aktien-Gesellschaft, Charlottenburg.
- Brauerei Carl Gregor, Berlin.
- Brauerei F. Hoppoldt, Berlin.
- Brauerei Königshadt, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Brauerei Pfefferberg, vorm. Schneider u. Hillig, Berlin.
- Brauerei A. Wern, Berlin.
- Bürgerliche Brauerei, Berlin.
- Bürgerliches Brauhaus, Otto Müller, Berlin.
- C. Habel's Brauerei, Berlin.
- Gebrüder Josty, Berlin.
- Norddeutsche Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Schultheiß' Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin, Abth. I Schönhauser Allee.
- desgl. Abth. II Tivoli.
- Brauerei Schweizergarten, Berlin.
- Spandauerberg-Brauerei, vorm. C. Lehmann, Westend bei Charlottenburg.
- Bereinsbrauerei Rixdorf.
- Verjuch's und Lehrbrauerei, Berlin.
- Viktoria-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Germania-Brauerei, David u. Martin, Berlin.
- Brauerei Stralau.

Eine sozialdemokratische Agrarkommission?

(Obgleich wir uns prinzipiell enthalten haben zu den Anträgen des Parteitag's Stellung zu nehmen, wollen wir mit dem nachstehenden Artikel eine Ausnahme machen, weil er eine sehr wichtige Frage behandelt, die bisher in zahlreichen Artikeln lediglich von einem anderen Standpunkte behandelt wurde wie dies hier geschieht. Die Red.)

Zum nächsten Parteitag haben die Genossen des I. hessischen Wahlkreises einen Antrag eingebracht, der da lautet:

Es ist eine Kommission einzusetzen, die das Material über die Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung in den einzelnen Theilen Deutschlands, sowie über die Wirkungen der verschiedenen Arten der Grundbesitz-Vertheilung und Betriebsmethode zu sammeln und zu prüfen hat.

Diese Kommission hat dem nächsten Parteitag Vorschläge zur Aufstellung eines agrarpolitischen Programms sowie zur zweckmäßigen Betreibung der Landagitation zu machen.

Die Kommission hält ihre Sitzungen nach Bedarf, wenn nöthig, in verschiedenen Theilen Deutschlands ab. Sie kann Unterkommissionen nach sachlichen oder örtlichen Gesichtspunkten ernennen und diesen besondere Berichte überbringen. Sie ist berechtigt, auch außerhalb der Partei stehende Sachleute gutachtlich zu hören.

Unsere hessischen Genossen gehören zu den eifrigsten in puncto Landagitation. Sie können auch bereits auf Erfolge zurückblicken. Aber diese genügen ihnen nicht; sie müßten ja keine überzeugten Sozialdemokraten sein, wenn sie sich in der Agitation je genug thun könnten. Nun haben sie bei ihrer Landagitation die Erfahrung gemacht, daß man auf das Propaganda-Objekt nicht gut Einfluß gewinnen kann, wenn man nicht genau die Verhältnisse kennt, in welchen es sich befindet. Als ein Haupthinderniß dieser Erkenntniß haben sich die beschränkten Mittel erwiesen, welche den Genossen der einzelnen Kreise zur Verfügung stehen. Und so hat sich von selbst der Schluß ergeben: Was der Einzelne, was Mehrere nicht vermögen, das muß das Ganze zu Stande bringen, die Partei. Wir wissen, daß der Antrag der hiesigen Genossen nur dem freudigsten Agitationsseifer entsprungen ist, aber für zweckentsprechend können wir ihn deshalb nicht halten.

Setzen wir einmal den Fall, der Antrag würde in Frankfurt zum Beschlusse erhoben. Was dann? Es müßte wenigstens annähernd die Zahl der Kommissionsmitglieder festgesetzt werden. Diese könnte keine geringe sein; die Agrarverhältnisse liegen in Deutschland sehr verschieden und wenigstens jede Provinz hätte ein großes Interesse, durch einen Vertrauenssträger in der Kommission vertreten zu sein. Wer würde hierzu gewählt werden? Doch wohl ein möglichst wissenschaftlich gebildeter Genosse. Haben wir nun wirklich einen so gewaltigen Ueberfluß an geistigen Kräften, daß wir gleich ein Duzend und mehr aus ihren bisherigen Stellungen für längere Zeit, ja für Jahre heranziehen können? Und das müßte geschehen. Denn gewissermaßen im Nebenamte könnte keiner Kommissionsmitglied sein. Die Untersuchungen wären ja zur Parteifache erklärt, und wo die Ehre der Partei im Spiel kommt, müßten alle anderen Hilden Schweigen.

Gehen wir einen Schritt weiter. Die Kommission ist gewählt, sie ist zusammengesetzt und hat ihre Arbeit begonnen. Die große Mehrzahl ihrer Mitglieder besteht aus wissenschaftlich gebildeten Männern. Ist es da so ungereimt, wenn man annimmt, der Schwereffekt der ganzen Arbeit würde ein mehr oder weniger wissenschaftlicher sein? Nun wird doch wohl niemand zu behaupten wagen, die sozialdemokratische Partei sei gegründet worden zu dem Zwecke, wissenschaftliche Untersuchungen anzustellen. Spart sich der einzelne Parteigenosse seinen Beitrag grobchen vom Munde ab, um der Wissenschaft zu dienen? Es ist kein Zweifel, auch eine rein wissenschaftliche Arbeit würde der Partei zum Nutzen gereichen. Es fragt sich nur, ob sie aufgewandten Mittel zu dem erreichten Resultate auch in einem annehmbaren Verhältnis ständen. Und Geld, sehr viel Geld würde die vorgeschlagene Kommissionsuntersuchung kosten, so viel Geld, daß für andere, der Partei weit näher liegende Zwecke kaum etwas übrig bliebe.

Dat die Kommission Erfolg, so hat die Partei zwar große Auslagen gemacht, aber der Erfolg für sie kann nur ein kleiner sein. Wie aber, wenn die Sache, was ja möglich ist, nicht gelingt, oder wenigstens nicht in dem Maße, wie man allgemein erwartet. Dann wird der Spott und Hohn der ewig auf der Lauer liegenden Gegner keine Grenzen kennen, und die Partei wird die Nachschläge einstecken müssen ohne zu mühen.

Ein anderer Umstand ist auch nicht so ohne. Die Arbeiten der Kommission sind beendet. Wohin nun mit den ehemaligen

Kommissionsmitgliedern? Werden diese denn mit gar so großem Vergnügen wieder zur politischen Kleinarbeit zurückkehren wollen? Mancher kann es einfach nicht mehr; er ist einseitig geworden. Professorenstellen hat die Partei nicht zu vergeben, also — und was Einseitigkeit bedeutet, weiß jeder, der für die Partei die Feder führt.

Die Veranstaltung einer Erhebung über die Lage der kleinbäuerlichen und Landarbeiter-Bevölkerung in Deutschland kann nicht Sache der sozialdemokratischen Partei sein, sie ist, wie die Parteigenossen von Frankfurt a. M. in ihrem Antrage ganz richtig bemerken, Sache des Reiches und der Einzelstaaten. Die beinahe zwei Millionen sozialdemokratischer Wähler haben doch wohl dasselbe Recht, wie die paar Duzend Handelskammern und einige Tausend Großgrundbesitzer: daß der Staat mit dem Gelde, das sie sich als Steuer abdarben mußten, eine Untersuchung anstelle, wenn sie es verlangen. Das Recht ist freilich noch nicht die Macht, aber in Anspruch genommen muß es unter jeder Bedingung werden.

Inzwischen aber soll die Landagitation fortgehen, sich möglichst ausbreiten und vertiefen. Ohne genügendes Material ist das aber nicht möglich. So werden die Genossen der einzelnen Gegenden schon selbst die Hand an den Pflug legen müssen. Von den letzten Wahlen her ist das ganze Reich in Agitationsbezirke eingetheilt. Jeder dieser Bezirke — es können auch noch kleinere Unterabteilungen eingerichtet werden — sammelt das Material für sich und leitet es nach der Zentralfstelle des Bezirkes. Die Redaktionen der Parteiblätter empfehlen sich da von selbst. Hier wird der Einlauf gesichtet, studirt und das so Gewonnene gleich wieder der Agitation zur Verfügung gestellt. Ist das geschehen, so geht das ganze Material an die Parteileitung; hier oder durch einzelne von der Partei bestimmte Sachverständige wird noch die letzte Sichtung vorgenommen und alles das, was für die Allgemeinheit von Wichtigkeit und Werth ist, zur Veröffentlichung bestimmt. Auf diese Weise wird dasselbe erreicht, was die hessischen Genossen mit ihrer Kommission bezwecken wollen, das einlaufende Material kann vom ersten Tage an als Waffe benutzt werden, es wird viel Arbeit gespart, und, was für eine Arbeiterpartei doch auch nicht so ganz Nebensache ist, viel Geld.

Daß die Parteileitung durch Anleitung, durch Rath und That, dadurch, daß sie in einzelnen Gebieten, wo es eben nicht anders möglich ist, selbst zur Erforschung der Verhältnisse nach Kräften beitragen wird, ist wohl selbstverständlich.

Versammlungen.

Die öffentliche Versammlung der Gewerkschafts-Kommission fand am Freitag unter zahlreicher Beteiligung der Delegirten statt. Als fehlend wurden aufgeführt die Vertreter der Röhre, Kohnträger, Kutscher, Möbeltransport-Arbeiter, Brauereiarbeiter, Lackierer, Glaser, Firmenschilder-Arbeiter, Einseger, Stodarbeiter, Jalousearbeiter, Satiler, Schästearbeiter, Formschneider, Tapetenbruder und Porzellan- und Steingut-Arbeiter. — Der erste Punkt der Tagesordnung, Bericht über die Gewerbegerichts-Wahlen, fand sehr bald seine Erledigung. Vermuthlich wegen der geringen Zahl der zu wählenden Mitglieder bemerkte Faber, sei die Beteiligte geringer, als man erwartet, ausgefallen; im Anschluß sei aber jetzt die Meinung vertreten, daß auch künftig bezüglich der Agitation für die Wahlen mehr gethan werden müsse. Von 17 000 eingeschriebenen Wählern (Arbeitnehmer) haben 12 205 ihrer Wahlpflicht genügt; das Resultat ist bekannt. Die Arbeitgebende weist 85 pCt. sozialdemokratische Stimmen auf, in Zahlen ausgedrückt 1298, während für die freisinnige Liste 2719 und für die konservativ-antifeminitische 493 Personen eingetreten sind; es sind nunmehr 15 Wähler durch unsere Liste durchgebracht. Lobend sei zu erwähnen, so führt der Referent weiter aus, der Eifer der parteigenössigen Nachfabrer, welche in der That am Wahltage gute Dienste geleistet hätten. Es empfehle sich, künftighin strenge Kontrolle zu üben; wegen vorgekommener Unregelmäßigkeiten würde schon seitens des Ausschusses gegen die Wahl im 18. Bezirk Protest erhoben werden. Bedauerlicherweise konnte man bezüglich des Resultats im 27. Bezirk von keiner Seite Mittheilungen erhalten, man wird geeignete Vorkehrungen treffen müssen, daß dieser Umstand nicht wieder eintritt. Außer einigen kurzen Bemerkungen von Börner's (Tabakarbeiter) knüpfte sich hieran keine Diskussion. — Den Delegirten wurde sodann von Faber der Entwurf zu einem Fragebogen zwecks Aufnahme einer Gewerkschafts-Statistik zur Begutachtung vorgelegt. In den 10 Rubriken soll Auskunft gegeben werden über die Zahl der Beschäftigten, Saison- und „hille“ Zeit, Organisation der Arbeiter und Unternehmer, Arbeitsweise etc. Die Aufstellung einer derartigen Statistik hielt der Berichterstatter für eine sehr

Ethische Gesellschaft.

Versammlung

Sonntag, den 21. Oktober, Abends 6 1/2 Uhr, im großen Saale der Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Augenarztes Dr. Wurm über: Die Pflege der Augen. Mit Demonstrationen an künstlichen Augen.
Nachdem geselliges Beisammensein und Tanz. Gäste, Damen und Herren, haben Zutritt. 114/1

Achtung!

Verband der Glaser (Zahlstelle Berlin).

Sonntag, den 21. Oktober 1894:

Tanzkränzchen in Schmiedel's Festsälen, Alte Jakobstraße 32.
Anfang 6 Uhr. Entree: Herren 50 Pf., Damen 30 Pf. 192/4
Bier aus der Brauerei Reichert und Schütz (Münchener Bürgerbräu). Es ladet ein Das Komitee.

Schneider und Schneiderinnen!

Dienstag, den 23. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr:

Große öffentliche Versammlung.

im Lokale des Herrn Albrecht, Memelerstr. 67.

Tagesordnung:

1. Die Zustände in der Konfektion und wie können wir Besserung erreichen? Referentin: Frau Reimann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zu dieser hochwichtigen Tagesordnung sind alle Schneider und Schneiderinnen der Herren-, Damen- und Knabenkonfektion, Mäntelherren, Hüter, Stepper etc. besonders eingeladen. 219/11
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Die Agitationskommission der Schneider u. Schneiderinnen Berlins.

Achtung! Lederarbeiter!

Montag, den 22. Oktober, Abends 9 Uhr, in Hoffmann's Festsälen, Oranienstr. 180.

Vereinsversammlung

der in der Lederwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter von Berlin und Umgegend.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Max Jadel: „Die Entwicklung der modernen Heilkunst.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Gäste willkommen. 161/5

Der Vorstand.

Berein zur Wahrung der Interessen sämtl. Knopfarbeiter u. Arbeiterinnen Berlins und Umgegend.

Montag, den 22. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Wiedemann, Blumenstr. 38.

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Vierteljährlicher Kassemberticht. 2. Fortsetzung der Vorlesung. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 157/5
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Verband der Geschäftsdienner, Bader und Berufsgenossen.
Dienstag, den 23. Oktober, bei Zubeil, Lindenstr. 106.
Grosse Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen G. Wagner. 2. Diskussion. 3. Die Mißstände in der Lampenbranche, speziell bei der Firma Kindermann u. Co. Um zahlreiches Erscheinen bittet 135/10

Der Vorstand.

NB. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Montag, den 22. d. M., eine Beschäftigung des neuen Reichstagsgebäudes stattfindet. Treffpunkt: Bureau, Neue Grünstr. 10, präzis 2 1/4 Uhr. Mitgliedsbuch muß vorgezeigt werden.

Achtung! Schönhauser Vorstadt.
Dienstag, den 23. Oktober, Abends 8 1/4 Uhr:

Drei

große öffentliche Volksversammlungen

1. Schneider's Salon, Belforterstr. 15;
2. Kelle's Salon, Schönhauser Allee 28;
3. Jägerhaus, Schönhauser Allee 103.

Tages-Ordnung:

Der Bierbonkott und die bürgerliche Gesellschaft. Die Vertrauensperson. 207/1

Sozialdemokr. Verein für Stralau-Rummelsburg und Umgegend.

Sonntag, den 21. Oktober, Mittags 12 Uhr, im Lokale des Herrn Nowinkel, Hauptstr. 83:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Bericht des Vorstandes und des Bibliothekars. 3. Wahl des Vorstandes, der Hilfspersonen, der Revisoren und des Bibliothekars. 53/5
Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Rummelsburg!

Große Volksversammlung

für Stralau, Rummelsburg und Umgegend
im Saale des Herrn Müller, Neue Prinz Albertstrasse 70.
am Montag, den 22. Oktober, Abends 8 Uhr.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Schöpflin über den gegenwärtigen Stand des Bierbonkotts. 2. Diskussion. 257/10
Die Herren Gastwirthe sind hierdurch besonders eingeladen.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Bier-Kontrollkommission.

Bekanntmachung.

O. P. Nr. 13818.

Zur Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Orts-Krankenkasse für das Töpfergewerbe ist eine schnelle Vermehrung der Einnahmen und Verminderung der Ausgaben erforderlich. Gemäß § 33 Abs. 4 des Kranken-Versicherungsgesetzes bestimme ich daher auf Antrag der Aufsichtsbehörde, daß vom 22. d. M. ab die wöchentlichen Kasseeinträge

1. für die männlichen Mitglieder der 1. Klasse . . . 54 Pf.
 2. für die männlichen Mitglieder der 2. Klasse . . . 48 „
 3. für die männlichen Mitglieder der 3. Klasse . . . 24 „
 4. für die weiblichen Mitglieder über 16 Jahre . . . 27 „
 5. für die weiblichen Mitglieder unter 16 Jahren . 18 „
- zu betragen haben und die Kasseeinträge auf das gesetzliche Mindestmaß herabgesetzt werden.

Der Oberpräsident.
Staatsminister v. Achenbach.
An den Vorstand
der Orts-Krankenkasse
für das Töpfergewerbe
zu Berlin.

Vorsiehender Erlaß des Herrn Oberpräsidenten wird hiermit zur Kenntniß der Beteiligten gebracht.
Berlin, den 20. Oktober 1894.

Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse für das
Töpfergewerbe zu Berlin.
J. A. J. Meyer, Vorsitzender,
Nytestraße 22. 4856

Graveure, Ciseleure!

Dienstag, den 23. Oktober,
Abends 8 1/2 Uhr, Oranienstr. Nr. 51:

Versammlung.

L. D.: 1. Geschäftliches und Verschiedenes. 2. Bibliothek-Abend. 183/10

Der Vorstand.

Achtung Sangesbrüder!

Die Übungsstunden des Vereins
Froh-Hoffnung
Berlin W.

finden vom Dienstag, den 23. d. Mts. ab, regelmäßig in Rechner's Lokal, Brunnenstr. 110, statt.

Sangeslustige Herren, welche gewillt sind, daran theilzunehmen, sind freundlichst willkommen. 129/5

Der Vorstand.

Gerichtlicher Verkauf.

Die zum 2. Freymuth'schen Nachlaß gehörenden Tischlerwerkstatt-Instanzen, Journiere, Hölzer, Möbel etc. sollen am

Montag, den 22. Oktober,
Vormittags 11 Uhr,

in der Werkstatt Nudendorferstr. 26 in öffentlicher Versteigerung an den Meistbietenden verkauft werden.

Bohne,
Verwalter der Kontrofsache
2. Freymuth Nachlaß.

1000 Damen!!!

Seiden-Plüschjaquets mit Reinen unscheinbaren Webeschletern 12-30. Abendmäntel auf Seide wattirt u. Pelzbefah 8-15. Seiden-Matelassé-Mäntel, Capes v. 12-30. Regenmäntel, um z. räumen, 5-12. Neueste Winterjaquets 5-25 M. Gaudsbergerstr. 48 I.

Roh-Tabak

alle Sorten, billigste Preise. 1248*

Max Jacoby,

Strelitzerstraße Nr. 52.

Molkerei und Pferdestall,

Panktrasse 5,
zu 15 Kühen, 6 Pferden u. reichl. Zubehör sofort oder später zu vermieten.

1000 Modell-Regenmäntel!

von 6-18 M., elegante Winter-Jaquets 7-15 M., Modell-Jaquets 10-18 M., wattirtes Röder mit Pelzbefah 8-20 M., elegante Golf-Capes 7-15 M. Ladenpreis das doppelte. Leipzigerstr. 91, I.

Achtung!

Bersende eine gute 5 Pf.-Zigarre mit Kontroll-Schutzmarke. Bei Abnahme von 5/10 franko unter Nachnahme zum Preise von 16 Mark. Neelle Bedienung. Bitte bei Bestellung anzugeben, was für eine Façon, mittel oder groß. 416b

Richard Schiemenz,
Zigarrenfabrik, Spremberg H.-L.

Weltbekannte Hojen-Fabrik

von 1,80 M. bis 10 M. nur

Pallisadenstr. rothe 7.

Schmerzlos Zahneihen, Perrotoldt, Buss, Falkensteinstr. 32.

Es
eben ist er-
schienen u. durch
alle Buchhandlungen,
Korrespondenz- und Zeitungs-
spediteure zu beziehen:

Arbeiter- Verkehrs-Almanach

für Berlin und Umgegend.
Mit einem Plan von Berlin.
Winterhalbjahr 1894/95. Preis 20 Pf.
Verlag von Hans Baake, Berlin S., City-Passage.

**Sozialistische Bilder, Hausregeln, Sittsprüche für Saal-
dekorationen empfiehlt** 498b
Th. Mayhofer Nachf., Berlin N., Weinbergweg 15b.

Buss' Salon, Gr. Frankfurterstr. 85.
Sonntags, den 3. November, Sonntags im Februar Umstände halber
noch zu vergeben. Montags u. Mittwochs zu Versammlungen frei. 510b

Specialität: Kastendampfbäder mit Massage.

Bad Frankfurt Ritter-Bad

Gr. Frankfurterstr. 136. Ritterstr. 18.
Bäder-Lieferant, sämtl. Krankl. v. Berlin u. Umg.

Nur-Bade-Anstalt und Massage
von H. Mania, Brunnenstr. 16.

Dampf- und Heißluft-Kastebäder, Wannen- und medizinische Bäder.
Fuß-, Arm- und einzelne Glieder-Bäder
ohne den ganzen Körper zu strapazieren. Lieferant und Massieur sämtlicher
Orts-Krankentassen und freien Hilfsklassen. 54489*

Dienstag und Freitag von 1 Uhr ab nur für Damen.
Die Lokale nur für Massage ist Thurmstraße 46, 4 bis 5 1/2 Uhr.

Märkischer Hof, Admiral-Strasse Nr. 18e.
Inhaber: Wilhelm Möhring.
Jeden Sonntag im prachtvollen Spiegel-Saal:
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr. **Großer Fest-Ball.**

Die Ballmusik wird von einer großen Kapelle abwechselnd mit Horn- und
Kein Ringler. Streichmusik ausgeführt. Kein Ringler.
Die Restaurationsräume stehen Sonntags den geehrten Familien zur
Verfügung. Die beiden Säle sind zu allen Festlichkeiten und Versammlungen
zu vergeben. Zwei Kegelbahnen. Mehrere Vereinszimmer noch frei.

Geschäfts-Auflösung
halb, jeht spottbillig Teppiche, Pracht-
exemplare Smyrna, Plüsch-Gar-
dinen, Stores, Kasse, Portieren,
Posten Sophabezüge, Steppdecken,
direkt in der bekannten realen billigsten
Fabrik Hille, Zimmerstr. 86, 8. part.

Teile hierdurch Freunden und Be-
kaanten mit, daß ich das 9562*
Lokal von Fritz Zubeil,
Raunynstraße 86,
in Vertretung übernommen habe.
Reinhold Streit, Tischler.

Für Haushaltungen
empfehle ich mein 861L*
Weissbier
zum Selbstabziehen, in kleinen Gebinden
von 10 Ltr. an, frei ins Haus.
Fernspre der Amt Schöneberg Nr. 92
A. Seidler, Schöneberg,
Sedanstr. 73 75 u. 82,
Berliner Weissbier-Brauerei.

Münchener Brauhaus
hier: Flaschenbiere, gut gelagert,
liefert ausschließlich laut Bestätigung
der Direktion. Plessner, Rothringstr. 9

C. Bolzmann's
Gesellschafts-Säle,
Lichtenbergerstr. 18.
Säle und Vereinszimmer von 20 bis
500 Personen. 820L*

Empfehle allen Freunden und
Genossen des Südoftens meinen reichl.
Frühstück, Mittag- u. Abendbisch
zu kleinen Preisen.

**Franz Gittler, Mariannen-
straße 48.**

Vereinszimmer
bis 40 Personen fassend, ist zu vergeb.
Nur ringfreies Bier wird geschänkt.
403b **Alte Jakobstr. 68.**

Vereinszimmer 2 Kegelbahnen
noch einige Tage frei
G. Leichnitz, Königsbergerstr. 28.

Oberschmidt's Bier-Hallen
Weinbergweg 11 D, fr. Blumen-
straße 21 a, empfehle allen Freunden
und Genossen. 212b

Schmiedel's Festsäle
Alte Jakobstr. 32.
Empfehle meine hochgelegenen Säle
(elek. Bel.) auch mit Bühne zur Abhlt.
von Vereins- u. Privatfestlichkeiten.
7052* **Ww. E. Schmiedel.**

**Gold-, Silber-,
Alfenidewaren (Eg. Fabr.)**
goldene u. silberne Uhren
empfehle ich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

C. Weigmann's Restaurant
Andreashof,
Andreasstr. 32, S. L. Grüner Weg 79.
Jeden Abend musikalische Abend-
unterhaltung. Ein Vereinszimmer steht
zur Verfügung. 492b

„Schönhauser Volksgarten“
Schönhauser Allee 101/102,
empfehle ich hiermit allen Freunden und
Genossen. — Vereinszimmer und Saal
stehen zur Verfügung. 491b

Julius Mierke.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Zum Zeugnis-Zwangsverfahren.

Der Versuch des Nieder-Barnimer Landraths, mit Hilfe eines Richters zu erfahren, wie der von uns veröffentlichte „Geheim-Erlaß“ zu der Ehre gelangt ist, von unserem Anzeiger für „Geheim“, „streng vertraulich“ und dergleichen Erlasse veröffentlicht zu werden, ist in ein neues überraschendes Stadium getreten. Bekanntlich hatte die Ferien-Strafkammer der Beschwerde unter dem Genossen Pösch über die vom Amtsgericht zwecks Erzwangung seines Zeugnisses verhängte Geldstrafe stattgegeben und den amtsgerichtlichen Beschluß als der Verfassung und dem Recht widersprechend aufgehoben. Dieser Beschluß ist, da er von der Staatsanwaltschaft nicht angefochten ist, rechtskräftig geworden. Trotzdem verlangt die Gerichtskasse vom Genossen Pösch Zahlung der rechtskräftig aufgehobenen „Strafe“ von 50 M. und trotzdem ist Genosse Pösch von Neuem (auf den 23. d. Mtz.) zur Vernehmung als Zeuge in Sachen wider „Unbekannt“ geladen! Wie reimt sich das zusammen? Leben wir nicht in einem „Rechtsstaat“? Gemach, gemacht: hoch über dem Gericht steht die Verwaltungsbehörde in absoluten Staaten mit und ohne konstitutionelle Schminke. Die Randbemerkung Friedrich Wilhelm I. von Preußen: „Werber von Kopf“ soll man Verwaltungsstellen anvertrauen, „die dummen Teufel“ aber in die Justiz nehmen, drückt diesen Grundsatz in dem königlich preussischen Hofdeutsch des vergangenen Jahrhunderts aus. Gilt noch heute dieser Grundsatz? Man urtheile selbst: Der Verlauf des Zeugnis-Zwangsverfahrens gegen Redakteure seit dem 1. Oktober 1879 (Einführung der neuen Justizgesetze) ist hierfür recht lehrreich.

Der Reichstag hatte mit großer Mehrheit bei der zweiten Beratung der Strafprozess-Ordnung getreu dem Grundsatz: „Der größte Dumm im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant“ folgende Bestimmung in der Strafprozess-Ordnung aufgenommen:

„Wird der Gegenstand einer Strafverfolgung durch den Inhalt einer periodischen Druckschrift gebildet, für welche nach § 20 Abs. 2 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 der verantwortliche Redakteur als Thäter haftet, so sind Verleger, Redakteure und Drucker, sowie deren zur Herstellung der Druckschrift verwendetes Personal berechtigt, das Zeugnis über die Person des Verfassers und Einsenders zu verweigern.“

Die berüchtigten Schacher-Verhandlungen, die zwischen zweiter und dritter Lesung stattfanden, brachten auf Wunsch der Regierung diese Vorschrift jedoch zu Fall. Seit Inkrafttreten der Strafprozess-Ordnung ist es daher für Strafsachen zweifellos geltendes Recht, daß ein Redakteur in einer Strafsache zum Zeugnis oder zu 6 Monaten Haft gezwungen werden kann, falls er nicht selbst der Mithäterschaft verdächtig ist. Da die Rechtsprechung des Reichsgerichts aus dem verantwortlichen Redakteur eine fast stets „verdächtige“ Person gemacht hat, so ist der Zeugniszwang in Strafsachen für den Redakteur fast bedeutungslos.

Anderes ist die Rechtslage in Disziplinarsachen. In Disziplinarsachen kann nur der Beamte strafbar, der Redakteur also nicht der Mithäterschaft verdächtig sein. In Disziplinarsachen giebt es aber andererseits in Preußen zweifellos keinen Zeugniszwang und weil es keinen Zeugniszwang giebt, verfährt der Richter oder ein Beamter, einen Redakteur zur Ablegung des Zeugnisses zu zwingen, gegen die von ihm beschworene Verfassung und gegen das klare Recht. So haben die Landesgerichte zu Brandenburg und Frankfurt a. M. und die Oberlandesgerichte zu Marienwerder und Frankfurt a. M. wiederholt Anfang der 80er Jahre entschieden. Die Verwaltung drängte aber immer wieder dahin, in entgegengegesetztem Sinne zu entscheiden. Dem fortwährenden Drängen der Verwaltungsbehörden hat noch nie ein Richterkolleg, dessen Mitglieder ja am Vorschlag der Verwaltung ernannt werden, auf die Dauer widerstanden; dieselben Richter, und natürlich auch das Kammergericht, erkannten wenige Jahre später dahin, daß das Zeugniszwangsverfahren in Disziplinarsachen zulässig sei, wiewohl Art. 8 der Verfassung vorschreibt: „Strafen können nur in Gemäßheit des Gesetzes angeordnet oder verhängt werden“, und wiewohl zweifellos das Disziplinargesetz die Androhung der Verbannung einer Strafe zwecks Erzwangung eines Zeugnisses nicht zuläßt.

Im Fall Pösch war die Rechtslage noch eine Nuance anders. Es handelte sich nicht um eine Strafsache, auch nicht um

eine Disziplinarsache, sondern um ein dem Gesetz völlig fremdes, unbekanntes und unzulässiges Verfahren einer Verwaltungsbehörde, mit Hilfe eines Richters zu ermitteln, ob Umstände vorliegen, die es rechtfertigen könnten, gegen irgend einen Beamten seitens irgend einer Verwaltungsbehörde vorzugehen. Solch' Verfahren ist, wie die Ferienstrafkammer völlig zutreffend darlegte, unzulässig und verfassungswidrig. Der Beschluß der Strafammer ist von der Staatsanwaltschaft nicht angefochten, also rechtskräftig geworden. Und doch verlangt die Kasse 50 M. vom Genossen Pösch — nebenbei erwähnt, die von Pösch ihr unter Protest angebotene Summe hat ihr Beamter annehmen sich geweigert, da er seiner Kasse keinen Protest gefallen lassen dürfe — und doch ist Genosse Pösch von Neuem zu dem von der Strafammer für rechts- und verfassungswidrig erachteten Verfahren geladen.

Wie kommt das? Nicht der Staatsanwalt, wohl aber der Landrath, dem kein Gesetz ein Recht hierzu giebt, hat Beschwerde gegen den Kammerbeschluß eingelegt und der in seiner Mehrzahl aus früheren Kurstaatsanwälten bestehende Senat des Kammergerichts hat der Beschwerde des Landraths, die 17 Tage nach Erlaß des Kammerbeschlusses eingelegt war, stattgegeben, ohne dem schwer geschädigten Genossen Pösch Gelegenheit gegeben zu haben, sich zu äußern. Diesen Beschluß, der dem Genossen Pösch bis heute noch nicht ordnungsmäßig zugestellt ist, erachtet der Amtsrichter offenbar als für sich verbindlich. Ist seine Auffassung oder die des Kammergerichts zutreffend, so ist damit konstatirt, daß das Gericht auch äußerlich sogar von niederen Verwaltungsbehörden abhängig ist, und daß dem Landrath eine Art Aufsichtrecht über die nach pflichtmäßigem Ermessen in Beobachtung der Verfassung von Richtern gefaßten Beschlüsse zusteht. Ein netter „Rechtsstaat“! Den Beschluß, der uns von anderer Seite bereitwillig zur Verfügung gestellt ist, lassen wir als Denkmal für das Verhältnis zwischen Justiz und Verwaltung wörtlich folgen. Er lautet:

Königliches Kammergericht.
W. 441. 94.

In der Disziplinar-Ermittlungssache wider einen noch unbekanntem Beamten hat auf die weitere Beschwerde des königl. Landraths des Kreises Niederbarnim vom 17. August 1894 über den Beschluß der Ferien-Strafkammer V des königl. Landgerichts I zu Berlin vom 30. Juli 1894

der Strafsenat des königl. Kammergerichts zu Berlin in seiner Sitzung vom 30. August 1894 nach vorgängiger schriftlicher Erklärung des Oberstaatsanwalts, in Erwägung,

daß der königl. Landrath des Kreises Niederbarnim unter dem 10. Juli 1894 das königliche Amtsgericht I zu Berlin um zeugeneidliche Vernehmung des Redakteurs der sozialdemokratischen Zeitung „Vorwärts“, Pösch, darüber, wie die von dem Landrath erlassenen vertraulichen Verfügungen betreffend die etwaige Angehörigkeit der zur Aushebung gelangenden Militärpflichtigen zur Sozialdemokratie in die Nr. 154 beziehentlich 157 der gedachten Zeitung resp. in den Besitz der Redaktion gelangt sind, in der Absicht ersucht hat, um gegen den zu ermittelnden ihm unterstellten Beamten die Disziplinaruntersuchung einzuleiten,

daß es sich mithin um ein Vorverfahren in einer Disziplinaruntersuchung gegen einen Beamten wegen Dienstvergehens im Sinne des § 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 21. Juli 1882 betreffend die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten handelt,

daß zwar die preussischen Disziplinarergesse Bestimmungen über die Gewährung der Rechtshilfe nicht enthalten, daß indeß nach der noch geltenden Bestimmung des § 38 der preussischen Verordnung vom 2. Januar 1849 die Gerichte und die Verwaltungsbehörden sich bei Erledigung der ihnen obliegenden Geschäfte gegenseitig Unterstützung zu leisten verpflichtet sind, und deshalb die analoge Anwendung der Vorschriften der Reichs-Strafprozessordnung auf das Disziplinar-Strafverfahren anerkannt ist (vergleiche Motive zum Gesetz betreffend die Abänderung von Bestimmungen des Disziplinarergesse vom 9. April 1879, Drucksachen des Herrenhauses 1878/79 I, Nr. 17, Seite 28), daß demzufolge auch die Vorschriften des deutschen Gerichts-

verfassungsgesetzes über die Rechtshilfe, wegen ihres inneren Zusammenhanges mit den Vorschriften des Strafprozesses und weil der Gesetzgeber den Verwaltungsbehörden nicht die Aufgabe zuweisen konnte, über die Einleitung einer Disziplinaruntersuchung zu beschließen, ohne ihnen zugleich die Mittel zu gewähren, welche zur Erfüllung dieser Aufgabe notwendig sind, auch auf das Disziplinar-Strafverfahren entsprechend anzuwenden sind (vergleiche Johow, Jahrbuch der Entscheidungen des Kammergerichts, Band 10, Seite 8).

daß die Beschwerde des Redakteurs Pösch über den ihn wegen Zeugnisverweigerung bestrafenden Beschluß des Amtsgerichts I zu Berlin vom 14. Juli 1894 sich auf die Behauptung stützt, daß die Anwendung der Bestimmungen der Reichs-Strafprozessordnung über den Zeugniszwang in § 69 auf das Disziplinarverfahren keine Anwendung finde, damit aber zum Ausdruck gebracht ist, daß das Ersuchen um die zeugeneidliche Vernehmung des Redakteurs Pösch nach Lage der Gesetzgebung unzulässig, mithin die vorzunehmende Handlung nach dem Rechte des ersuchten Gerichts verboten sei (§ 159 Absatz 2 des Gerichts-Verfassungsgesetzes),

daß aber nach § 160 ebenda, im Fall der Vorschrift des § 159 Absatz 2 zuwider dem Bestimmung der Reichs-Strafprozessordnung, zu dessen Bezirk das ersuchte Gericht gehört, zu entscheiden hat,

daß demnach zur Entscheidung über die Beschwerde des Angeklagten über den amtsgerichtlichen Beschluß die Strafammer des Landgerichts I zu Berlin nicht zuständig, und deshalb der angefochtene Strafammer-Beschluß vom 30. Juli 1894 aufzuheben war,

daß der Redakteur Pösch seine Beschwerde dem königlichen Landgericht I zu Berlin zur Entscheidung unterbreitet und nicht an das Kammergericht als das zuständige Oberlandesgericht gerichtet hat, das Kammergericht daher nicht in der Lage ist, über die Beschwerde zu beschließen, es vielmehr dem Redakteur Pösch überlassen bleiben muß, eine neue Beschwerde über den amtsgerichtlichen Beschluß bei dem Kammergericht einzureichen,

daß der Kostenpunkt nach § 505 Strafprozessordnung zu entscheiden war,

beschlossen, daß auf die weitere Beschwerde des königlichen Landraths des Kreises Niederbarnim der Beschluß der Ferien-Strafkammer V des königlichen Landgerichts I zu Berlin vom 30. Juli 1894 aufzuheben und die Kosten des Rechtsmittels der Staatskasse aufzulegen.

gez. Groschuff, Ziegler, Richter, Wever, Zeile.
Ausgefertigt
Berlin, den 4. September 1894.

Rudolph,
Kammergericht-
Stempel.
Gerichtsschreiber des Strafsenats
des königlichen Kammergerichts.
W. 441. 94.
Str. 3215.

Gerichts-Beifung.

Kammer VI. Vorsitzender: Assessor Leo. Sitzung vom 19. Oktober.

Ein Verlassen der Arbeit wird erst dann zu einem unbefugten und damit zu einem Entlassungsgrunde, wenn der Betreffende das subjektive Bewußtsein hatte bezw. nach den Umständen haben mußte, daß er unbefugt die Arbeit verließ. So entschied das Gericht in einer Klagesache gegen einen Barbierherrn, den es verurtheilte, weil nach seiner Ansicht der in Frage stehende Barbier gehilft auf Grund bestimmter Thatsachen sehr wohl glauben konnte, er dürfe am Dienstag Nachmittag ausgehen. Daß er eines Dienstags Nachmittags ausgegangen war — Kläger ging gewöhnlich am Nachmittag dieses Wochentages aus — hatte ihm der Beklagte und Beurtheilte als ein unbefugtes Verlassen der Arbeit angerechnet und ihn entlassen.

Daß ein Arbeitgeber in Gegenwart eines seiner Angestellten davon spricht, er schließe mit Allen die Kündigung aus, sei für den betreffenden Angestellten ohne Belang. Sollte er auch ohne Kündigung arbeiten, so müsse dies ihm ausdrücklich gesagt werden. Vorsitzendes führte der Vorsitzende in der

uns aufregen und an alter Heldengröße sollen in des Kriegsministers Tragödie von Marich die deutschen Stämme die Mahnung zu untheilbarer Einheit erkennen. Aber die Phantastie ist eine nichtswürdige Dürne. So begehrt ihr Eulenburg und Verdy winken. Sie huscht geärgert an ihnen vorüber; und nichts von ihrer Substanz ist in die klapprig tönenden Verse Eulenburg's gedrungen, in denen sich eine Fluth von einflussigen Worten überfollert, und Schild an Schild rauscht und Brunn' an Bränne schlägt, und ebenso wenig hat sie Verdy's trockene Schulmeisterlichkeit befrachtet, wenngleich die Garnison und Beamenschaft Straßburg's den „König Marich“ nicht fallen ließ. Dort wurde nämlich das Werk unseres Kriegsministers a. D. aufgeführt; und die Höflichkeit der Leute, die in Subordination erzogen sind, weiß das Bühnen sehr wohl zu unterdrücken.

Trotz alledem bleibt es doch erbaulich, wie männiglich emsig sich bemüht, romantische Herrlichkeit alter Tage zu neuem Leben aufzublasen und sich und andere über die Misere der Gegenwart hinwegzutäuschen. Man beschwört Phantome und ergötzt sich an ihnen und verstopft sich die Ohren vor Allem, was in unseren Tagen bedeutend einher-schreitet. Man predigt von Reden und Gütern, von schlichten Sitten und Heldenhastigkeit, von Kriegsrühm und dynastischer Größe und meint also, durch Vorführung von Muster und Beispiel für sein Theil die „Stützen der Ordnung“ „ideell“ kräftigen zu können. Wessen Sinne indessen will oder kann man durch dies Weiberhandgewölke benebeln? Was kümmert uns weiland die germanischste Herrlichkeit, wenn die trübe Wirklichkeit tagtäglich ein freches Herrbild aufweist? Wenn auf Rechts- und Wahrheitsempfindung losgehämmert wird, als wären sie jenenlose Schemen? Wenn die Unverfrorenheit steigt und das gramhafteste Verlangen roh abgewehrt wird? Sie wollen nicht hören, nicht in Berlin und nicht in Wien. Sie werden aber hören müssen. Man wird nicht ruhen dürfen und man wird nicht ruhen, bis ihnen die Ohren

Samstagsplauderei.

Rauch, der Schöpfer des Friedrich-Denkmal's unter den Dänen, hätte verdammt erstaunte Augen gemacht, wäre er Zeuge des hehren Festes gewesen, das am Donnerstag die Bataillone zur Fahnenweihe vereinigte. Rund um das Monument des „alten Fritz“ offenbarte sich das moderne Sparta in all seiner Pracht. Der alte Rauch war gewiß ein preussisch-patriotischer Mann. Sein Standbild Friedrichs II. ist sicherlich eine dynastische Verherrlichung. Aber das Genie des bildenden Künstlers von damals war noch nicht soweit entwickelt, daß es empfunden hätte, was dem Ruhm der Dynastie allein frommen kann! Noch hatte es thöricht seine bildnerische Kraft selbst am Friedrich-Denkmal an Gestalten verschwendet, deren Namen zwar hell leuchten bis auf unsere Tage, die aber niemals im Soldatenrock gesteckt hatten. Welche Verblendung! Welches Verkennen der Heilswahrheit von heute, die da verkündet, die einzigste Säule, der herrlichste Glanz der gegenwärtigen Staatsordnung sei die Armee. Wie weiß man aber auch das Soldatenthum pruntpoll zu ehren! Im modernen Sparta herrsche die rauhe, die männliche Kraft! Auch die Kunstempfindung hat sich ihr zu beugen. Man wird der tollern Landsfahrerin aus lustigem Reich schon straffe Mores lehren. Sie soll nicht herumstreichen, unnütz, mit verträumten Augen. Die Vagabundengelüste, die ewigen, gebe sie auf und gewöhne sich an das Kommando: stramm, stillgestanden! Nicht der geflügelten Sehnsucht gleich verweise sie die Menschen; die trostbedürftigsten, auf eine sonnigere Zukunft; sie sei keine flatterhafte Fee, das wäre noch schöner! Sie lerne pariren, wie eine brave Magd; sie untersehe der Gewalt eines höheren Willens, wie dem germanisch-mythischen Negir sich die nichtsnutzigen Red und Rix beugen. Sie tauche unter in dem Born der Vergangenheit und ver-linde von altgermanischer Redenhaftigkeit und sol-

datischer Wucht. Dann wird sie auch zu Ehren kommen und nicht ein Spielball werden frecher, hundsängiger Hungerlandboten und schwärmerisch, überspannter Kunstbildner. Dann werden sich ihrer wohl- und hochmüthigen Herrschaften annehmen, ja Minister gar und Fürstlichkeiten.

Weld' herzerhebenden Anblick bot am Donnerstag gleich das Opernhaus zu Berlin. Der martialischen Gesellschaft die martialische Kunst. Wie muß das Herz des armen Pilgers von Belgrad ängstlich gezittert haben. Alexander von Serbien, dem zu Ehren der militärische Spektakel im Opernhause galt, muß sich vorgekommen sein, wie jener arme schwarze Teufel, der in seine afrikanische Heimath zurückgekehrt war und vom Glanz des Tempelhofer Paradeselbes noch immer gebendet, anrief, da er die Truppen seines Pünktlings betrachtete: Ach, armer Sultan, wie ist Deine Kraft so kläglich. Welche blendenden Uniformen im Parkett des Opernhauses und im ersten Rang; Offiziere, nichts als Offiziere unten, und die Generale im ersten Stockwerk, und ganz oben auf dem Amphitheater und in den Gallerien Unteroffiziere aller Waffengattungen. Keine überflüssige Weiblichkeit, kein lächerliches Zivill fürte den heroisch-männlichen Gesamteindruck, die Stätte süßer melodischer Kunst war zur Hertschau verwandelt; und zum kriegerischen Schauspiel gab der Dessauer Marsch den Takt an.

So kommt die Kunst zu wohlthätig erziehlischer Bedeutung und zu höchsten und allerhöchsten Ehren und Botschafter und Kriegsminister a. D., mächtige Excellenzen scheuen den Mitt ins romantische Land nicht und bringen die Kussbeute heim an Sturmgefängen und Tragödien. So hat man auch wieder heraufbeschworen aus euren Gräbern, mythischer Negir und großer Marich! Was heiße, junge Gymnastiken-Köpfe sonst gährend erfüllte, dessen nehmen sich wohlgesetzte, ehrwürdige Männer in Amt und Stellung heute an. Junger Graf Eulenburg, was hat Ihnen Negir, und Verdy du Vernois, was Ihnen König Marich angethan? Mit mythologischem Dunst wollen Sie

Begründung eines gegen die Restaurateurin Krüger gefällten Urtheils aus. —

Ueber die Zustände in der christlichen Gebirge zur Heimath, Cranienstraße 103, führte der Hausdiener E. gelegentlich der Besichtigung eines Entschädigungsanspruches an den Hausvater Altenhoff aus: Die Hausdiener müßten die „Kunden“ (die reisenden Handwerksburschen) hinauswerfen, wenn dieselben unanständig würden. Dadurch erhielten die Hausdiener natürlich eine Menge Feinde. So komme es, daß sie im Dunkeln aufgelauert und hinterhins überfallen würden. Der Hausdiener sei dort nie seines Lebens sicher. — Eine nette Gegend, wirklich! — Der Prozeß des E. an sich war nicht von besonderem Interesse. Unzuführer ist nur, daß der Gerichtshof dreimalige Trunkenheit des Klägers nicht als lächerlichen Lebenswandel betrachtete. —

Herr Bauer, Mitinhaber des Cafés Bauer, wandte gegen die Klage eines Kellners auf Zahlung von 6 M. rückständigen Lohn ein, der Kläger habe die Besizer des Etablissements dadurch um 240 M. geschädigt, daß er einem Herrn Hugo Nordhalm das Geld stahl. Der Kläger habe Herrn N. bedient und aus dessen Ueberzieher das Geld entwendet. Herr N. habe die Cafésbesitzer verantwortlich gemacht und ihr Vertreter habe demselben auch die 240 M. zurückerstattet. — Der Kläger bestritt sehr energisch, den Herrn N. bestohlen zu haben. — Der Vorsitzende beehrte Herrn Bauer dahin, daß er nicht rechtlich verpflichtet gewesen wäre, Herrn N. die angeblich vom Kläger gestohlenen 240 M. zu vergüten, auch wenn Kläger den Diebstahl begangen hätte. Wenn Beklagte es doch thäten, sei es ihre Sache; sie könnten den Schaden zu den Geschäftswunden rechnen. Herr Bauer erklärte sich hierauf zur Zahlung der Klagesumme bereit.

Kann Unlust über Wortbruch bestraft werden? Frau Bergmann hatte von den Holzhüter'schen Bedienten, welche Schönleinstr. 24 ein Milch- und Vorkaufsgeschäft betreiben, das Verprechen erhalten, daß das Doppeltsche Bier abgekauft werden solle. Da Herr Holzhüter jedoch glaubte, daß ihm Kunden wegblieben, so führte er trotz seines Versprechens das Bier nach 8 Tagen wieder ein. Die Angeklagte war darüber entrüstet und forderte energisch die Einhaltung des ihr gegebenen Versprechens und die Abschaffung des doppeltschen Bieres. Es kam zu einem unerquicklichen Wortstreit und da die Angeklagte die wiederholten Aufforderungen zur Ruhe infolge des Lärmes überhörte, wurde sie schließlich mit Gewalt aus dem Laden entfernt. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß die Frau (die über Nichterhaltung eines Versprechens empört war), nach „drücklich“ bestraft werden müsse; er beantragte eine Woche Gefängnis. Der Gerichtshof sah bei der bisherigen Unbesonnenheit der Angeklagten, die von Rechtsanwalt Dr. Herzfeld energisch verteidigt wurde, zwar von einer Gefängnisstrafe ab, glaubte aber doch bei der ganzen Sachlage auf 150 M. Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis erkennen zu müssen.

Ein gerichtlicher Sachverständiger. Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz hatten sich am Freitag der Schlächtermeister Friedrich Schidram und dessen Mutter, die Fleischhändlerin Anna Schidram geb. Dieze aus Reinickendorf vor dem Nirdorfer Schöffengericht zu verantworten. Am 24. März d. J. entnahm Vendant Kamenz auf dem Nirdorfer Wochenmarkt eine Anzahl Würstchen behufs chemischer Untersuchung durch den Kreischemiker Dr. Stelzer in Berlin. Die von Frau Schidram entnommene Wurst erwies sich nach dem Stelzer'schen Gutachten als stark mit Pferdefleisch verfälscht. Daraus wurde Frau Schidram wegen wissentlichen Verkaufs verfälschter Nahrungsmittel, ihr Sohn, der die Wurst angefertigt, wegen Verfälschung von Nahrungsmitteln angeklagt. Beide Angeklagte bestritten entschieden, sich strafbar gemacht zu haben, da die von ihnen angefertigte bezw. feilgebotene Wurst nur aus Rind- und Schweinefleisch bestanden habe. Dagegen hielt der Sachverständige Dr. Stelzer sein der Anklage zu Grunde liegendes Gutachten aufrecht. Da nun sowohl im vorliegenden Fall, wie in einer Reihe noch schwebender ähnlicher Prozesse die Sachverständigen-Qualifikation Dr. Stelzer's scharf angegriffen worden ist, stellte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrath Kienitz, durch eingehende Verhandlungen fest, daß der Sachverständige wiederholt Angeklagten, über welche er amtlich ungünstige Gutachten abgegeben, während die Strafverfahren noch schwebten, günstige Privatgutachten erstattet habe. In einer Strafsache gegen den Butterhändler Hoppe in Nirdorf hatte Dr. Stelzer vor dem Schöffengericht mit Bestimmtheit bezeugt, daß in einer von Hoppe entnommenen Butterprobe Margarine enthalten gewesen, worauf Hoppe zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt wurde; in 2. Instanz hatte Stelzer die Möglichkeit einer Verwechslung zugeben müssen, was zur Freisprechung Hoppe's führte. — Im vorliegenden Falle erklärte Dr. Stelzer eine Verwechslung für ausgeschlossen, da er sämtliche Arbeiten selbst ausgeführt habe. Von der Wurstprobe sei freilich nichts aufbewahrt worden. — Der Anzeigeanwalt beantragte gegen beide Angeklagte je 100 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof erkannte jedoch auf kostenlose Freisprechung beider Angeklagten, denn durch die Vernichtung der Wurstprobe sei denselben das unbestreitbare Recht verloren gegangen, die Richtigkeit des Gutachtens durch ein Obergutachten anzusehen. Ferner sei aber nicht ausgeschlossen, daß wie im Fall Hoppe auch im vorliegenden eine Verwechslung vorgekommen sein könne. Als dritter Punkt sei bei der Freisprechung der Umstand in Betracht ge-

gellen. Ein Feist, der traurige Held von Kamerun, so recht ein Typus der brutalen Schneidigkeit, wird sanft gestreichelt; unversehens hatte er sich vor seine Richter gestellt, wie in seiner Noth, wie in seinem Gewalt- und Herrenbewußtsein. Er empfand es instinktiv, ehe die Autoritätsbeter die Autorität sinken lassen, eh verwandele sie schwarz in weiß. Und die Empörung des Rechtsbewußtseins? Logis zu dem übrigen! Sie wollen nichts hören. Mit den erbärmlichsten Polizeiatteaden geht man in Wien gegen die Massen vor, die uns Wahlrecht demonstrieren. Blut hat die Gassen gefärbt; und fast die gesammte Bourgeoisie im Parlament wie in der Stadt Wien, wirft sich hochmüthig in die Brust und warnt nicht etwa die Gewaltthäter, nein! Sie erdreistet sich zu sprechen, wenn Ihr artige Kinder seid, so werden wir Euch ein Stück Wahlreform geben, das heißt in dem Ausmaß, wie's uns paßt. Wenn Ihr aber murret und demonstret, so dürft Ihr Euch nicht wundern, wenn der „Sicherheits-Wachmann“ mit dem Säbel dreinschlägt. Das ist Unverständnis mit Tollheit gepaart.

Sie wollen nichts hören auch in unserer vielgerühmten stolzen Stadtverwaltung von Berlin! Der Hochmuth der Philistrosen hätte doch gerade jetzt Grund genug, sich ein wenig zu ducken. Das byzantinische Geschrei, das die Großthaten der Berliner Stadtgemeinde seit langen Jahren begleitete, klang niemals lächerlicher als heute, und wenn selbst Organe vom Schlag des Leoyohn'schen Papiers, die sonst in Ruhmrederei das Aeußerste wagten, nunmehr stutzig werden und zur Gerechtigkeit ermahnen, so muß es arg gekommen sein. Da jammert man über den Ton im Nothen Hause. Wenn aber zum grauamsten sozialpolitischen Unverständnis sich geifernder Hochmuth gesellt, soll einem da die Galle nicht überlaufen. Sachs II. der einstmalig in Breslau's Dichterschule ein säusliglich lyrischer Jüngling war, hat es sich kaum träumen lassen, daß er heute den Ruhm eines verwoogen an-

kommen, daß der Sachverständige mit Angeklagte in persönliche Beziehungen getreten sei, anstatt denselben einfach die Thür zu weisen. Das Urtheil dürfte in weitesten Kreisen Aufsehen erregen, da lediglich auf das Gutachten des Dr. Stelzer hin bereits zahlreiche Geschäftsleute verurtheilt worden sind.

Das Glend vor der Strafkammer. An einem Nachmittage im Anfange dieses Monats erschien in dem Laden des Kaufmanns Schreiber ein Mann von herabgekommenen Aeußeren mit den Worten: „Ich nehme mir hier die Riste Wädlinge mit, lassen Sie mich arretiren!“ Bevor sich der Kaufmann von seiner Verwunderung erholen konnte, hatte der Mann eine an der Thür stehende Riste mit Wädlingen unter den Arm genommen. Er entfernte sich nur einige Schritte von dem Laden und wartete, bis der Ladeninhaber an ihn herangetreten war. Bereitwillig gab er seine Beute wieder heraus, wiederholte aber seine Forderung, verhaftet zu werden. Seinem Verlangen wurde entsprochen. Der Mann war der Arbeiter August Kniebel, welcher gestern der vierten Strafkammer des Landgerichts I. vorgeführt wurde. Er gab an, daß er, von der bittersten Noth getrieben, zu dem verzweifelten Mittel gegriffen habe, um sich ein Unterkommen zu verschaffen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den schon vielfach vorbestraften Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten, wogegen dieser nichts einzuwenden hatte. Der Gerichtshof konnte dem Bewahrvorwärtler aber nicht den Gefallen thun, ihn zu verurtheilen, da seine Handlungsweise sich schon deshalb nicht als Diebstahl kennzeichnen, weil er nicht die Absicht einer rechtswidrigen Zueignung gehabt. Das Urtheil lautete daher auf Freisprechung. Kniebel wird wieder auf die Straße gesetzt werden und kann dann weiter darüber nachsinnen, wie man es kläger anfangen muß, um aus der Freiheit des Verhängnisses in das Gefängnis zu kommen, das Einen zwar mit dem Mafel der Unrechlichkeit befaßt, aber wenigstens den Klagen vor einer Revolte bewahrt.

Der Güstrower Streik vor Gericht. Das Schöffengericht zu Güstrow verhandelte dieser Tage mehrere Fälle, die mit dem Streik in der Mecklenburgischen Waggonfabrik in Zusammenhang stehen. Die erste Sache betraf den Arbeiter Harz, der Verurteilung gegen ein polizeiliches Strafmandat in Höhe von 6 M. eingelegt hatte. Beschuldigt war derselbe, das bekannte polizeiliche Verbot des Gehens gewisser Personen auf bestimmten Straßen und Plätzen ignorirt, sich dem Zwange der Beschränkung der persönlichen Freiheit entzogen zu haben. Das Gericht verurtheilte die Berufung und bestrafte damit das Vorgehen der Polizei. — Die zweite Sache betraf den Fabrikdirektor Franke, der ebenfalls Verurteilung in gleicher Angelegenheit eingelegt hatte. Der Herr wurde — freigesprochen! — Die dritte Verhandlung, die schon wegen der Begründung des Urtheils Interesse, beschäftigte sich mit dem Oberingenieur Lickes. Dieser hatte am 23. August einen geschlossenen Trupp Fabrikarbeiter über den Bahnhof an den Bahnhof geführt, um von dort die bestimmt erwarteten 28 angeworbenen Berliner Arbeiter abzuholen. Daraus wurde nichts, weil diese zu den Streikenden übergingen, und die hingeführten Arbeiter legten denselben Weg in geschlossener Kolonne nach der Fabrik zurück. Schon beim Hingehen hatte der Polizeidiener Raach dem Anführer der Schar, Lickes, das unthätige Zusammengehen in Motten begreiflich zu machen versucht, jedoch vergeblich. Wegen Uebertretung des § 36 der Straßenpolizei-Ordnung wurde nun L. mit einem Strafmandat von 20 M. bedacht, wogegen er Berufung einlegte, welche vom Gericht für begründet erachtet, Lickes freigesprochen und die Staatskasse mit den Kosten belastet wurde. In der Begründung des Urtheils heißt es, daß ein Aufzug, wie ihn der § 36 der Straßenpolizei-Ordnung annimmt, voraussetzt, daß er „um seiner selbst willen“, d. h. „der Demonstration wegen“ stattfinden müsse, oder wenn nicht um seiner selbst willen, so doch demonstrativ derauf gestaltet sein müsse, daß er diesertwegen sich als Aufzug bemerkbar mache. — Zum Unglück kommt diese Entscheidung etwas spät. Wie vielen Arbeitern wäre sie zu Gute gekommen, die einzeln oder in Paaren an den Bahnhof pilgerten und dafür gefänglich büßen mußten. Das ist jetzt anders geworden; schick nun die Fabrik hundert Mann an die Bahn, um Streikbrecher abzuholen, und die Streikenden marschiren ebenfalls hundert Mann stark nach dort, um § 152 der Gewerbe-Ordnung auszunutzen, dann mag die Polizei sich mit § 36 der Straßenpolizei-Ordnung abfinden.

Der Unterschied zwischen einer Gastwirtschaft und einer Schankwirtschaft. Das Ober-Verwaltungsgericht hat in einem Streitfalle, wo es sich um die Frage handelte, welcher Unterschied zwischen einer Gastwirtschaft und einer Schankwirtschaft bestehe, dahin entschieden:

Unter „Gastwirtschaft“ ist eine Wirtschaft mit Fremdenbeherbergung, unter „Gasthof“ eine Wirtschaft mit Fremdenbeherbergung und Ausspannung, unter „Schankwirtschaft“ eine solche mit Verköstigung zu verstehen. Ein „Hotel“ ist eine Gastwirtschaft, ein „Restaurateur“ ein Schankwirth. Nach dieser Entscheidung des obersten Gerichtshofes in Verwaltungssachen wird sich die königliche Steuerdirektion wohl auch dazu entschließen müssen, die Steuerzahler im Gastwirthsgewerbe zu klassifiziren. Bei dieser Behörde wurden bisher Gasthofbesitzer, Gastwirths, Schankwirths und sogar die Konditoren, die Schankerlaubnis besitzen, ohne Ausnahme als Schankwirths bezeichnet.

rempeuden Sozialisten tödters genieschen werde. Mit seinem Ruhm stellt er den guten Hermes gänzlich in den Schatten. Der brave Hermes, der populäre Hermes, der Hermes vom „Aquarium“. Nie galt er als ein Mann, der das Pulver erkunden hat. Aber solcher Piffigkeit hätte man sich selbst bei ihm nicht versehen, wie neulich in der stürmischen Versammlung der Stadtverordneten, in die die Frage des Bierboikotts provokatorisch getragen wurde. Hermes, der Biedere, entgegnete auf den Antrag Singer's, der für die städtischen Arbeiter den achtstündigen Arbeitstag verlangte: Wie kann man dertel begehren, da die Gelehrten noch streiten, ob neun, ob siebenstündiger Arbeitstag? Wenn also die Gelehrten noch nicht einig sind, ob neun, ob siebenstündig, da bleiben wir getrost bei dem alten zehn- und zwölfstündigen Arbeitstag. Das ist die echt liberale Logik von Hermes und Genossen. Mit ihrer Habulistenlogik und Spitzfindigkeit und mit ihren Provokationen und Schmähungen erreichen sie aber nur, was sie nicht beabsichtigt hatten, die Herren vom Philisterring in der Stadt. Sie wollen nicht hören, sie werden hören und fühlen müssen. Man weiß nun, von diesem Ring ist Billigkeit und Verträglichkeit nicht zu erwarten. Sie kennen und sehen die Symptome einer Bewegung nicht, wie sie sich im Bierboikott äußern, der nun mit erneuerter Kraft geführt wird. Sie überreden sich zu einem überhitzten Nachtgefühl und thun so, als hätten sie's mit der Sozialdemokratie, wie mit einem wüsten Hausen Unzufriedener zu schaffen, denen man nur die eiserne Faust zeigen müsse. Von der äußeren und inneren Macht des Sozialismus dämmert ihnen noch immer keine richtige Vorstellung auf. Die Macht wird ihnen schon klar werden; und die Hoffnungsbilder, die sie alljährlich zu den Parteitagungen der Sozialdemokratie in derselben Schablone sich vorgaukeln, als sei eine zerkissende Revolte in ihren Reihen ausgebrochen, werden rasch in Nichtigkeit zerfallen. Das werden die Tage von Frankfurt aufs Neue erweisen. Alpha.

Verfammlungen.

Die Handlungsgeliffen und Gehilfinnen hielten am 17. Oktober eine öffentliche Verfammlang ab, in welcher Stadtverordneter Bernh. Brunß über die Sonntagstrube und die freisinnigen Stadtväter referirte. Redner bemerkte, zwei Jahre seien bereits seit Einführung der partiellen Sonntagstrube vergangen und noch immer thue die freisinnige Majorität der Stadtverordneten-Versammlung nichts, sie zu erweitern, obwohl dies ihre Parteigenossen im Reichstage als eine Pflicht der großen Städte hinstellen, obwohl auch der freisinnige Handlungsgeliffen-Berein dies in einer Petition an den Minister verlangt und der Minister sich dafür ausgesprochen, ja sogar die städtischen Behörden von Berlin dazu aufgefordert hat. Die freisinnigen Stadtväter sprachen es bei der Berathung des von den Sozialdemokraten in dieser Richtung gestellten Antrages aus: Sie wollen den Schutz des Arbeiters auf keinen Fall erweitern. Wie notwendig aber diese Erweiterung wäre, beweist Redner, indem er ausführlich die beispiellose Ausbeutung schildert, welcher die Handlungsgeliffen heute unterworfen sind. Bei jener Haltung der freisinnigen im Nothen Hause müßte die Gesetzgebung veranlaßt werden, das als Verpflichtung auszusprechen, was sie bisher in das Belieben der Städte stellte. Die Handlungsgeliffen müßten sich aber, um auch im übrigen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, in ihrer Organisation fest zusammenschließen. (Beifall.) In der regen Diskussion wurden noch verschiedene Einzelheiten über die maßlose Ausbeutung der Gehilfen und Lehrlinge angegeben, auch die Thatsache hervorgerufen, daß das Vorkostenkollegium der Berliner Kaufmannschaft sowie große Vereine hiesiger Handelsherren in ihren Petitionen und Eingaben an die Behörden stets das Unternehmer-Interesse gefördert wünschen, wie sehr auch die Handlungsgeliffen dadurch geschädigt werden. Besonders betont wurde ferner die Nothwendigkeit, den Fortbildungsschul-Unterricht obligatorisch zu machen und auf den Nachmittage der Wochentage zu verlegen. Herr Liebman, ein Mitglied des Walded-Bereins und selbst Handlungsgeliffen, suchte Eugen Richter und dessen Gefolgschaft gegen die nur allzu zahlreichen Vorwürfe zu schützen. Er erachtete eine Erweiterung der Sonntagstrube im Handelsgewerbe für eine Schädigung der Gesamtheit und hielt ohnehin die Sonntagstrube der Handlungsgeliffen deshalb für bedenklich, weil der Gehilfe infolge derselben mehr als früher ausbeute! Den nachfolgenden Rednern war es ein Leichtes, die gänzliche Unhaltbarkeit dieser Anschauungen sowie der übrigen von L. gemachten Einwände darzutun und den „Freisinn“ in seiner den Handlungsgeliffen besonders deutlich bewiesenen Arbeiterfeindlichkeit zu brandmarken. Folgende beide Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt:

1. Die Verfammlang protestirt energisch gegen das arbeiterfeindliche Verhalten der freisinnigen Stadtverordneten gegenüber dem sozialdemokratischen Antrage, betreffend die Festsetzung eines Ortsstatuts für die Sonntagstrube, sie erblickt in diesem Verhalten einen erneuten Beweis der gänzlichen Unfähigkeit der beiden freisinnigen Parteien, die Interessen der Handels- wie Industrie-Arbeiter zu vertreten. Sie verpflichtet sich daher, die Lehren der Sozialdemokratie in Wort und Schrift zu verbreiten, da nur durch die Sozialdemokratie eine Besserstellung der Handlungsgeliffen erstrebt wird.

2. Die Verfammlang beauftragt das Bureau, in einer Eingabe an den Polizeipräsidenten energisch gegen den Versuch zu protestiren, welcher von dem Centralausschuß hiesiger kaufmännischer und gewerblicher Vereine gemacht wird, um die Offenhaltung der Geschäfte an den beiden Sonntagen vor Weihnachten noch weiter als im vorigen Jahre auszudehnen.

Die Rutscher hatten am 18. Oktober eine Verfammlang einberufen, die leider nur schwach besucht war; in anbetracht dieses Umstandes mußte von einem Referat Abstand genommen werden. Man l findet die Ursache des schwachen Besuches in der überlangen Arbeitszeit, die es dem Rutscher fast unmöglich macht, noch freierabend noch eine Verfammlang zu besuchen. Schuß machte auf die neu erschienene Rutscher-Zeitung aufmerksam, die R a n l jedoch für gänzlich werthlos für die Rutscher erklärte, da sie hauptsächlich von der Pflege der Herde, dagegen nichts über irgend welche, die Verhältnisse der Rutscher berührende Fragen enthalte. Allgemein gellagt wurde über die Holzplasterungen, die trotz gegentheiligen Versprechens doch wieder erneuert werde. Wenn allerdings so viel Sand, wie am 18. Oktober in der Leipziger- und Friedrichstraße verwendet wurde, immer in Benutzung käme, wäre es eine Leichtes zu fahren. So aber ist das Fahren auf dem äußerst ungenügend bestreuten Holzplaster die ärgste Thierquälerei.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dazu abgesehen ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wahrt sich aber gleichwohl dagegen, mit dem Inhalt desselben identisch zu werden.

In dem Artikel Sozialdemokratische Arbeiter als Arbeiter wird in der Nichtigstellung der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter eines Kontrollireurs erwähnt. Da es sich hierbei nur um meine Person handeln kann, so sehe ich mich zu folgender Erklärung veranlaßt:

Es ist eine Unwahrheit, wenn der Vorstand behauptet, er hätte bei meiner Anstellung gesagt, ich solle mir das Wohl überlegen u. s. w. Im Gegentheil. Nach Ablauf eines 7wöchentlichen Probezeit erklärte der Vorstand durch den 2. Vorsitzenden Herrn Steinfeld wörtlich folgendes: „Ihre Probezeit ist um, wir sind mit Ihren Leistungen zufrieden. Der Vorstand hat Ihnen eine Zulage von 3 Mark bewilligt; fahren sie so fort, dann haben sie hier eine Lebensstellung inne.“ Ferner erkläre ich, daß mir in meiner wünschenswerthen Thätigkeit auf der Kasse als Kontrollireur (denn als solcher war ich überhaupt nicht angenommen) nicht mit einer Silbe in irgend einer Weise eine Rüge über meine Leistungen gemacht worden ist. Daß ich übrigens meine Schuldigkeit gethan habe, beweist mein Zeugniß. Hat aber der Vorstand dasselbe nicht wahrheitsgemäß ange stellt, so hat er amtlich gelogen. Ist hingegen das Attest wahrheitsgemäß, so hat der Vorstand in seiner Nichtigstellung, indem derselbe behauptet, ich wäre nicht zu brauchen gewesen, gelogen.

Dieser Beweis beleuchtet die übrigen Behauptungen in dem Artikel zur Genüge. Bezeichnend ist es ferner für den jetzt nicht mehr sozialdemokratischen ehrenwerthen Vorstand, daß derselbe die Worte: „brav und tüchtig“ in Bezeichnung auf meine Person in höhnischer Weise durch Gänsefüßchen besonders hervorhebt; obgleich mir der 2. Vorsitzende Herr Steinfeld, als ich denselben nach dem Grunde meiner Entlassung fragte wörtlich erwiderte: Wir haben gegen Ihre Ehrenhaftigkeit und Brauchbarkeit nicht das Geringste einzuwenden. Der Grund Ihrer Entlassung ist lediglich Verringerung des Beamtenpersonals, da die Kasse gezurungen ist, Ersparnisse zu machen.

Wie der Vorstand nun die durch meine Entlassung erzielten Ersparnisse verwendet, beweisen die hohen Gehälter von 180 bez. 140 M. an Beamte, welche früher Vorstandsmitglieder waren, und auf welche in der Nichtigstellung auffallender Weise gar nicht weiter eingegangen ist.

H. Stiller.

Von der Ortskrankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe geht uns hierzu noch folgende Erklärung zu: Gegenüber den persönlichen und gehässigen Angriffen des Herrn Stiller gegen den Vorstand der oben genannten Kasse und dessen Stellv. Vorsitzenden müssen wir noch einmal die Erklärung abgeben, daß die in Nr. 233 des „Vorwärts“ unserer Zeit gegebene Darstellung streng der Wahrheit entspricht. Die dabei berührten persönlichen Angelegenheiten öffentlich weiter zu diskutieren, halten wir unter unserer Würde. Unseren Mitgliedern werden wir an geeigneter Stelle Rede und Antwort stehen.

Die DEUTSCHE COMPAGNIE

Heitinger & Co., Berlin SO., Oranienstr. 40/41,

Größtes Etablissement für Herren- u. Knaben-Bekleidung

beehrt sich die **Fertigstellung des Umbaus** ihrer Lokalitäten ergebenst anzuzeigen und offeriert als besonders vortheilhaft und billig

ihre eigenen Fabrikate.

Winter-Ueberzieher zum Preise von 12, 16, 18,50, 23, 28 bis 42 Mk.

Hohenzollern- und Stanley-Mäntel in allen Farben von 18, 22,50, 27, 33 bis 48 Mk.

Complete Rock- und Jaquet-Anzüge von 12, 18, 22,50, 25, 33 bis 38 Mk.

Einzelne Beinkleider, Joppen, sowie Schlafröcke werden zu besonders ermäßigten Preisen abgegeben.

Knaben- und Jünglings-Jacken in geschmackvoller Ausführung.

Bestellungen nach Maß, elegant, gut sitzend und prompt.



Wallstr. 82 (Ecke Neue Poststraße)



9811L

Nur Güte mit Kontrollmarken.
Grosse Auswahl in Schirmen.

W. Wolff.

Baar Geld lacht!

Die fertigen Herren- u. Knaben-Garderoben zeichnen sich besonders durch ihren eleganten Sitz und durch die bedeutend billigeren Preise als in anderen Geschäften aus.

D'rum eile ein Jeder.

15000 elegante

Winter-Paletots,

Hohenzollernmäntel u. Kragenmäntel jetzt zu halben Preisen von 8-40 Mark.

10000

schneidige Jaquet- und Rock-Anzüge, darunter die nobelsten Gesellschafts-Anzüge, jetzt für 9, 12, 14, 16, 18, 22, 24, 27-30 Mk.

Einzelne Jaquets und Joppen spottbillig.

Knaben-Anzüge und Knaben-Paletots von 1-16 Jahren.

Goldene 18.

Erstes Konkurrenzgeschäft einzig und allein nur

18 Rosenthaler 18

Strasse

Sonntags geöffnet von 7-10, 12-2.

Wichtig für Damen!



Großes Lager in Filz- u. Sammet-Hüten, für Damen und Kinder v. 1 Mk. an. Strassfedern von 1 Mark an. Fantasiefedern u. Blumen v. 8 Pf. an. Trauerhüte in groß. Auswahl. Hüte werden von 30 Pf. an garnirt.

R. M. Müller,

Kottbuser Damm 97, 1 Et.

(Rein Baden.)

8071L

Telephon Amt I. 7469. **Kalläne & Meiling** Berlin SW., Beuthstr. 9.

Kunstfärberei und chem. Waschanstalt

Herren-Garderoben-Reinigung u. Reparatur.

Specialität: **Aufdämpfen v. Plüsch-Sachen.**

Abholung und Rücksendung kostenfrei. Preislisten franko. Postsendungen prompt.

Louis Schulze

Haupt-Comptoir: W., Friedrichstrasse 83, zwischen Unter den Linden u. Behrenstr.

Telephon: I, 7529.

8 Filialen und Lagerplätze an den bekanntesten Bahnhöfen.

General-Vertrieb der echten Hammer-Marie-Brikets

aus den

Anhaltischen Kohlenwerken Mariengrube in Senftenberg N.-L.



Bei obigen Brikets wird jetzt, um jede Täuschung des Publikums durch geringerwerthige Marken zu verhindern

zu dem früheren Stempel **MARIE** noch die

volle Firma der Fabrik

Anhaltische Kohlenwerke Mariengrube

hinzugefügt.

Bei Bestellung der echten Hammer-Marie lasse man sich daher nicht irre machen durch ähnliche Bezeichnungen, wie „Senftenberger Kohlenwerke“ etc., oder durch bloß mit dem Stempel **MARIE** versehene Brikets, da diese nicht aus der Mariengrube stammen.

Ich stehe mit Lieferung genannter Spezialmarke, sowie sämtlicher anderer Brennmaterialien für den Hausbedarf gern zu Diensten und nehme mündliche, schriftliche oder telephonische Bestellungen im Haupt-Comptoir sowie in allen Filialen entgegen.

Möbel-Gelegenheitskauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen. Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200-1000 Mk. Theilzahlung gestattet. Elegante Kirschbaum- u. Mahagoni-Kleiderstühle u. Vertikows 30 Mk., einfache 20 Mk.; Sophas, Bettstellen mit Matratze 20 Mk.; Waschtisellen, Küchenspinde, Kommoden 12 Mk.; Stühle 3 Mk.; Sophasche 6 Mk.; Säulen-Trumeaus 65 Mk.; Plüschgarnitur 80 u. 100 Mk.; Bancosophas 80 Mk.; Buffets, Silberschränke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel (wenig gebrauchte) zu halben Preisen und sollte es Niemand veräumen, wer gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis Januar kostenfrei abgeholt, transportirt und aufgestellt. **Schützenstr. 2, Möbelfabrik.**

In **Roh-Tabaken**

und **Utensilien** für Cigarren-Fabrikanten

!! billigster

Einkauf!!

W. Hermann Müller

Berlin, Neue Friedrich-Strasse 9. Streng reelle Bedienung.

Creditgewährung nach Uebereinkunft!!

Ein Jeder mache den Versuch.

Strich- und Filzhut-Fabrik von **W. A. Peschke**, Löhnerstr. 30, am Magdeburgerplatz, empfiehlt zur bevorstehenden Saison Filzhüte für Damen und Kinder, garnirt und ungarnt, zu anerkannt billigen Preisen. Muster für Umarbeitehüte liegen zur Ansicht vor. Gegründet 1871. Telephon Amt 6 315.

Roh-Tabak

liefert zu soliden Preisen **Max Flatauer**, 498L, Landsbergerstr. 72.

Durch **Auflösung** des Geschäfts findet Gesundbrunnen, Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee, ein **totaler Ausverkauf** des großen Lagers in fertigen

Herren- und Knaben-Garderoben,

sowie in Schlafröcken, Joppen und sämtlichen Arbeiter-Sachen

zur Hälfte des Selbstkostenpreises

statt, da der Laden bereits anderweitig vermietet, müssen die **enormen Vorräthe baldigst** geräumt sein. **Laden- sowie Baseinrichtung** stehen billig zum Verkauf.

863L



Arbeiter Berlins!
Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen **Bellealliancestr. 98/99** und **Rosenthalerstr. 63/64** in vorzüglichster Beschaffenheit zu den billigsten Preisen verkauft. Wir bitten uns durch reichliche Einkäufe zu unterstützen. 786L.
Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co.



S. Neumann's Zentral-Bazar.
1. Geschäft: Andreasstr. 62.
2. Geschäft: Frankfurterstr. 90, Ecke Markgrafenstr. 8159.
Durch Gelegenheitskäufe und Massenabschlüsse große Posten in Haus- und Küchengeräten, Emaille, Porzellan, St. u. u. Holzwaren, Besenwaren, Waschkücher, Gardinenstangen 50 Pfg. Rosenetten von 8 Pf. an zc. zc. wie bekannt zu den billigsten Preisen.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren. Große Auswahl in Aufbaum und Mahagoni, empfiehlt zu billigen Preisen 7062.
Franz Kernien, Tischlermeister, Seydelstr. 8.

Dr. Thompson's Seifenpulver
ist das beste und im Gebrauch billigste und bequemste **Waschmittel der Welt.**

Halb und Halb. Mame mit Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche **Mark 1,25**
Carl Mampe
Likörfabrik Berlin, N. 28

Künstl. Zähne schmerzlos eingeseht, feisühend. Reparaturen sofort. Weniger Bemittelte Ermäßigung. **Kreslawski, Spittelmarkt 13.**

G. Neidlinger

Kronenstr. 11, BERLIN, Leipzigerstr. 90, nahe der Friedrichstrasse, **Ecke Markgrafenstrasse,** beehrt sich ergebenst anzuzeigen, daß die bisherigen Raten für den Ankauf der renommierten auf der Chicago Ausstellung wieder mit 54 ersten Preisen prämierten

Original Singer Nähmaschinen

herabgesetzt sind, um den Ankauf der für den Haushalt so ungemein nützlichen Nähmaschine noch mehr zu erleichtern. Neben einer geringen Anzahlung sind Raten festgesetzt von:

1 Mark wöchentlich
oder
4 Mark monatlich.

Maschinen, welche nicht für den Hausgebrauch gekauft werden, sondern ausschließlich dem Erwerb dienen sollen, werden gegen eine geringe Anzahlung und Mark 1,50 wöchentliche Abzahlung auf Kaufvertrag abgegeben und gehen nach erfolgter Zahlung in das Eigentum des Käufers über.

Auf Wunsch werden auch Nähmaschinen auf beliebige Zeit gegen eine wöchentliche Miete von Mark 1,50 verliehen, um es auch Demjenigen zu ermöglichen, sich eine billige Hilfskraft zu verschaffen, der nicht kaufen will, weil er nur vorübergehend Arbeit hat. 862L.

G. Neidlinger, Kronenstr. 11.
I. Detailgeschäft: Leipzigerstr. 90, Ecke Markgrafenstraße.

Großer Konturmassen-Ausverkauf!
Pasewalkerstr. 2 und Friedrichstr. 75.

Lederwaren, Albums, Aluminium-Holz, Schmied- u. Metallwaren, Photographie-Rahmen, Kontobücher, Einten, Papier, Schreibwaren, Messer, Scheren und vieles andere mehr wird enorm billig ausverkauft. 15729

Feith's Electra.
Beste Blitzlampe der Neuzeit.
Weisses, ruhiges, grosses Licht. Petroleum-Verbrauch per Stunde 1 Pfg.; höchst elegant, ganz in Nickel; bedarf keiner Reparatur. Explosion ausgeschlossen. Preis pr. Stück: komplet als Tischlampe mit Glas-Email-Schirm nur Mk. 5,50 sammt Kiste. Als complete Hängelampe mit Kottonzug, vorzüglichem Gehäuse, Glas-Email-Kopfschirm nur Mk. 10.— sammt Kiste. Electra-Blitz-Brenner, auf jede Lampe passend, schönes, ruhiges, grosses weisses Licht. Petroleum-Verbrauch 1 Pfg. per Stunde! Preis per Stück sammt Docht und Zylinder nur Mk. 2.—, 3 St. Mk. 5.—, 4 St. Mk. 15.—. Patent-Lichtverstärker, für jede Lampe passend, bewirkt doppelte Leuchtkraft, somit grosses Licht bei kleiner Flamme, pr. St. Mk. 2,50, 3 St. Mk. 7.—, 6 Stück Mk. 13.—. Versand gegen vorläufige Geldanzahlung oder Nachnahme durch Feith's Neubeiten-Vertrieb, Dresden-A., Pirnaische Str. 24. Filial: Berlin C., Stralauer Str. 41.

Metzner's Korbwaren-Fabrik,
Berlin, 1. Gesch.: Andreasstr. 23, S. pt., gegenüb. Andreaspl.
2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüb. Humboldtshain.
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Muster-gestattet. **500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das **größte Kinderwagen-Lager** Berlin habe.

Roh-Tabak
Detail-Verkauf
Rud. Völcker & Sohn,
Köpnickerstr. 45.

Vier Mark kosten 2 Kabinet- und 12 Bildchen bei **Böhme, Lindenstr. 43,** gegenüber der Zimmerstraße.

Gardinen-Reste
3/4 1-4 Fensterfassend, spottbillig in der Fabrik **Grüner Weg 80,** part. Eingang vom Flur.

Bettfedern-Spezialgeschäft
C. M. Schmidt,
Berlin, Andreasstr. 59, vorn 1 Tr.
Größte Auswahl gerissener Gänsefedern und Dauen Psd. 1, 2 bis 6 M., ein **Gesundebett** (kompletter Stand) 10, 15 bis 20 M., **Dauenbetten** 35 bis 50 M. Streng reelle Bedienung.

Vereins-Abzeichen.
H. GUTTMANN
Stempel-, Schablonen-, Schilder-Fabrik
Berlin N., Brunnenstr. 9.
Stempel! Gravirung von Inschriften etc

Halbe Preise!

Stellt das unterzeichnete Institut der „Gold'nen Hunderthenn“ (Leipzigerstr. 110) in seinem Ausverkauf, da das überfüllte Lager absolut verringert werden muß; zum Beispiel:
12 000 Winter-Paletots von 10, 12, 15, 18, 20, 24, 25, 27, 30 M. prima.
15 000 schneid. Jaquet- u. Rod-Anzüge (auch in schwarz) Tuch und Kammgarn von 12, 14, 16, 18, 20, 24, 27, 30, 36 M. prima.
6000 Hosen in dauerhaften Stoffen von 3, 4, 5, 6, 8, 9, 10, 12 M. prima.
8000 Schlaf-röcke von 8 bis 20 Mark.
Havelocks u. Velocinen-Mäntel von 12 M. an.
Hans-u. Jagdjoppen von 5 Mk. an.
Knaben- und Herren-Anzüge sowie Paletots jetzt von 3 M. an.

Goldene 110,
110, Leipzigerstr. 110.

Roh-Tabak
in allen Sorten und Preislagen.
Sumatra, gut deckend und weißer Brand, 130 Pfg. per Pfund. Formen stehen zum Verkauf. Geöffnet von früh 7 bis 10 Uhr Abds. **Demminerstr. 11.**

Künstler-Octav-Harmonika
mit selbst. Neusilberstimmen
Spezialität
16stimmig, gezeichnet, genau-ste Abstimmung in allen Dur- und Moll-Tonarten pr. Stück M. 3, 20 3 portatiles Nachnahme. In Qual. Garantie. Wiederverkäufer entsprechend Rabatt.
C. Weiss Musikinstrumentenfabrik
Gosheim, Württemberg.

Jede Nähmaschine
reparire unbedingt gut u. bill. Ersatzteile berechnen äußerst bill. Schiffchen 70 P. B. W. Spulen 20 P. Auch verkaufe neue Maschinen, beste Qualität sehr preiswerth. Empfehle mich den Parteigenossen.
W. Maaske, Schwedlerstr. 31, Bitte genau auf die Nr. zu achten.

Milchfäbel, Siebe, Tafelwaagen, Lampen, Nähapparate, Buttermaschinen, Butterknetter, Drehrollen.
Jordan, Al. Markusstr. 28.

„Confectionshaus
SOLIDARITÄT“
zwischen Oranienplatz Oranienstr. 173 zwischen Oranienplatz und Adalbertstraße.
Eigene Betriebswerkstätten errichtet nach den Grundsätzen der betheiligten Arbeiterschaft. Reelle Bedienung — Feste Preise. 882L.
Sur **Winter-Saison** empfehlen
Paletots, Mäntel aller Art, Anzüge, Hosen
in allen Preislagen.
Anfertigung nach Maass.
Die in eigener Fabrik — Oranienstr. 173 — hergestellten Waaren erhalten die gesetzlich geschützte Kontrollmarke.
Zur Beachtung! Um der vorgefaßten Meinung zu begegnen, daß sich die Waaren mit Kontrollmarke theurer stellen, betonen wir, daß wir selber produzieren, daher jeder Konkurrenz der Händler überlegen sind!
A. Täterow.
Fahrgeld wird vergütet.

Altenberg's Färberei, Wägerei, Garderob.-Reinig.-Anst.,
Neue Jakobstr. 17, Brunnenstr. 162, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. No. 57/58, Alte Schönhauserstr. 2, emp. f. j. Färb. u. Reing. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 M. p. Pfd., Bettbed. gef. 1,25 M. p. Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billig. Neu! Glanzentfernung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben

Total-Ausverkauf!
Wegen Geschäftsauflösung
Meine kolossalen Vorräthe, bestehend in Damenkleiderstoffen aller Art
aus eigener Fabrik
werden zu enorm billigen Preisen ausverkauft. 224L.
Außerdem empfehle mein reichsortirtes Lager in Seidenstoffen für Roben und Bekäse, Sammete, Bläse, Moiree, Satins, Cattune und Unterrockstoffe, sowie Teppiche, Gardinen, Portieren, Möbel- und Häuterstoffe, Tisch-, Schlaf- und Bettdecken, Wäsche, Corsets, Blousen, Unterröcke, Schürzen und Tücher. Gleichzeitig stelle die noch vorhandene Damenkonfektion, bestehend in Regenmänteln und Jacketts, für die Hälfte des Werthes zum Verkauf.
Mechanische Weberei F. M. Merkel,
Charlottenburg, Berlinerstr. 126.
Streng feste Preise. Koulante Bedienung.

B. Günzel, Lothringerstrasse 53, vis-a-vis der Pferdebahn-Barthelalle
Spezialität: Vorträts der sozialistischen Führer Lassalle und Marx in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Brochen, Nadeln, Knöpfen, Stöcken, Hüsten, Bildern u.dgl. en détail. (Man verlange den Preisblatt.)

15 000 Winter-Paletots
in entzückender Pracht und Güte, sonst 30-65 M., jetzt 8, 10, 12, 15 bis 25 M. 12 000 elegante, schneidige Jaquet- und Rockanzüge (Werth das Dreifache), jetzt 8, 10, 12, 15, 18-30 M. 4000 Pelserinen- und Hohenzollern-Mäntel von 12-35 M. 5000 Haus- und Jagd-Joppen von 4 M. an. 8000 Knaben- und Barschen-Anzüge wie Paletots, halb umsonst.
Kleider-Pascha
32. Rosenthalerstraße 32.
Ede Sophienstraße, Caladen.
Sonnags geöffnet von 7-10 u. 12-2 Uhr.

Uhrmacher,
Emil Tiersch, Brunnenstr. 18, (Gosenshagen)
Grosses Lager aller Arten Uhren, Goldwaaren und Ketten zu soliden Preisen. Reparaturen unter Garantie! 5450L.

Nur ein Preis.
Zum Arbeiterfreund Siegfried Bornstein
Herren- u. Knaben-Garderoben
201, Oranienstr. 201,
fertigt nach Maß reinvoll. Lützenwalder Eskimo-Paletots in allen Façons, vorz. Sitz M. 39.—. Reinvoll. Nachen. Kammgarn- u. Buckskin-Anzüge, vorz. Sitz, M. 38.—. Sammtl. Paletots, Rock- und Jacket-Anzüge, vorzügl. sitzend, gute Stoffe, ebenfalls fertig, zu noch nie dagewesenen billigen Preisen in großer Auswahl. 938L.
201. Oranienstr. 201.

Von 5 M. an 8 Mark. Billiger Detailverkauf für deutsche u. engl. eiserne Bettstellen u. Matrassen, Fabrik mit Dampftrieb. Detailverkauf nur Höp- nickerstr. 127, Hof pt. Illust. Preisblatt gratis und franko. **Sonnags geöffnet.**
E. Sass.